Heft 8 August 1995 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- 30. Juni 95: Deutschland erklärt den Krieg
- Nationale Therapie 95: Eigenurin statt Champagner
- Die Uno als Kriegspartei: Weltordnen ist kein Gemeinschaftswerk
- Rot-Grün in NRW: Flüchtlinge raus?
- Bauhaus in Hoyerswerda

in konkret August 1995

von konkret

an konkret

Wir kneten ein KZ von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten von Boris Gröndahl

Helmuts Schnelle Eingreiftruppe von Jürgen Elsässer
Der Sieg über Shell war der außerparlamentarische Testlauf für eine schwarz-grüne Volksfrontregierung – und der größte Erfolg einer deutschen Boykottbewegung seit dem April 1933

Bundeswehr unerwünscht von Jürgen Elsässer
Die BRD bietet pausenlos Bundeswehrtruppen für einen Einsatz auf dem Balkan an – aber niemand will sie dabeihaben

Krieg der Nationen von Karl Held, Peter Decker
Weltordnen ist kein Gemeinschaftswerk – Lehren aus der kollektiven Betreuung des Balkankriegs

Patriotisch korrekt von Michael Hahn
Waren die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki die letzten Bomben des zweiten Weltkriegs oder die ersten des Kalten Krieges? In den USA wird 50 Jahre nach dem ersten Einsatz der Nuklearwaffe heftig über seine Gründe und Folgen diskutiert. Eine neue Front im rechten Kulturkampf gegen »political correctness«

Euro-Bubble von Eckhard Voß
Hitler, Delors, Kohl und die Europäische Union. Pilotfilm zu einer Serie über die ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen in der Europäischen Union

Who's left
Ewige JugendDas Argument

Fußnote 63 von Otto Köhler
Warum die Stasi die Freiheit der Wissenschaft in der DDR zugunsten des Aufsichtsrats von Auschwitz, Hermann Josef Abs, unterdrückte und wie die Deutsche Bank heute ihre Erfolgsgeschichte schreiben läßt

Wie sag ich's meinem Bullen? von Oliver Tolmein
»Lehrgang >Männliche Gewalt gegen Frauen<, Übung 1.3, Teil A/Baustein IV« – Wenn deutsche Polizisten sich zu sehr fortbilden

KomproMißstimmung von Verena Krieger, Barbara Ritter
Als das Verfassungsgericht vor zwei Jahren seinen Spruch zum Paragraphen 218 verkündete, gingen noch am selben Tag etliche tausend Frauen empört auf die Straße. Nun hat eine ganz große Koalition einen »Kompromiß« zum Gesetz gemacht, der die Rechtslage für Frauen gegenüber der zweijährigen Übergangszeit unter den BVG-Richtlinien teilweise sogar verschlechtert – und er wird nurmehr schulterzuckend zur Kenntnis genommen

Der Instinkt fürs Abnorme von Eike Stedefeldt
Im »Fall« Eggert hat sich das gesunde Volksempfinden durch den Mediendschungel geschlagen

Reibungsloses Räderwerk von Gaby Hommel

Technokratisch und effizient funktioniert die Abschiebungsmaschinerie in Nordrhein-Westfalen. Die sozialdemokratische Handschrift ist unverkennbar und gilt als wegweisend für die Zukunft. Dem sauberen Konzept fehlte nur noch der grüne Touch

Asche aufs Haupt von Clemens Nachtmann
Abschied vom antinationalen Engagement? Entgegnung auf Oliver Tolmeins Beitrag »Bequeme Niederlage« in KONKRET 6/95

Kulturkrampf von Jochen Baumann, Andreas Benl
Stefan Reineckes Darstellung der Neuen Rechten in UNI-KONKRET 2/95 (»Machtfaktor? Medialer Hype?«) als »selbsternannte Avantgarde auf der Suche nach einem Betätigungsfeld« und als »virtueller Medienhype« folgt einem verbreiteten Muster feuilletonistischer Ignoranz. Die Neue Rechte wird isoliert und exotisiert. Daß dazu kein Anlaß besteht, zeigen die Debatten um den 8. Mai

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Die Antwort von Michael Scharang
Für Ernst Jandlzum 70. Geburtstag

New York, New York von Regina Behrendt
Brigitte Reimann, Hoyerswerda und die Architekturdebatte in der DDR – Fragmente einer Sprache der Plattenbauweise

Alles Theater von Stefan Ripplinger
Über die Entfesselungskünste des Dramatikers Heiner Müller

»Die Last des braunen Mannes« von Layla Dawson
Über den britisch-pakistanischen Schriftsteller Hanif Kureishi und seinen neuen Roman »Das schwarze Album«

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Das Feuilleton erklärt den Krieg von Heike Runge
Rechtzeitig zum Eintritt der Deutschen in den Balkankrieg promotet der Literaturbetrieb einen monumentalen Landserroman: Lothar-Günther Buchheims »Die Festung«

Opfer oder Täter? von Walter Boehlich

Proteus Ali von Kay Sokolowsky
Woher rührt die Faszination für den größten Schläger aller Zeiten? – Jan Philipp Reemtsma hat ein Buch über den Stil des Boxers Muhammad Ali geschrieben

Zurück in die Zukunft von Michael Nauert
Ist Retro jetzt auch im Fußball in? Eine neue Zeitschrift heißt »Verlängerung«, und ein neues Buch fordert: »Holt Euch das Spiel zurück«

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/95, S. 4

von konkret

Mit Datum vom 6. Juli 1995 informierte das Bundesministerium des Innern in einer Presseerklärung über die Vorlage des »Verfassungsschutzberichtes« 1994 durch Manfred Kanther: »Die deutsche Demokratie ist abwehrbereit! Auch in Zukunft haben Verfassungsfeinde keine Chance!« Wie abwehrbereit gegen welche Verfassungsfeinde, steht in Kanthers Bericht auf Seite 24:

Im Kampf gegen das vereinigte Deutschland – die Vereinigung wird als Geburt eines »4. Reiches« diffamiert – engagierte sich die in Hamburg erscheinende linksextremistische Monatsschrift »Konkret«. Ihr Verleger brachte im Laufe des Jahres die Tageszeitung »junge Welt« (jW, von 1947 bis 1990 Zentralorgan der »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) in der ehemaligen DDR) auf die politische Linie von »Konkret«. »Konkret« und jW richteten gemeinsam mit anderen Blättern aus dem linken Spektrum sowie der kleinen, aus dem 1991 aufgelösten »Kommunistischen Bund« (KB) hervorgegangenen »Gruppe K« am 12. November in Dresden eine »theoretische Konferenz« über die Themen Nation, Nationalismus und Antinationalismus aus. Die Konferenz, an der mehrere hundert Personen teilnahmen, stand unter dem Motto: »Links ist da, wo keine Heimat ist«. Die Organisatoren verfolgen offensichtlich das Konzept, mit solchen Aktivitäten eine antinationale Linke zu sammeln und zu fördern.«

Achwas! Offensichtlicher ist da bloß noch die Antwort auf die Frage, was derlei denn in einem »Verfassungsschutzbericht« zu suchen hat. In der bereits zitierten Erklärung des Bundesinnenministeriums heißt es: »Der Verfassungsschutzbericht 1994 zeigt insgesamt, daß weiterhin extremistische Kräfte unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bedrohen und den Rechtsfrieden massiv stören.« Durch Nachdenken über »die Themen Nation, Nationalismus und Antinationalismus«, beispielsweise.

Kleiner Tip für die Damen und Herren, die den »Verfassungsschutzbericht« 1995 vollschreiben müssen: Auch in Jürgen Elsässers Buch *Wenn das der Führer hätte erleben dürfen. 29 Glückwünsche zum deutschen Sieg über die Alliierten* (»konkret texte« 7) wird heftig über »die Themen Nation, Nationalismus und Antinationalismus« nachgedacht. Dem Faschoblatt »Märkische Nachrichten« (Juni/Juli) ist das bereits unangenehm aufgefallen, und so hat es den verfassungsschützenden Autoren ein wenig vorgearbeitet:

Der Starschreiber der linken antinationalen Publizistik aus dem Umfeld des Hermann Gremliza hat seine Artikel aus »Konkret« und der »jungen Welt« zusammengefaßt und in der »konkret texte«-Reihe vorgelegt. ... Das Buch ist nichts für feine Gemüter, zumindest sei ihnen angeraten, sich vor der Lektüre Kotztüten bereitzulegen, da ihnen schon das Lesen des Inhaltsverzeichnisses den Magen umdrehen dürfte: »Die Dresden-Lüge«, »Lob der Fremdherrschaft«, »Keine Tränen für Tschetschenien« oder »Opposition gegen Deutschland«. Auf 111 Seiten gibt sich Jürgen große Mühe, sämtliche Klischees aus den Hexenküchen alliierter Kriegspropaganda der ersten Jahrhunderthälfte über die aggressionslüsternden »Hunnen« zusammenzutragen...

Auch das Basler »Kulturmagazin 110« (Juni/Juli/August) hat sich mit Elsässers Buch beschäftigt. Allerdings in einer für Kanthers IMs durchaus unnützen Art und Weise:

Jürgen Elsässer rechnet in seiner Sammlung von Artikeln zur deutschen Gegenwart unerbittlich mit dem neuen Nationalismus ab, der sich nach dem langen Umweg über die Westintegration der Bundesrepublik endlich wieder am Ziel wähnt: Die alliierten Besatzungsmächte haben den neuen, wiedervereinigten Nationalstaat verlassen, die Sowjetunion ist untergegangen, fast sieht es so aus, als hätte Deutschland den Zweiten Weltkrieg doch noch gewonnen. Elsässer polemisiert gegen eine Vergangenheitsbewältigung, die durch die Wiedervereinigung einen enormen Schub erfahren hat. ... (Er) zeigt auch, daß sich nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes in Europa, zunächst auf dem Balkan, die alten Fronten der Nachkriegszeit wiederhergestellt haben. ... Jürgen Elsässers Buch kann gelesen werden als Warnung vor Wiederholungszwängen, die nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte Unheil stifteten...

Elsässers Buch ist – nicht nur für Verfassungsschützer – überall dort im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich, wo es auch KONKRET gibt.

Weil »Focus« ein »Porträt« von ihm vorbereitet, hat das Münchner Magazin großes Interesse an einem Gespräch mit dem KONKRET-Herausgeber bekundet, der, nach mehreren Anfragen, zunächst zusagte, dann aber dem zuständigen Redakteur den folgenden Brief schickte und auch eine Antwort erhielt:

Sehr geehrter Herr Klonovsky,

eine jüngste Erfahrung hat mich belehrt, eine bewährte Übung wieder aufnehmend Auskünfte an Journalisten ausschließlich in Schriftform zu erteilen. Was bei dem Verfahren an sog. persönlichen Eindrücken verloren geht, bringt es durch die Reduzierung möglicher sog. Mißverständnisse reichlich herein – für den eher an Information als an Klatsch oder Stimmung interessierten Leser immer ein Gewinn.

Indem ich also die Verabredung mit Ihnen (für Donnerstag, 29. Juni, in Hamburg) absage, biete ich zugleich an, Ihre per Fax oder Brief zu übermittelnden Fragen so zügig zu beantworten, wie es die modernen Kommunikationsmittel erlauben.

Mit freundlichen Grüßen

Hermann L. Gremliza

***

Sehr geehrter Herr Gremliza,

Ihre Scheu, mich zu einem Tête-à-tête zu empfangen, steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zur Forsche Ihrer Glossen.

Ein Frage-und-Antwort-Spiel per Fax finde ich langweilig. Also lassen wir's ganz.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Klonovsky

Womit sich zeigt, daß Gremlizas »Scheu« nicht nur richtig, sondern erforderlich war.

Zum 1. Juli 1995 hat die Post die Vertriebsgebühren für Zeitschriften um 15 Prozent erhöht. Der Verlag wird die Preiserhöhung nicht an die Abonnentinnen und Abonnenten weitergeben. Da häufig die Frage nach einer Spendenmöglichkeit gestellt wird, sei darauf hingewiesen, daß Zeitungsspenden möglich sind an: KVV KONKRET, Postbank Hamburg, Konto 742584209, BLZ 200 100 20. Diese Spenden haben für die Spenderin oder den Spender keine steuerlichen o.ä. Vorteile, für den Verlag aber sind sie umsatzsteuerfrei und werden für die Finanzierung von Benefizabonnements verwendet.

Konkret 08/95, S. 6

an konkret

Gute Nacht

KONKRET 7/95 »Krauts with Attitude« von Günther Jacob

Daß in einem reaktionären Drecksblatt wie der »FAZ« aufgrund von Mißverständnissen, Dummheit, Strategie oder sonstwas die von mir bei Trikont/Unsere Stimme herausgegebene CD »Wo ist zu Hause Mama« irgendwie positiv besprochen wird, damit kann ich leben. Aber wenn in KONKRET ein Haufen gefährlicher Blödsinn darüber verbreitet wird, dann nervt mich das.

Allein wegen der Tatsache, daß ich ausschließlich deutschsprachige Songs gesammelt habe, unterstellt Jacob dem Label, mir und der CD nationalistisches Interesse bzw. die »Gewöhnung und Anpassung« an nationalistisches Denken. Einige seiner groben Verdrehungen: Den Sampler mit einer »Suche nach dem >authentischen Deutschrock<« in Verbindung zu bringen, ist totaler Quatsch, keine der Bands hat damit was zu tun, er trieft (ebenso wie der von Christoph Gurk herausgegebene »Sturm & Twang« übrigens) von amerikanisch beeinflußtem Pop, was sonst, und anderem natürlich. Jacob macht dem Leser vor, die Sammlung würde »Heimat« thematisieren. Vielleicht 5 Songs könnte man dahin zurechtbiegen und Johnny Cashs deutsch gesungener Titelsong handelt dann auch noch davon, daß Heimat kein Ort ist. Jacob suggeriert, ich käme aus der Ecke, wo man die Empfehlung ausspricht, man solle sich von anderssprachigen Texten abwenden, aber in meinem Booklet-Text habe ich genau gegen diese Idiotenhaltung geschrieben. Und ebenfalls eine gottverdammte glatte Lüge ist: »Daß er doch ein wenig eingreifen möchte, bekennt er an anderer Stelle ...)das sprachliche Selbstbewußtsein< möchte er gestärkt sehen.« Einen Dreck will ich. Ich habe davon gesprochen, daß die Texter dieser Songs »ein sprachliches Selbstbewußtsein (haben), das mit dem des neuen Großdeutschland nichts zu tun« hat, und außerdem auf diejenigen angespielt, die englisch texten, um zu kaschieren, daß sie nichts zu sagen haben.

Jacob unterschlägt einiges, um sein Ding durchzuziehen, nicht nur eine genauere Betrachtung der Songs/Texte: Kein Wort über das zeitgenössische Programm von Trikont, das kaum kleiner ist als das Ethno-Programm und geprägt von Leuten wie Hans Söllner und Attwenger - klar, alles treue Staatsdiener, reaktionäres Pack, weil sie in ihrer eigenen Sprache singen. Und natürlich kann Jacob nicht erwähnen, daß auf der CD Künstler vertreten sind, die auch für KONKRET arbeiten bzw. gearbeitet haben, wie Ernst Kahl, Wiglaf Droste, Funny van Dannen. Alles Zufall, eh? Sind alles keine Nationalisten, wie auch Jacob merkt, aber lassen sich vor diesen Karren spannen, sind so blöd. Gute Nacht.

Daß Jacob mich zwingt, einen Leserbrief zu schreiben, könnte ich vielleicht noch verzeihen, aber daß er behauptet, auf der CD wären 25 Songs, geht zu weit - es sind 24. Die Position 1 ist kein Song. Während Liesl Karstadt im Hintergrund einen vollen Terminkalender vorliest, sagt eine männliche Stimme: »Remember this problem? ... The German language.« Ich kann aber keinen Grund nennen, warum ich das an den Anfang gestellt habe.

Franz Dobler

Augsburg

Aus der Reserve

KONKRET 7/95 »Herrschaftszeiten«

Wer oder was ist ein »völkischer Scheißdreck«? Ihre Fiktive »Partei der deutschen Ostmark«? Die österreichische Nation? »Oder aber ... der Name, der die Negation der Nation ist«? In jedem Falle: eine elegante Formulierung in den geistigen Grenzen des 31.12.1937 - und ein erörternswertes Thema für Gremlizas Express.

Ein Tip für historische Studien: Die altösterreichische Generalität liebte es sehr, »den Rhein am Po« (und am Dnjestr) zu verteidigen - im Namen eines »übernationalistischen Anti-Nationalismus«. Dieses Modell herrenvölkischer Interpretation von Multikulturalität hat doch noch Anpassungsreserven?

Franz Stadler

Wien

Insoweit schlechthin

KONKRET 7/9S »Doppel-Whopper für die PDS« von Ernst Kühl

Bei seiner Attacke gegen die Führung der PDS trifft Kühl insoweit ins Schwarze, als deren Antistalinismus-Kampagne taktische Fehler aufwies. Auch haben die »38er« zwar in vielem, aber nicht in allem mit ihren Warnungen Unrecht. Tatsächlich gibt es in der pluralistischen Partei Tendenzen der Einpassung ins staatliche Parteiensystem. Ihre Durchsetzung wäre für die Linke ähnlich verhängnisvoll wie ein Sieg der prostalinistischen Linie. Nur darf man nicht - wie das im »38er«-Papier und auch in dem Artikel mitschwingt - der PDS-Spitze unterstellen, sie sei schlechthin die Trägerin der Rechtstendenzen.

Zutreffend ist Kühls Feststellung, die Führung habe in der Stasisache Fehler gemacht, die nun auf sie zurückschlagen. Anstatt sich auf den Standpunkt zu stellen: Wir verurteilen Verbrechen, sehen aber in bloßer Tätigkeit für das MfS keine ehrenrührige Handlung, die automatisch zum Verzicht auf Ämter und Mandate führen muß, hat sie mehrmals Genossinnen und Genossen preisgegeben, die keine Verbrechen begingen, und damit selbst die Position des Erpreßbaren bezogen. Das bedeutet aber nicht, daß die längst bekannten, nun von der Bundesregierung via Gauck neu aufgekochten, von Parlamentsinstanzen, Ex-Bürgerrechtlern, »Spiegel« und »Berliner Zeitung« breitgetretenen Anwürfe gegen den angeblichen Stasispitzel Gregor Gysi die reine, unverfälschte Wahrheit wären.

Falsch erscheint mir die mit Invektiven untermauerte Behauptung Kühls, der »Gysi-Klüngel« setze zwischen DDR und Stalinismus Gleichheitszeichen. Das hat der »Klüngel« nachweislich nie getan. Der Vorwurf, um die Jahreswende 1989/90 seien Ermittlungsverfahren gegen Honecker, Mielke usw. angestrengt worden, ist kein Gegenbeweis. Damals bestand die DDR noch, und es wäre für ihren Übergang zu sozialistischer Demokratie unumgänglich gewesen, Prozesse gegen diejenigen zu führen, die - auch unter Anwendung verbrecherischer Methoden – Entwicklungen in Richtung Demokratie und Sozialismus unterbunden hatten.

Manfred Behrend

Berlin

Nicht gemeint

KONKRET 7/95 »Altdeutsche Radikalität« von Robert Kurz

In Punkt 6. meines Artikels hatte ich geschrieben: »... Internationalismus >von unten< (Individuen, Gruppen, Kommunen etc) statt über nationale sozialistische Partei- und Staatsinstanzen ...«

Gemeint war damit: Internationalismus »von unten« statt Internationalismus durch (d.h. vermittels) nationale sozialistische Partei- und Staatsinstanzen usw.

In KONKRET wurde nun aus meiner Formulierung: »... Internationalismus >von unten< (Individuen, Gruppen, Kommunen etc.) statt übernationaler sozialistischer Partei- und Staatsinstanzen ...«

Genau das war natürlich nicht gemeint. Ich bin wirklich nicht pingelig, möchte aber vermeiden, daß wieder irgendein Idiot daherkommt und freudestrahlend entdeckt, daß ich gegen irgendwas sozialistisches »Übernationales« mich ausgesprochen hätte.

Robert Kurz

Nürnberg

Wo führt das hin?

KONKRET 6/95 »Willkommen im eigenen Saft« von Rayk Wieland

Ich habe umgedacht. Früher dachte ich noch, Chauvis gehört >was aufs Maul< und ärgerlich daran ist nur, daß wir uns das weinerliche Gejammer von sich als links verstehenden »Taz«-, »Rundschau«- und KONKRET-Journalisten und anderen Gurken anhören müssen über die bösen, bösen Feministinnen, die einem aber auch jedes Späßken ...

Heute weiß ich, so geht das nicht. Das Problem sind doch nicht die Rollbackprozesse, politische, soziale oder gar antifeministische. Es geht doch darum, zu begreifen, daß das Fiktionale in literarisch organisierten Texten eine Funktion hat, eine andere, und die müssen wir begreifen. Das können wir nicht, wenn wir uns nicht freimachen vom Dunstkreis jener, für die Sexismus zur single oppression geworden ist. Ist doch logisch.

Sonst kann das dazu führen, daß wir gar nicht mehr sehen, was alltäglich beispielsweise in der U-Bahn passieren kann: Da gibt es die Technik des Fallenstellens, ein - nur in der Vergangenheit? - probates Mittel von Frauengruppen, etwa um Grapscher in der U-Bahn - nur in Berlin? - zu überführen. Ich wußte das zum Beispiel gar nicht und finde es einfach schrecklich. (Mein Liebster fährt Gott sei Dank meistens Fahrrad: Aber ist er da wirklich sicher?)

Darüber sollten wir alle gemeinsam nachdenken.

Michaela Tzankoff

Hamburg

Konkret 08/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wir kneten ein KZ

Warum Kanzler Kohl in Polen so beliebt ist: Die Leute wußten, hier kommt die Nummer 1 in Europa. Die wuchtige Figur verfestigt den Eindruck starker Führung.
»Bild«-Zeitung

Die Welt protestiert / Geben Sie auf, Monsieur
Titelseite der »Hamburger Morgenpost«

Tyskland presser Chirac
Titelseite von »Politiken« (Kopenhagen)

Mit Herrn Akashis anderthalb Bömbchen wird das nicht abgehen.
Minister Volker Rühe über die künftige Kriegführung der Bundeswehr gegen die Serben

Am 30. Juni 1995 hat Deutschland den Krieg erklärt, seinen dritten in diesem Jahrhundert. Seit dem 30. Juni 1995 darf deutsches Militär zu Luft, zu Wasser und zu Land, was fünfzig Jahre lang selbst seinen Kriegsministern als unvorstellbar galt: außerhalb des Bündnisgebietes und auch dort, wo die Wehrmacht gewütet hat, Krieg führen. Wie es der Zufall will, der in der Geschichte der deutschen Kriege so segensreich waltet, geht es beim dritten Mal zum dritten Mal gegen Serben. Aber umso besser: Wenn das noch gestern Unvorstellbare heute Wirklichkeit ist, was sollte morgen unmöglich sein?

Und keiner scheint etwas zu merken – bis auf ein liberales dänisches Tagblatt vielleicht, das noch weiß, wie »die Welt«, die den welschen Monsieur zur Aufgabe »presser«, mit Namen heißt. Den Dichtern und Denkern und anderen Journalisten der vereinten Nation ist die Kriegserklärung zum einen Ohr hinein- und zum anderen hinausgegangen. Sie geben sich mit allem sittlichen Ernst dem Streit um das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin hin, und wie sie ihn führen, erklärt, warum sie die jüngste Kriegserklärung nicht als die dritte wahrnehmen konnten: Sie haben die Verbindung der deutschen Gegenwart zur jüngeren deutschen Geschichte abgeschnitten, die deutsche Vergangenheit endlich bewältigt.

Ob es das in einer anderen Sprache gibt: »Bewältigung der Vergangenheit«, diesen selbsterteilten Auftrag, die eigenen Taten noch einmal zu durchleiden, als Ankläger, Richter und Verteidiger in einer Person und in eigener Sache, mühsam, quälend, selbstlos? (Wieviel besser hatten es die Opfer, die waren wenigstens tot.) So sehr waren sie damit beschäftigt, sich selber wieder gut zu machen, daß sie fünf Jahrzehnte lang nicht dazu kamen, die paar Häftlinge wenigstens nachträglich zu entlohnen, die den Vorsatz des Freundeskreises des Reichsführers SS (später bewältigt als Deutscher Industrie- und Handelstag), sie durch Zwangsarbeit zu vernichten, überlebt hatten.

Was Anstand geboten hätte: die eigenen Verbrechen in Zahlen, Daten, Fakten, Berichten zu ermitteln, die großen Verbrecher aus Politik, Militär, Justiz, Universitäten, Banken, Industrie für ein paar Jahrzehnte wegzusperren, die kleineren von allen öffentlichen Ämtern auszuschließen, beider Vermögen zugunsten überlebender Opfer einzuziehen, vor den Gräbern der Millionen endlich einmal das zu lange zu weit aufgerissene Maul zu halten und das Wort den Hinterbliebenen zu lassen – daran haben sie keine historische Sekunde gedacht. Daß sie *nach* Auschwitz keine Gedichte machen würden, hat auch Adorno kaum erwartet. Gehofft haben mag er, daß sie nicht *aus* Auschwitz Gedichte machen, daß sie in den von ihnen aufgehäuften Leichen etwas anderes sehen würden als noch einmal verwertbares Material für ihre kunstgewerbliche Selbstheilpädagogik.

Sie mußten es tun. Eindrucksvoller konnten sie sich und den andern nicht beweisen, wie gut sie geworden waren, als mit ihren Auschwitz-Gedichten, Auschwitz-Mahnmalen und Auschwitz-Gedenkfeiern, ihren Sondersitzungen in Stresemann und kleinem Schwarzen bei Beethoven und Celan. Sie haben sich lange geziert, nicht aus Scham oder weil sie die günstige Gelegenheit verkannt hätten, sondern weil sie abwarten wollten, bis der Nazi-Opa, der SS-Vati und Onkel Hugo von der Kreisleitung, die es vielleicht verdrossen hätte, nicht mehr im Bundestag, im Senat und im Vorstand saßen. Erst als endlich die Heimtür oder der Sargdeckel hinter oder über ihnen zugefallen war, konnte die Bewältigung eine Fahrt aufnehmen, als gälte es ein zweites, ein Bewältigungswirtschaftswunder zu vollbringen.

Gelegener hätte die Generation der Täter ihren Söhnen und Enkeln nicht sterben können als in den späten achtziger Jahren, zu jenem historischen Augenblick, da zwischen der Nation und ihrer Wiedergeburt noch der Segen der Alliierten stand. An Beweisen nationaler Gutwerdung war mehr Bedarf denn je, und woran hätte sie sich eindrucksvoller demonstrieren lassen als an den vielfältigen Kundgebungen der Trauer um die Opfer des bösen, aber vergangenen Deutschland? (So waren sie doch nicht umsonst gestorben!) In diesem Moment, da die Geschichte ihnen die Chance zu einem dritten Versuch bot, in fast alter Größe und stärker als je zuvor nach der Weltmacht zu greifen, war ihnen kein Eingeständnis der Väterschuld zu

pathetisch und kein Bauplatz, den man der künstlerischen Bewältigung deutscher Vergangenheit mitten in der alten, neuen Hauptstadt schenken wollte, zu groß, zu auffällig und zu teuer.

Zu dem späten Wunder hatte die deutsche Linke kräftige Vorarbeit geleistet. Man denke nur an die »Trauerarbeit« und die vielen anderen Beiträge zu psychosozialer Therapie und Seelsorge, an die Rituale der Selbstbeweihräucherung, die Menschenketten, die Lichtermeere, die Bettlaken, an die »phantasievollen Aktionen«, die aus der Politik schon zur Zeit der Friedensbewegung eine wandernde Laienbühne gemacht haben. Als es darauf ankam, konnte die Nation auf einen in Kirchen, Verbänden, Initiativen und Schulen gut entwickelten grauen Trauerarbeitsmarkt zurückgreifen. Ob es Gruppen für Bewältigungstherapie gegeben hat, die ihre Betroffenheit in den selbstbefreienden Töpferkurs »Wir kneten ein KZ« eingebracht haben? Mit Emil zu antworten: Ja, wahrscheinlich.

Es gibt so vieles. Es gibt unter anderen eine von früheren Parteigängern Trotzkis, Maos und Herbert Mies' betriebene Einrichtung, die, fünfzig Jahre danach, ihren Veranstaltungskalender mit den Worten einleitet:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen Sie zu einem »anderen Blick« auf unser Jahrhundert einladen. Mit dem Projekt »Angesichts unseres Jahrhunderts« will das Hamburger Institut für Sozialforschung Anstöße zu einer kritischen Reflexion des 20. Jahrhunderts geben. Die beiden Weltkriege, die Massenmorde unter den Nazis, die Verbrechen in der UdSSR oder der erste Einsatz der Atombombe haben unseren Blick auf Geschichte und Gesellschaft geändert. Die Zivilisation erscheint nicht mehr als Gegenteil, sondern als eine Quelle der Barbarei. Fortschrittsgläubigkeit und optimistische Zukunftserwartung fallen schwer in einer Zeit, die immer neue Fragen aufgibt, aber die Antworten schuldig bleibt...

Auf engerem Raum war das kunstgewerbliche Arsenal, mit dem das neue Deutschland seine Diskurse bestreitet, selten beieinander: der andere Blick, das Projekt, die Anstöße zur kritischen Reflexion, die Zeit, die immer neue Fragen aufgibt, aber die Antworten schuldig bleibt, die Fortschrittsgläubigkeit... Es mag lächerlich scheinen, aber there`s method in it: In keinem anderen Idiom wäre die Vernichtung der europäischen Juden so glatt als »Morde unter den Nazis« unterzubringen und die Schuld der Deutschen auf die Zivilisation abzuschieben.

Die Einladung zum anderen Blick ist – Ästhetik kennt keine Zufälle – in den Farben des Regenbogens gedruckt, der das Signet einer anderen, ebenfalls den Anstößen und der Absage an Fortschrittsgläubigkeit und Zivilisation gewidmeten Firma bildet, die trotz ihres englischen Namens mit ihren »neuen Politikformen« bei den Deutschen noch besser ankommt als in älteren Demokratien, was aber keinen Verdacht weckt, sondern nur das Gefühl, auch ökologisch wertvoller zu sein als die andern. »Die Welt gehört doch nicht den Franzosen! Sie gehört uns!« hat ein Hamburger Gastwirt, der den Boykott französischen Schaumweins propagiert, im Fernsehen gerufen. Es war nicht chauvinistisch gemeint. Der deutsche Spießer hält sich, fünf Jahre danach, einfach für den ideellen Gesamtweltbürger. Wonach? Nach der Lossprechung von seiner Vergangenheit. Seine nationale Gutwerdung ist vom Ausland offiziell anerkannt. Er ist wieder wer. Er hat es nicht mehr nötig.

In diesen Stimmungswechsel zwischen seiner Ausschreibung und dem Baubeginn ist das Holocaust-Mahnmal geraten. Gestritten wird nicht um den künstlerischen Wert des Werks, das – sei es der alternative Sunset-Boulevard, in den statt der Namen der Stars die der Ermordeten geprägt sind, ein Ehrenhain, eine noch größere Vergrößerung von Kohls Kollwitz-Briefbeschwerer oder ein von Christo verhüllter Güterwagen – immer nur zu Kitsch geraten kann. Der Streit geht darum, was *wir* nach dem 3. Oktober 1990 und erst recht dem 30. Juni 1995 noch nötig haben. Die nationale Linke (Frau Rosh, Herr Jens, Bausenator Nagel) findet, es dürfe ein bißchen mehr sein, man fühlt sich, wenn ein leichter Schmerz bleibt, besser, edler, gerechter; die nationale Rechte (die »Frankfurter Allgemeine«, Augstein, Kohl) findet, daß es nun aber langt: Dem Schirrmacher ist das Mahnmal zu »maßlos« und zu abschreckend (es sei, schwadroniert er, »ein alter Leersatz der Ästhetik, daß das Abschreckende nicht abschreckend dargestellt werden darf«), den Augstein stört die »Mittelpunktlinie, die schlechthin jeder passieren muß, ob er will oder nicht«, er verlangt einen »dezenteren Platz«, und der Kanzler hält einfach seinen dicken Führerdaumen nach unten.

Da die Nation seit dem Streit um Christos Reichstag gewohnt ist, das Urteil, was »ganz große« und was »großartige Kunst« sei, von Frau Süßmuth und Herrn Diepgen zu beziehen, sollte man die Wahl diesen beiden Richtern überlassen. Unter den Entwürfen wird schon keiner sein, der den Zweck, die deutsche Schande durch Kunstgewerbe zu bewältigen, verfehlt. Das einzige Bauwerk, das die Erinnerung an die deutsche Geschichte und damit an Auschwitz, Lidice, Oradour, Leningrad ohne kunstgewerblichen Trost wachgehalten hat, haben sie abgeräumt. Sie nannten es mit größerem Recht als sie wußten: die Schandmauer.

Konkret 08/95, S. 10

Boris Gröndahl

Herrschaftszeiten

Opposition konkret I

Die Kommunalpolitik sei der »vielleicht wertvollste Schatz« seiner Partei – so lobte der Vorsitzende einer in einigen Gebieten der Ex-DDR recht erfolgreichen regionalen Interessenvertretung seine Bürgermeister. Was diese so treiben, war bei ihrem Zusammentreffen in Berlin zu erfahren: Sie studieren das Baugesetzbuch, fühlen sich für die Alltagssorgen der Bürger verantwortlich, legen Bus-Wendeschleifen und Festplätze an und lassen auch mal 25.000 Mark für einen neuen Kirchenvorplatz springen. Nur zwei Unruhestifter sind ihnen manchmal etwas lästig: Die Bundesregierung, weil sie die »Staatsschulden der DDR« auf Kindergärten und Altenheime nicht übernehme, und das »Klassenkampfgesülze« einiger Mitglieder ihrer Partei, deren Name aus Gründen, die niemand mehr so richtig kennt, auf »des Demokratischen Sozialismus« endet.

Opposition konkret 2

In Frankfurt an der Oder wurden Ende Juni 300 Polinnen und Polen unter dem Vorwurf festgenommen, ohne Arbeitserlaubnis für 70 bis 100 Mark am Tag ein Anzeigenblatt verteilen zu wollen. Sie wurden eingesperrt, einen Tag später ausgewiesen und mit einer dreijährigen Einreisesperre, naja, doch: bestraft. Sie berichteten von massiven Übergriffen durch den Bundesgrenzschutz, der diese Aktion gemeinsam mit dem Frankfurter Arbeitsamt, der Staatsanwaltschaft und der Ausländerbehörde wochenlang vorbereitet hatte: Sie hätten sich ausziehen müssen, seien von Hunden ohne Maulkorb bedroht worden, die BGS-Beamten hätten Schlagstöcke eingesetzt.

Der lokale wertvollste Schatz der Partei des Demokratischen Sozialismus wird repräsentiert durch Jürgen Beer, Fraktionsvorsitzender im Frankfurt an der Oderer Stadtparlament. Der Tageszeitung »Junge Welt« sagte er, zu diesem Vorgang befragt, »pauschale Verurteilungen« und »bundesgermanische Schuldzuweisungen« seien nicht seine Sache. Zwar handele der BGS manchmal unangemessen, aber irgendwie müsse man das Problem illegaler Beschäftigung ja in den Griff bekommen.

Und eine »Sozialistische Tageszeitung«, von der nicht bekannt ist, der wievielt wertvollste Schatz sie dem Schatzmeister der erwähnten Regionalpartei ist, überschrieb die Meldung über die Frankfurter Razzia mit der Zeile: »200 polnische Schwarzarbeiter ausgewiesen«.

Zonis

Die Zonis soll aber auch verstehen, wer will. Jetzt finden sie schon, ergibt eine Umfrage des »Spiegel«, daß die DDR der BRD in sieben von neun Gebieten (nämlich: »Schutzvor Verbrechen«, »Gleichberechtigung der Frau«, »Soziale Sicherheit«, »Schulbildung«, »Berufsausbildung«, »Gesundheitswesen« und »Versorgung mit Wohnungen«) überlegen war.

Russen

Und erst die Russen: Nach einer »Rubezhi«-Umfrage, deren Ergebnisse »Newsweek« veröffentlichte, nennen sie auf die Frage »Wem würden Sie zutrauen, Rußland aus der aktuellen Krise zu führen?« die folgenden Persönlichkeiten in dieser Rangfolge:

1. Peter der Große, Zar (13, 6 Prozent). 2. Peter Stolypin, Premierminister unter dem letzten Zaren (8,7 Prozent). 3. Grigori Javlinski, aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat (7,2 Prozent). 4. Josef Stalin, Diktator (5,9 Prozent). 5. Juri Luschkow, Bürgermeister von Moskau (4,5 Prozent). 6. Margaret Thatcher, Iron Lady (3,7 Prozent). 7. Jegor Gaidar, Ex-Premierminister (2,8 Prozent). 8. Gennadi Sjuganov, Vorsitzender der KP, und Alexander Lebed, Ex-General (2,3 Prozent). 10. Wladimir Schirinowski, Faschist (2,0 Prozent). 11. Boris Jelzin, Präsident (1,2 Prozent).

Pazifismus 1

Die sehr vage Möglichkeit eines Krieges mit einem weithin als Reich des Bösen anerkannten Staat brachte einst hunderttausende Deutsche auf die Straße. Gegen den Beschluß des Bundestags, tatsächlich in den Krieg gegen einen anderen weithin als Reich des Bösen anerkannten Staat einzutreten, demonstrierten am Tag danach 300 Menschen.

Die übrigen Pazifisten feierten wohl gerade den Sieg über das perfide, unsere Nordsee verschmutzende Albion und bereiteten den Schlag gegen den Erbfeind vor, der anhub, unser Mururoa-Atoll zu mißbrauchen. (Siehe dazu Jürgen Elsässers Beitrag in diesem Heft, Seite 12.)

Pazifismus 2

Sehr gelobt wurde der Pazifismus der Deutschen anläßlich des zweiten Golfkriegs. In der Tat war, nach Untersuchungen des Institus für Demoskopie in Allensbach, die Bejahung der Frage »Ist die Wehrpflicht noch nötig?« in Deutschland noch nie so niedrig wie 1991: 49 Prozent im Westen, 42 Prozent in der Zone. Jetzt, da es, anders als während des Golfkriegs, für die Deutschen ernst wird, dafür aber, ebenfalls im Unterschied zum Golfkrieg, *mit* Faschisten und Muslimen statt *gegen* sie geht, wächst die Kriegsbegeisterung an: 55 Prozent bejahen nun die Allensbach-Frage im friedliebenden Westen, 52 Prozent in der militaristischen Ex-DDR.

Opfer vs Opfer 1

Ein Jürgen Pohl von der »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« hat Wiedergutmachung für Haftfolgeschäden eingefordert, unter denen Ex-Häftlinge der Ex-DDR leiden. Die »Geschädigten des Stalinismus«, so Pohl, sollten genauso behandelt werden wie die Opfer des Nazi-Regimes.

Ein konstruktiver Vorschlag. Demnach sollten oberste Priorität die Richter, Beamten, Generäle, Geheimdienstler und sonstigen Säulen der DDR-Gesellschaft genießen. Wenn die mit neuen Posten oder großzügigen Pensionen versorgt sind, kann man sich, in ein paar Jahren, mal Gedanken um die »Opfer des Stalinismus« machen. Die Überlebenden von Ulbrichts Vernichtungsprogramm gegen die DDR-Juden sollten in angemessener, aber auch ausreichender Höhe entschädigt werden. Die zahllosen von Honecker Zwangssterilisierten, die in den DDR-KZs inhaftierten Homosexuellen, Sinti und Roma, die Überlebenden des berüchtigten Sowjetzonen-Euthanasie-Mordprogramms müssen leider noch ein bißchen warten.

Vor allem aber die Politischen, wie mutmaßlich Herr Pohl: Ob wir denen in ein paar Jahrzehnten – vielleicht – Dreimarkfuffzig zukommen lassen, wird noch sorgfältig zu erwägen sein.

Ja

Frage: Ist den Grünen in NRW das Regieren wichtiger als das Durchsetzen einzelner Forderungen?

Antwort: Es hat eine ganz große Entwicklung hin zu einem belastbaren Pragmatismus durch die kommunale Ebene gegeben.

(Aus einem Interview der »Tageszeitung« mit der Bundesvorsitzenden der Grünen, Krista Sager)

Zur Firma

Einen neuen Job tritt der Direktor der Gauck-Behörde, Hansjörg Geiger, 52, an. Seine juristische Karriere begann Geiger als Richter in München. Mit 40 wurde er Referatsleiter beim Datenschutzbeauftragten in Bayern, dann ging er zu Gauck, dem IM-Vorlauf »Larve«. Unter seiner Direktion war die Behörde des Bundesbeauftragten für die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit dafür bekannt, daß aus ihr stets zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Akten über die richtigen Leute den Weg zu den richtigen Journalisten fanden (Stolpe, Gysi, Heym).

Geiger hat jetzt genug Datenschutz geübt. Er wird Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Doi Moi

»Einen versöhnlichen historischen Schlußstrich« nennt die »FAZ«, alte Freundin der Zivilgesellschaft, die Forderungen, die Bill Clinton der »reformkommunistischen« vietnamesischen Regierung präsentierte, als sie im Rahmen der lokalen Perestroika, die auf den schönen Namen Doi Moi hört, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen anregte: Abzug aus Kambodscha, Schließung irgendwelcher »Umerziehungslager« und natürlich die Aufklärung von John Rambos Lieblingshirngespinst – den berühmten 2.000 US-Kriegsgefangenen, die in vietnamesischen Kerkern schmachten.

Die Vietnamesen haben sich in den vergangenen Monaten bei der Suche nach den Überresten abgeschossener amerikanischer Piloten und der Rückführung in die Vereinigten Staaten demonstrativ Mühe gegeben. Die Diskussion über angeblich noch immer internierte Kriegsgefangene ist aber keineswegs verstummt ... Zuletzt behauptete der ehemalige republikanische Kongreßabgeordnete Henderson aus North Carolina vor wenigen Wochen, daß Hunderte Überlebender in einem unterirdischen Bergwerk im Nordwesten Hanois festgehalten würden. Er gab sogar die genauen geographischen

Koordinaten an. Als eine amerikanische Delegation aber am Ort mit Genehmigung der Vietnamesen nachforschte, fanden sie weder Berge, noch ein unterirdisches Gefängnis, sondern nur Reisfelder,

die man vermutlich deshalb so gut sehen konnte, weil die Bäume rundherum praktischerweise vorher entlaubt worden waren.

Die US-Regierung, einerseits für einige Petitessen wie Millionen Kriegstote, Agent Orange-Opfer, vergiftete Wälder etc. in Vietnam verantwortlich, andererseits an einem potentiellen Markt in Südostasien interessiert, wußte aus Erfahrung: Einem Gorbatschow gibt man nichts, auch wenn er Schlitzaugen hat. Einem Gorbatschow stellt man Forderungen, die er unter keinen Umständen akzeptieren kann, weil man weiß: Er wird sie akzeptieren.

Was Sozis gar nicht schmeckt

Den Hinweis auf die Vorliebe der deutschen Konservativen für Kriegseintritte, den der SPD-Geschäftsführer Günther Verheugen in die Bundestagsdebatte über den Bosnieneinsatz der Bundeswehr eingebracht hatte, quittierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble mit der Bemerkung, er, Verheugen, sei ein »geborener Verräter«.

Und Verheugen, der alte Genosse? Sagt, er sei »noch nie so gekränkt worden«.

Sie lernen’s nicht mehr.

Zusammengestellt von Boris Gröndahl

Konkret 08/95, S. 12

Jürgen Elsässer

Helmuts Schnelle Eingreiftruppe

Der Sieg über Shell war der außerparlamentarische Testlauf für eine schwarz-grüne Volksfrontregierung – und der größte Erfolg einer deutschen Boykottbewegung seit dem April 1933

Irgendwo in Jutta Ditfurths Drehbuch für eine ökosozialistische Revolution mag es folgendes Szenario geben: Der Elektromulti Siemens kippt seine Brennelemente mit Genehmigung der Bundesregierung in ein albanisches Atomklo, zwei Tage später ist der Teufel los: Öko-Guerilleros und Tank-Girls schmeißen in 400 Niederlassungen die Scheiben ein, sprühen Parolen, beschimpfen Kunden, bedrohen Angestellte. In Mörfelden-Walldorf werden Schüsse auf eine Siemens-Filiale abgegeben, in Hamburg wird mit Molotowcocktails ein Elektrogeschäft flambiert, in Nordrhein-Westfalen eine Briefbombe zugestellt – der Sachschaden geht in die Millionen, nur per Zufall sind keine Todesopfer zu beklagen. Schließlich erfaßt der Aufstand die Mitte der Gesellschaft, Kirchentagspräsident Benda ruft in Feldgottesdiensten seine Schäfchen zur tätigen Solidarität auf, der Bürger agiert nach Dienstschluß als Feierabendterrorist – legal, illegal, scheißegal: Sie sind nicht mehr aufzuhalten.

Nicht mehr aufzuhalten? Wenn's weiter nichts ist: Der Generalbundesanwalt erklärt die Ökolinken zur terroristischen Vereinigung (»Zieran-Ditfurth-Bande«), Jutta landet in Stammheim, über 500 Wohngemeinschaften und Initiativgruppen werden von SEK und MEK durchsucht, die Grünen und der Kirchentagspräsident als Schreibtischtäter denunziert. In zwei Tagen wäre der Spuk vorbei, und Komitees gegen die Isolationsfolter dürften den Aufwasch erledigen.

Von der Fiktion zu den Fakten: Gegen die von Shell geplante Versenkung der Bohrinsel Brent Spar im Atlantik sind quantitativ und qualitativ vergleichbare Anschläge verübt worden – doch die Reaktion des Staates war diametral entgegengesetzt: Weder Pressehetze noch Polizeiterror, weder Kanzlermachtwort noch Krisenstab. Statt dessen sprach in der Bundestagsdebatte vom 21. Juni der CDU/CSU-Abgeordnete Wilhelm Dietzel lapidar von »Protesten mit bedenklichen Begleiterscheinungen«, und sein Fraktionskollege Peter Ramsauer assistierte mit einer Feststellung, die er im Fall Arabella Kiesbauer nicht gewagt hätte: »Briefbomben sind keine Argumente in einer solchen Auseinandersetzung. Sie schaffen nur falsche Märtyrer.«

Den Vogel schoß zweifellos die SPD-Hinterbänklerin Cornelie Sonntag-Wolgast ab, der das augenzwinkernde Distanzieren der Christdemokraten schon zu weit ging. Als Dietzel vorsichtig zu bedenken gab, brennende Tankstellen seien »kein politisches Argument«, schleuderte sie ihm ein in jeder Beziehung – Moral, Sprache, Logik – vernichtendes Kontra entgegen: »Wer provoziert das denn? Gewaltanwendung gegen das Meer: Was sagen Sie dazu?« Frau Sonntag-Wolgast wurde weder vom Fleck weg verhaftet noch aus der SPD ausgeschlossen. Sie bekam nicht einmal einen Ordnungsruf: Das ist Deutschland 1995.

Tatsache ist: Der Sieg über Shell war der größte Erfolg einer deutschen Boykott-Bewegung, seit SA-Männer im April 1933 sich vor jüdischen Geschäften und Warenhäusern postiert hatten. An der Parole »Kauf nicht beim Engländer« formulierte man nur knapp vorbei: Die völkischen Beobachter von »Bild« bis »Taz« druckten Boykottaufrufe, das schaffende Kapital bei Tengelmann und Deminex hetzte gegen die ausländische Konkurrenz, sozialdemokratische Stadtverwaltungen betankten ihre Stinkbusse ultimativ nur noch mit dem Öl aus unseren arabischen und russischen Protektoraten. Auch die PDS durfte da nicht fehlen: Bundestagsabgeordnete, die ansonsten zu jedem Kotau vor dem Rechtsstaat bereit sind und nicht in einem Atemzug mit Sahra Wagenknecht genannt werden wollen, hatten plötzlich keinerlei Berührungsängste mit den Semi-Faschisten von der CSU und agitierten in einer gemeinsamen Zeitungsannonce für den zivilen Ungehorsam.

Die Kritik der britischen »Sun« war nur zu berechtigt: »Shell hat kapituliert – nicht gegenüber Greenpeace, sondern gegenüber Extremisten im Ausland, die die Deutschen überzeugten, auf Grund zweifelhafter Beweise kein Shell-Benzin mehr zu kaufen.« Oder glaubt irgend jemand, die empörten Volksgenossen hätten einen Vergleich angestellt zwischen der Langzeitbelastung des Meeres bei Versenkung der Plattform und der Krebsgefahr, die bei ihrer Demontage an Land vor allem den betroffenen Arbeitern droht? Oder daß sie die Alternativen zum Nordseeöl – die Tankerversorgung aus Nahost und die Renaissance der Atomkraft – kalkulierten? Nein: Die 30 Prozent Autofahrer, die Shell über Nacht verloren hat, setzten sich erst in Marsch, nachdem Kohl und Waigel das entsprechende Kommando gegeben hatten.

Wären rationale Überlegungen im Spiel gewesen, so hätte sich das Umweltbewußtsein eine Woche später erneut bemerkbar gemacht: Etwa als das Bundeskabinett sich darauf verständigte, die von der Energiewirtschaft schon abgeschriebene Hanauer Atomanlage künftig zur Aufarbeitung von 120 Tonnen russischen Waffenplutoniums wieder anwerfen zu lassen. Oder als SPD und Grüne ihren Koalitionsvertrag in NRW mit einem Plazet für den Braunkohleabbau in Garzweiler II besiegelten – und damit für die schmutzigste Form der Energieerzeugung votierten. »Glückauf, Rot-Grün«, bejubelte plötzlich die »Taz«, die noch kurz zuvor mit der Unterstützung des Volkskampfs gegen das englische Nordseeöl ihren Abo-Schwund hatte aufhalten wollen, den Sieg der deutschen Braunkohle, und Johannes Rau mußte sich von einer Meute

randalierender Bergarbeiter – dieselben Visagen, die zuvor Tankstellenkassiererinnen als »Shell-Huren« oder »Shell-Schlampen« belästigt hatten – einen »Judas« nennen lassen, soll wohl heißen: einen Verräter am arischen SO2.

Das Bündnis zwischen Greenpeace und Bundesregierung war ebenso ungewollt wie zwangsläufig: Am defizitären Show Business von Greenpeace hängen viele Arbeitsplätze, und da es keine außerparlamentarische Bewegung mehr gibt, die für Mobilisierung und Fund Raising sorgen kann, muß man eben Kampagnen anbieten, bei denen die Staatsapparate die Werbung übernehmen. Zukunftsträchtig ist vor allem das Modell eines Verantwortungsimperialismus aus Ökopaxen und Konservativen, bei dem erstere das gute Gewissen und die kriminelle Kreativität stellen, letztere die außenpolitischen Druckmittel und den Medienverbund. Dieser Volkssturm wäre in keinem anderen Staat vorstellbar, und auch in Deutschland war sein Funktionieren davon abhängig, daß Grüne und Schwarze gemeinsam die Initiative ergriffen und die Sozialdemokratie in eine Statistenrolle drängten – nur so konnte jeder Anschein einer linken, ökosozialen Bewegung vermieden werden. Unter der Überschrift »We shell overcome« hat die »Woche« – vielleicht sucht auch sie, ähnlich wie Greenpeace, staatliche Hilfe gegen das Defizit – beschrieben, welche Möglichkeiten in dieser Kombination stecken: »Die Kampfform alternativer Außenseiter ist zum Instrument der gesamten Gesellschaft geworden: Soviel Aufruhr war nie. Die Menschen haben ihre Macht gespürt, und sie werden sie wieder gebrauchen. ... Greenpeace organisierte Gegenmacht, mit der einzigen Schnellen Eingreiftruppe, die auch Wirkung zeigt und sich nicht, wie die der Westmächte in Bosnien, im Niemandsland zwischen großmäuliger Geste und kläglicher Wirklichkeit verirrt. ... Die Fernsehbilder von Brent Spar waren fastso dramatisch wie die aus Sarajevo, doch diesmal konnte jeder zu Hause mitkämpfen.«

Man stelle sich vor: CNN berichtet, wie die Serben Giftgas einsetzen oder die Russen Plutonium in Königsberg vergraben, der Westen verirrt sich irgendwo »zwischen großmäuliger Geste und kläglicher Wirklichkeit«, und dann kommen unsere Jungs, unsere Grünhelme, und besetzen vor laufenden TV-Kameras den Ort des geplanten Verbrechens. Würde da nicht »jeder zu Hause mitkämpfen«? Und könnte man zulassen, daß sie, die Gewaltfreien, von den Aggressoren mit Gewalt vertrieben werden?

Unser nächster Einsatz richtet sich allerdings nicht gegen Jelzin oder Karadzic, sondern gegen Chirac. In Hamburg soll es bereits 26 Restaurants geben, die man als Mensch mit Bildung und Geschmack nicht mehr betreten kann: Sie boykottieren französische Produkte und folgen damit einem Aufruf von Till Bastian und seinen »Ärzten zur Verhinderung des Atomkriegs«. Geht es nach dem Willen dieser kulinarischen Konterrevolutionäre, werden wir uns künftig wieder mit teutonischer Hausmannskost begnügen müssen: Schluß mit Buf Bourguignon und Graves de Vayre, mit Bouillabaisse und Coq au Vin, mit Chateaubriand und Champagner – kurz mit allem, was das Leben im Kapitalismus erträglich macht und einen Vorgeschmack auf die Völlerei im Kommunismus gibt.

»Natürlich bleiben wir den GallierInnen weiter nachbar- und freundschaftlich verbunden. Aber wer – wie Chirac – nicht hören will, dessen Untertanen müssen fühlen«, trommelt der »Taz«-Kommentator für eine Wirtschaftsblockade gegen Frankreich. Begründet wird dieser krasse Fall von Ausländerfeindlichkeit mit der Wiederaufnahme der französischen Atomtests im Südpazifik. Quelle folie! Als ob vom radioaktiven Fallout nicht Tahiti und Neuseeland betroffen wären, sondern Eimsbüttel und Kreuzberg. Aber seit die germanische Umweltbewegung mit Kohl und Waigel an der Spitze die Sauberkeit des 3.000 km entfernten Nordatlantiks gegen die britischen Ölpiraten verteidigt hat, kennt das deutsche Reinheitsgebot keine Grenzen mehr.

Anders als im Fall der Brent Spar dürfte es diesmal allerdings keine geschlossene Boykottfront geben, sondern nur einen Volkssturm im Wasserglas: Die Regierung mag sich nicht anschließen, weil sie selber Mitverfügung über die Waffen bekommen will, die jetzt vor Mururoa getestet werden. So erwartet uns im Sommerloch ein Schlagabtausch zwischen nationalromantischen Rainbow Warriers und »kerneuropäischen« Nukleoten. Ohne Côte du Rhone und Bordeaux wird das nicht auszuhalten sein.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 7/95 über den deutschen Krieg auf dem Balkan

Konkret 08/95, S. 15

Jürgen Elsässer

Bundeswehr unerwünscht

Die BRD bietet pausenlos Bundeswehrtruppen für einen Einsatz auf dem Balkan an – aber niemand will sie dabeihaben

Das dringende Bedürfnis »unserer Verbündeten« nach deutschen Truppen auf dem Balkan, das die Bundesregierung der Öffentlichkeit gebetsmühlenartig verkündet, ist bisher von diesen gar nicht formuliert worden. Die hier zusammengestellte Chronologie der Eskalation des Bosnienkrieges seit den Nato-Luftangriffen auf Pale belegt: Weder auf den Tagungen der Nato-Außenminister noch auf den zahlreichen EU-Treffen, den Zusammenkünften des Weltsicherheitsrates, der Bosnien-Kontaktgruppe, des G7-Gipfels oder auf irgendeiner bilateralen Konferenz hat irgendein Politiker den Wunsch an Deutschland gerichtet, Soldaten auf den Balkan zu entsenden. Das eisige Schweigen betrifft nicht nur einen möglichen Einsatz deutscher Tornados, wie SPD-Chef Rudolf Scharping gerne glauben machen möchte, sondern jede Form eines deutschen Einsatzes.

29.5.1995: Die EU-Außenminister, die Kontaktgruppe und die Nordatlantische Versammlung tagen. England, Frankreich und die USA kündigen Truppenverstärkung in der Adria oder in Bosnien an. Keine Erwähnung einer deutschen Rolle.

30.5.: Das Bundeskabinett beschließt erstmals, deutsche Soldaten nicht nur für einen UN-Abzug, sondern auch für eine UN-»Umgruppierung« bereitzustellen. Mit dem Beschluß sei »noch keine Entscheidung« gefallen, da dazu ein vorheriger »Beschluß des Nato-Rates« nötig sei (»FAZ«). In New York unterstützt der Weltsicherheitsrat die am Vortag von der Kontaktgruppe beschlossene Verstärkung der Unprofor in Bosnien. Keine Erwähnung einer deutschen Beteiligung.

31.5.: Rühe vor dem Verteidigungsausschuß: Deutschland müsse sich »offen« zeigen, »wenn die Verbündeten um Hilfe bitten«. Er rechne »in Kürze mit Anfragen aus Frankreich und Großbritannien« (»FAZ«).

1.6.: In Zentralbosnien bilden Franzosen und Engländer erstmals einen gemeinsamen Kampfverband »für Notfälle«. 700 Mann und 45 Panzerfahrzeuge sind beteiligt. Die »FAZ« kommentiert: »Die UN ringen um Konzepte. Großbritannien schafft Tatsachen.« Abschluß der Nato-Ratssitzung in Noordwijk. »Die Bundesregierung erwartet, daß die Verbündeten Deutschland um militärische Hilfe bitten werden, wenn die UN-Truppen in Bosnien umstrukturiert werden. Sie schließt nicht aus, daß solche Erwartungen bereits am Samstag in Paris an sie herangetragen werden« (»FAZ«).

3.6.: Treffen der 13 EU- und Nato-Außenminister in Paris. Sie beschließen nicht die Entsendung der schon einsatzbereiten Nato-Eingreiftruppe (die sich im Rahmen des Nato-Planes 40.401 seit Monaten auf ihren Einsatz bei einem Uno-Abzug vorbereitete), sondern statt dessen »eine Schnelle Eingreiftruppe, die Befehlsgewalt liegt dann aber bei Frankreich und Großbritan-nien« (»FAZ«). Die von der Bundesregierung am1. Juni erhoffte Bitte um militärische Hilfe bleibt aus.

5.6.: Treffen der 15 EU-Außenminister in Messina. Keine Erwähnung einer möglichen deutschen Rolle.

6.6.: Treffen des englischen Außenministers Hurd mit seinem russischen Amtskollegen Kosyrew in London. Ergebnis: Die geplante Schnelle Eingreiftruppe »soll offenbar nichts tun, was das Mandat der jetzigen Blauhelmtruppen überschreitet« (»FAZ«). Keine Nachfrage nach deutschen Truppen. Klausurtagung der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. »Vieles spreche für die Entsendung von ECR-Tornados«, zitiert die »FAZ« Rühe.

7.6.: Die »FAZ« zitiert Rühe mit den Worten, das deutsche Militärangebot sei »in Paris positiv aufgenommen worden«. Interessant ist die Nichterwähnung Londons durch Rühe, also des anderen Entsendestaates der Schnellen Eingreiftruppe, der einer deutschen Beteiligung zustimmen müßte.

8.6.: Treffen der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel. Die »FAZ« berichtet von Mißstimmung, da Rühes Angebot zur Entsendung deutscher Truppen »einen wunden Punkt im Verhältnis zur Nato« berührt habe. Insbesondere der Nato-Oberbefehlshaber Europa, General Joulwan, ist laut »FAZ« nicht gut auf die Deutschen zu sprechen – wegen der »öffentlichen Desavouierung« durch die Bundesregierung im November/Dezember 1994. Damals hatte Kohl die Anfrage Joulwans nach deutschen Tornados als »nicht ordnungsgemäß« herabgestuft.

9.6.: Informelles Treffen der 14 EU-Regierungschefs auf Einladung von Chirac in Paris. Laut »FAZ« ließ sich »eine zunehmende europapolitische Annäherung Frankreichs und Großbritanniens erkennen. Einvernehmlich verwiesen Chirac und Major auf die Rolle, welche die von beiden Ländern maßgeblich bestückte Schnelle Eingreiftruppe mehrerer Nato-Staaten zum Schutz der Friedenstruppen der Vereinten Nationen übernehmen solle« (»FAZ«).

10./11.6.: Treffen von Vertretern Großbritanniens, Englands und der Niederlande mit UN-Generalsekretär Boutros-Ghali. Keine Erwähnung einer möglichen Erweiterung der Schnellen Eingreiftruppe um andere Teilnehmerstaaten.

12.6.: Der neue EU-Vermittler im Balkankonflikt, der Schwede Carl Bildt, trifft sich mit den EU-Außenministern in Brüssel. Keine Bitte um eine deutsche Beteiligung. Der zuständige Staatsminister im britischen Verteidigungsministerium, Nicholas Soames, listet auf eine parlamentarische Anfrage hin präzise die Zusammensetzung der neuen Eingreiftruppe und mögliche Weiterungsangebote auf. Keine Erwähnung Deutschlands.

13.6.: Auf der Kabinettssitzung in Bonn wird die Entscheidung über einen deutschen Militärbeitrag um acht Tage auf den 21. Juni verschoben. »Voraussetzung dafür ist, daß der Sicherheitsrat bis dahin die notwendigen Beschlüsse ... derart gefällt hat, daß eine deutsche Beteiligung an friedenserhaltenden und humanitären Vorhaben möglich ist« (»FAZ«). Zur Begründung für die Verschiebung heißt es: »Die Entscheidung der UN war schon vor der Kabinettssitzung erwartet worden.«

16.6.: Der UN-Weltsicherheitsrat tagt, ohne die vom Bundeskabinett am 13. Juni erwarteten »notwendigen Beschlüsse« zu fassen. Statt dessen heißt er die vor allem von Frankreich und England gebildete Schnelle Eingreiftruppe gut.

16.-18.6.: G7-Gipfel in Halifax. Ausführliche Bosnien-Debatte, keinerlei Erwähnung einer deutschen Rolle.

19.6.: Im Bundeskanzleramt äußert man, der Beschluß des UN-Sicherheitsrates vom 16.6. lasse »viele Fragen offen«. Eine deutsche Entscheidung sei »nicht dringlich«, es gebe keinen Zwang, einen »Vorrats-Beschluß« zu fassen. Rühe fordert dagegen, eine solche Entscheidung noch vor der Sommerpause des Bundestages am 30.6. zu fällen (»FAZ«, 20.6.). In Paris beginnt eine Tagung der Beratenden Versammlung der WEU. Keine Anforderung einer deutschen Militärhilfe.

20.6.: Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Glos, plädiert dafür, daß der Bundestag noch vor der Sommerpause eine Entscheidung fällt.

21.6.: Das Bundeskabinett entscheidet nicht, legt aber für die Folgewoche einen exakten Zeitplan für die parlamentarische Entscheidung fest. In New York trifft sich der britische Verteidigungsminister Rifkind mit UN-Generalsekretär Boutros-Ghali und der US-amerikanischen Botschafterin Albright zur Beratung über die Schnelle Eingreiftruppe. Keine Erwähnung einer möglichen deutschen Rolle.

22.6.: Fortsetzung der Beratenden Versammlung der WEU in Paris. Keine Anforderung deutscher Truppen.

24./25.6.: Der rechtssozialdemokratische Seeheimer Kreis bekennt sich zur Linie der Bundesregierung, d.h. zur Entsendung von Kampfflugzeugen.

26.6.: Die mehrfach verschobene Kabinettsentscheidung, die am 30.6. vom Bundestag abgesegnet werden soll, kommt zustande. Damit wird die noch am 1. Juni von Kinkel und Rühe geäußerte Vorgabe, einen »Vorrats-Beschluß« unabhängig von aktuellen Anforderungen zu fällen, sei »nicht vorgesehen«, revidiert. Ein Sprecher des renommierten Instituts für Strategische Studien (ISS) wirft der Bundesregierung vor, sie spreche mit »gespaltener Zunge«, wenn sie behaupte, die deutschen ECR-Tornados seien in Bosnien unersetzlich (»FAZ«). Der »Spiegel« veröffentlicht einen Bericht über eine Besprechung von Unprofor-Offizieren: »Es gibt Besseres«, lautet deren Resümee zur Frage der deutschen Tornados. EU-Gipfel in Cannes. Keine Anforderung deutscher Truppen.

27.6.: Einen Tag nach der Kabinettsentscheidung gibt es die erste zustimmende Äußerung einer ausländischen Regierungsstelle, allerdings nur von einem »Sprecher« des französischen Außenministeriums. Die Aussage eines untergeordneten Chargen wird nur von AFP gemeldet, von der deutschen Presse nicht einmal übernommen. Ein Bericht des Bundesrechnungshofs weist auf Mängel im ECR-Tornado hin.

29.6.: Die »Financial Times« bezeichnet in einem redaktionellen Editorial die Entsendung deutscher Tornados als »die falsche Aktion am falschen Ort«.

30.6.: Der Bundestag beschließt auf Antrag der Regierungskoalition den deutschen Kriegseintritt mit 386 Ja-Stimmen (darunter 45 SPD-Abgeordnete), 258 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen. In der Debatte weist SPD-Fraktionsgeschäftsführer Verheugen darauf hin, daß die Bundesregierung nicht von anderen Staaten zur Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe aufgefordert worden sei. Im weiteren Verlauf bezeichnet ihn Wolfgang Schäuble als »geborenen Verräter«.

Konkret 08/95, S. 16

Karl Held, Peter Decker

Krieg der Nationen

Weltordnen ist kein Gemeinschaftswerk – Lehren aus der kollektiven Betreuung des Balkankriegs

1.

Wenn nach dem Verlesen der neuesten Meldungen vom Kriegsschauplatz Ex-Jugoslawien deutsche Kommentatoren die Hilflosigkeit der Blauhelme beklagen; wenn sie zum energischen Zuschlagen aufrufen und unter beiläufiger Beschwörung ihrer Werte sowie der Gebote der Humanität kurzerhand ein paar Bomben bestellen, welche aber die Völkergemeinschaft aus unerfindlichen Gründen zurückhält – dann wird der fernsehende Bürger Zeuge einer imperialistischen Verlegenheit.

Diejenigen Zeitgenossen, die forsch mit der Verlegenheit umspringen, haben mit dem imperialistischen Charakter der Affäre kein Problem – sie halten die Einmischung ihrer Nationen in den Prozeß der Zerlegung alter und der Gründung neuer Staaten auf dem Balkan für ein selbstverständliches Recht und eine Pflicht dazu. Eine Minderheit, zu der die Autoren und Leser dieser Zeitschrift gehören, besteht darauf, den Vorwurf des Imperialismus insbesondere gegen die deutsche Nation zu erheben und zu beweisen. Als überzeugendste Fassung ihres Vorwurfs sieht sie eine Denunziation deutscher Außenpolitik an, die diese als Fortsetzung oder Wiederaufnahme des faschistischen Programms kennzeichnet. An Ideologien und Taten von Kinkel und Kohl wird ein »immer noch« nach dem anderen »schon wieder« entlarvt und eifrig an der Botschaft gebastelt, daß das neue demokratische Deutschland gar nicht die ihm gemäße Weltpolitik betreibe, sondern die von gestern. So daß ausgerechnet von der kapitalistischen Demokratie verlangt wird, sie habe ihre in der Nachkriegszeit so beredt inszenierte Distanzierung vom 3. Reich wahrzumachen und eine Nation ohne Nationalismus und imperialistische Anliegen zu sein. Dergleichen ist aber nicht zu haben. Die Parallelen des bundesdeutschen Umgangs mit dem Rest der Welt zum Vorgehen des faschistischen Staats, die in KONKRET ein ums andere Mal beschworen werden, haben ihren Grund nämlich in der bundesrepublikanischen Staatsraison – und nicht in den ewig-gestrigen Bedürfnissen einer Elite, die ihre antifaschistische Läuterung verpaßt hat.

Zur Vermeidung erneuter Mißverständnisse – es steht zu befürchten, daß allein schon die Rede von »Verlegenheit« für eine Verharmlosung gehalten wird – sei deshalb an dieser Stelle knapp umrissen, wovon wir reden, wenn wir »Imperialismus« sagen. Sowohl die Argumente gegen den deutschen Nationalismus, die in dieser Zeitschrift üblich sind, als auch die abenteuerlichen Rezepte zu seiner Bekämpfung – da kommt das ziemlich deutsche Projekt »Europa« ebenso zu Ehren wie der Nationalismus der anderen Mächte, der als probate Bremse des deutschen Unwesens angerufen wird – bestätigen einen Verdacht, den die Verfasser schon länger hegen: In der »Linken« meinen nicht alle dasselbe, wenn sie Nationalismus und seine Betätigung nach außen, Imperialismus eben, kritisieren.

2.

Letzterer besteht in der Konkurrenz zwischen Nationen. Die dreht sich um kapitalistischen Reichtum, dessen Vermehrung der Staat das Innenleben seiner Gesellschaft unterworfen hat und den er – Privateigentum hin, Klassengegensätze und Einkommensunterschiede her – zu nationalen Sozialprodukten zusammenrechnet. Das sind Geldgrößen, die seine Machtmittel darstellen, weil er das Wachstum von Kapital als das Lebensmittel der Nation etabliert hat. Die beschränkten Reichtumsquellen – das sind die auf seinem Hoheitsgebiet versammelten Schätze der Natur und die rentabel zu mobilisierende Arbeit – ergänzt jeder kapitalistische Staat um die des Auslands, in dem die einheimische Geschäftswelt viel profitbringende Arbeit, Produkte und Kaufkraft entdeckt. Die Erschließung der gesamten Staatenwelt für lohnende Investitionen heißt Weltmarkt; nachdem die Kolonialgeschichte und die Entkolonialisierung vollzogen sind, funktioniert der über ein höchstförmliches Anerkennungswesen zwischen Nationen, die sich als Staatsgewalten wechselseitig respektieren, um einander auszunützen. Erklärtermaßen besteht ihr Anliegen darin, diesen Inter-Nationalismus für die eigenen Bilanzen fruchtbar zu machen; daß der Weltmarkt bei allen Schönfärbereien über »wechselseitigen Nutzen« der Logik des ausschließenden Reichtums gehorcht, ist kein Geheimnis; ausdrücklich geht es um die Bereicherung der eigenen Nation auf Kosten anderer, und ein internationales Geld- und Kreditwesen verbucht minutiös die Schulden der einen als Gewinne der anderen. Im Stand des nationalen Geldes faßt jede Nation täglich neu die Erfolge bzw. Mißerfolge zusammen, die ihr der grenzüberschreitende Verkehr von Ware, Geld und Kapital eingespielt hat; mit den Erfolgen stehen den Gewinnern des Weltmarkts die Mittel zu Gebote, ihr Kapital bzw. ihre staatliche Anlagesphäre mit der »Konkurrenzfähigkeit« auszurüsten, die zur weiteren Bereicherung und ebenso zu weiterer Schädigung anderer Nationen taugt. So gerät der freie Weltmarkt zu einer Veranstaltung, in der sich die auf Kapital gegründeten und angewiesenen Staaten dauernd ihre Lebensmittel streitig machen, wobei Geschichten wie Schutzzoll und Freihandel noch die harmlosesten Veranstaltungen dieses Gegensatzes sind.

Bekanntlich warten auch moderne Nationen mit ihren Anstrengungen zur Landesverteidigung nicht bis zu dem Tag, an dem eine auswärtige Macht einmarschiert, um offene Rechnungen zu begleichen. Daß die Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Verfügung über ein möglichst schlagkräftiges Militär nötig macht, ist den geschichtsbewußten Führungen schon von ihrer Staatsgründung her vertraut, die ja in der andere Mächte ausschließenden Eroberung von Raum und Volk besteht. Gerade heute, nach der Auflassung des Ostblocks, läßt sich ohne großen intellektuellen Aufwand studieren, wie gewalttätig sich das liebe »Selbstbestimmungsrecht der Völker« Bahn bricht, bis es durch einen Sieg im (Bürger-)Krieg als fertiger Staat auf der Landkarte und in der Uno Respekt genießt. Was ein solches Geschöpf der Gewalt dann in der Staatenwelt hermacht, zu welchen Bedingungen es zur Teilnahme am Weltmarkt von den etablierten Mächten zugelassen wird, ist ganz eine Frage der Potenzen, die es unter seiner Macht beherbergt. Dabei sind die einem Staat verfügbaren und auch für das Ausland zwecks »Partnerschaft« interessanten Reichtumsquellen für einen Souverän von recht geringem Wert, wenn er ihre Mobilisierung im Inneren wie ihren Einsatz als internationales Geschäftsmittel nicht durch Gewalt zu sichern und zu ihm tauglichen Bedingungen durchzusetzen vermag.

Deshalb ist es in der Staatenwelt von »Demokratie und Marktwirtschaft« üblich, einen ansehnlichen Teil der Erträge, die die Pflugscharen und weniger ländliche Gerätschaften abwerfen, auf die Finanzierung von Schwertern und anderen, eben den zeitgemäßen Waffengattungen zu verwenden. Daß dieser Brauch Leuten, die den Kapitalismus in reichen und großen ebenso wie in kleinen und armen Nationen gelegentlich vom Standpunkt der gesunden Volksernährung betrachten, wie Verschwendung erscheint, ist kaum zu vermeiden. Von der Staatsraison, der sie in ihrem moralischen Wohlmeinen einen Auftrag anhängen, den diese gar nicht verfolgt, haben sie jedoch keine Ahnung. Wo international tätiges Kapital das Mittel der Nation darstellt, also auch durch die politische Herrschaft gefördert und entwickelt werden muß, ist die Sicherung und Erweiterung der Reichtumsquellen durch militärische Gewalt die Überlebensbedingung jedes politischen Souveräns. Es soll ja auch schon vorgekommen sein, daß von auswärtigen Interessenten an den Reichtümern gewisser Nationen die nationale Art der Verwendung von Land und Leuten für weltmarkts- und freiheitswidrig angesehen wurde. Das hat dann manchmal zur Auslöschung der Souveränität, in anderen Fällen »bloß« zur Auswechslung der regierenden Mannschaften geführt – in einem großen Sonderfall hat nur die Selbstauflösung des Staats und die Einführung des einzig senkrechten Systems einen bis ins Detail geplanten Weltkrieg verhindert ...

Imperialismus besteht also auch in der Konkurrenz, die sich Nationen im dauernden Vergleich ihrer Kriegsmittel liefern. Diese Abteilung ist als unerläßliche Bedingung für die ökonomische Konkurrenz, in der es nach den Maßstäben des Geldes um den Zugriff auf auswärtigen Reichtum, um die Nationalisierung der Erträge des internationalen Handels geht, eine von den ökonomischen Bilanzen und Kalkulationen getrennte Aufgabe jeder politischen Herrschaft. Sie betrifft den Kern der staatlichen Souveränität, nämlich die Wahrung des Gewaltmonopols nach außen. Ihre Bewältigung orientiert sich an der kontinuierlichen Begutachtung der militärischen Kräfteverhältnisse – in der näheren wie ferneren Nachbarschaft der eigenen Nation. Sie schließt, nachdem der Weltmarkt wirklich »unsere Interessen« auf dem gesamten Globus zu einer Tatsache hat werden lassen, das Eingehen von kleinen und großen Bündnissen ebenso ein wie den Waffenexport. Dieser hat nicht nur die Bedeutung eines gigantischen Geschäftszweigs, der aus der mit nationalen Geldern und Schulden unterhaltenen Rüstungsproduktion eine nationale Verdienstquelle verfertigt; die Gewinne werden schließlich aus dem Budget des Auslands realisiert und sind ein schöner Posten in den Handelsbilanzen. Er ist auch das direkte Zugriffsmittel auf die Handhabung der Souveränität in befreundeten Nationen, die durch Waffenkäufe das ihnen gemäße Quantum an »Sicherheit« und »Stabilität«, daheim und in ihrer Umgebung, erwerben. Bisweilen dient der Waffenexport deswegen auch – erwünschten wie unerwünschten – Veränderungen der Machtverhältnisse in fernen Gegenden, was wiederum in unseren »zivilisierten Demokratien« die Gewissenswürmer des Imperialismus – die gar nichts gegen ihn haben – auf den Plan ruft ...

Militär- und Sicherheitspolitik ist in allen, den öffentlichen wie geheimen, Entscheidungen die Einflußnahme auf den Gewalthaushalt der Staatenwelt. Als unausweichliche Reaktion auf die Maßnahmen und Potenzen anderer Nationen verändert noch jeder Verteidigungsminister unentwegt die heimische Ausstattung, so daß von »unserem Boden« aus der nötige Krieg angedroht und geführt werden kann. Als in »unserem Interesse« liegend beschließt er, auf die Beschränkung oder Verbesserung der Rüstung anderer Staaten hinzuwirken. Dieses Handwerk – die Diplomatie und das dazugehörige Geschäft – , das einzig das Recht und die Mittel von Nationen zum Gegenstand hat, sich gegen andere zu behaupten und im Ernstfall durchzusetzen, gipfelt im strategischen Blick auf die politische Landkarte. Der mißt dem eigenen Staat wie den allerfernsten Gemeinwesen das erlaubte und verbotene Maß ihrer Bewaffnung und Kriegsführung zu, riskiert darüber Streit und Krieg mit ihnen, gerät auch in Konflikt mit ansonsten befreundeten Nationen, die ihre Vor- und Nachteile aus veränderten Kräfteverhältnissen anders gewichten – kurz: Die strategische Beurteilung der Staatenwelt und die ihr gemäße Einmischung befaßt sich andauernd mit dem Recht auf Gewalt, das eine Regierung sich selbst und anderen zugesteht. Sie macht sich an der Erhaltung oder Veränderung der Hierarchie unter den Staaten zu schaffen, definiert dabei höchstrichterlich – und in Konkurrenz zu anderen Richtern des gleichen Schlags – die Aufteilung der Welt: in Reichweiten nationaler Macht, in berechtigte und unberechtigte Sphären des Zugriffs, in Wirkungsbereiche der konkurrierenden

Gewaltmonopole, also ihrer Existenzberechtigung.

3.

Wem die konkrete Bestimmung des Verhältnisses von Geld und Gewalt ihrer Kürze wegen zu abstrakt vorkommt, der möge sich in einer Zeitung die aktuellen Beispiele zu Gemüte führen. Im Wirtschaftsteil wird er die ökonomische Konkurrenz dokumentiert finden; und aus dem Zweck, den die deutsche Standort- und europäische Einheitspolitik wie auch der amerikanische Vorstoß gegen Japan verfolgen, wird da kein Hehl gemacht. Von der Idylle eines gleichverteilten Nutzens ist bei der Schilderung dieses »Kampfs um Märkte« nicht die Rede. Es wird offen die ökonomisch gebotene Auslandsfeindlichkeit abgehandelt, auf die dann selbst die Statisten des nationalen Wachstums ein Anrecht haben; leider weigern sie sich nicht, dafür gerade zu stehen – sie lassen sich lieber zur Ausländerfeindlichkeit animieren. An anderen Stellen wird jeder Zeitungsleser über den Aufschwung strategischer Großvorhaben informiert, die an die Stelle der großen Rüstungs- und Kriegsdiplomatie mit der SU getreten sind: Korea, Iran, Naher Osten, Nato-Erweiterung etc. Und ganz vorne auf der Titelseite wird er mit dem Weltordnungsfall Jugoslawien vertraut gemacht; der gehört in das Fach »strategische Einmischung« – in die praktisch aufgeworfene Frage, wie die Souveränität(en) im ehemaligen Jugoslawien beschaffen zu sein habe(n).

Kaum hatten sich an alten Provinzgrenzen (Raum) und »ethnischer Identität« (Volk) orientierte Bewegungen organisiert, um die Rechtsnachfolge des Tito-Staats gegeneinander abzuklären, war nicht nur die Gewaltfrage wie bei allen Staatsgründungen vor Ort akut. Mit der größten Selbstverständlichkeit der Welt haben Staatsführer in den Metropolen der freien Welt beschlossen, daß da ein Fall für sie vorliegt. Daß es um die Neubestimmung der staatlichen Macht »vor unserer Haustür« geht und daß das ein »vitales Interesse« berührt, haben die großen Europäer gewußt. Die amerikanische Regierung glaubt bis heute nicht, daß ein »vitales Interesse« der USA auf dem Spiel steht – herausgehalten hat sie sich aber nicht. Alle verspürten die Verantwortung, abwechselnd unter Berufung auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« oder auf die »Unveränderlichkeit der Grenzen«, Lizenzen für neue Souveräne zu erteilen oder zu entziehen.

Die im Reich der Freiheit residierenden Herrschaften haben den blutig zu Werke gehenden Patriotismus vor Ort keinen Augenblick kritisiert, sondern verstanden, ihn in nützlichen und schädlichen zu sortieren, um ihn zu fördern oder einzuschränken. Wo das Recht von (herzustellenden) Nationen gegen das anderer steht und der Bedarf an Volk und Raum die bei solchen Grundsatzfragen fälligen Gewaltorgien hervorruft, wenden sich zivilisierte Europäer und Amerikaner nicht etwa mit Grausen ab. Sie wenden sich dem Krieg und seinen etwas parteilich definierten Opfern zu und leiten aus denen die Zuständigkeit ihrer Regierungen für die neue Ordnung ab. Sie haben sofort in die neuen Auseinandersetzungen eingegriffen, per Anerkennung – so verfahren selbsternannte Weltordner – neue Staaten aus der Taufe gehoben, anderen Aspiranten die Anerkennung versagt, munter an der Verteilung des Kriegsglücks mitgewirkt, und sie müssen 1995 zweierlei feststellen: Erstens lassen wir uns von denen, die wir gar nicht ermächtigt haben, viel zu viel gefallen; obwohl wir doch dazu befugt sind, setzen wir uns nicht durch, mehr Gewaltanwendung täte not. Zweitens sind wir mit unserer Einmischung gescheitert, das Unternehmen war ein Mißgriff und verdient, aufgegeben zu werden.

Diese Unzufriedenheit mit der eigenen Ohnmacht, unter der englische Generäle ebenso leiden wie deutsche Grüne, ist eine Folge der Art, in der die vereinigten Großmächte ihre Macht eingesetzt haben. Alle Staatschefs und Außenminister, die auf die Zerlegung Jugoslawiens Einfluß genommen haben, waren zwar scharf auf einen ihnen genehmen Verlauf der neuen Machtaufteilung. Aber keine Betreuernation hat sich in eigener Regie und unter Aufbietung ihres Geldes und ihrer Streitkräfte auf den Weg gemacht und »ihre« Ordnung in Angriff genommen. Öffentlich bekannt gemacht wurden – quasi als abschreckendes Planspiel – die militärischen, geländemäßigen Gegebenheiten etc.; und in dieser Sicht war das Kriegführen im Interesse einer Entscheidung der Machtverhältnisse vor Ort verworfen. Nicht verworfen war der Anspruch, bei den Patrioten, die sich zum Krieg anschickten, auf Gehör zu dringen.

Am deutschen Vorgehen in Sachen Anerkennung freilich wird nicht nur das Bedürfnis deutlich, sich für die Zukunft Europas Souveräne zu schaffen, die sowieso keine andere Wahl haben würden, als sich für die deutsch-europäische Sache ökonomisch wie strategisch dienstbar zu machen. Die Spekulation, daß mit der Existenz von Kroatien und Slowenien in jeder Hinsicht brauchbare Partner ermächtigt werden, ist in ein gemeinschaftliches – zunächst europäisches – Interesse verwandelt worden, per Diplomatie und heftiger Aktivitäten. Und das mit diesem Schritt übernommene Eintreten in Sachen Zurückweisung serbischer Ansprüche und Angriffe war ebenfalls keine allein deutsche Angelegenheit mehr. So ging es übrigens auch mit den anders gearteten Verfahrensvorschlägen der übrigen Aufsichtsmächte. Alle stellten sie ihre unterschiedliche Auffassung über die »Lösung« der künftigen Probleme mit zwei, drei, vier Gewaltmonopolen in Jugoslawien unter ihresgleichen zur Diskussion – und beschlossen die Betreuung des Krieges durch die »Völkergemeinschaft«. Dabei war der Versuch der Imitation des amerikanischen Vorgehens in Sachen Irak genauso kenntlich wie die entscheidende Differenz: Die Instrumentalisierung der Uno für eine national beschlossene und durchgezogene Abrechnung mit einem klar definierten Feind ist nicht herausgekommen.

Die Mission, die wirklich eine der Uno ist, erfreut sich der widersprechendsten Auslegungen durch die Mitglieder; sie stellt die Mächte, die sie unterschrieben haben, seit den ersten Tagen nie recht zufrieden – und umgekehrt sind die mit einem Mandat versehenen Unterhändler und Befehlshaber der Unprofor nie zufrieden gewesen mit dem von ihren Bemühungen abweichenden Benehmen der Großmächte. Die Beiträge zur Betreuung des Geschehens wurden zu Rechtsansprüchen auf die Interpretation dessen, was zu tun sei; auf die von Anfang an distanzierte Mitwirkung der USA und ihre Belange, die inzwischen auf ein Hintertreiben französischer und englischer Bemühungen hinauslaufen, mußte ebenso Rücksicht genommen werden wie auf Rußland. Das muß nämlich noch in Sachen Abrüstung, Nato-Erweiterung etc. zur Raison gebracht werden, verdient also Berücksichtigung, damit es sich der gemeinsamen Sache nicht entgegenstellt. So wurde aus einer in jeder Hinsicht grundsätzlichen inter-nationalen Rechts-, also Gewaltfrage ein Unternehmen, das alle Beteiligten bedauern, weil es nichts taugt: Die Akteure, die sich zum Eingreifen berufen wissen, haben die Konkurrenz unter sich zu vermeiden gesucht, die sie mit einem eigenständigen – nationalen, europäischen – Vorgehen herbeigeführt hätten. Auf diese Weise ist die Einmischung selbst zu dem Debakel geworden, das der Maßstab imperialistischer Effizienz so zu beträhen gestattet. Aber auch zu einem Lehrstück des Inhalts, daß gemeinsamer Imperialismus nichts taugt. Und das ist keineswegs harmlos. Eine nüchterne Bestandsaufnahme der Uno-Mission, die nicht als chronologische Dokumentation entworfen ist, macht das deutlich.

4.

Das Mandat, das die vereinten Mächte der Uno für Jugoslawien erteilten, war Produkt nicht nur eines eifersüchtigen, sondern auch eines befangenen nationalen Kalkulierens. Sein Ziel war so methodisch formuliert, daß kein nationaler strategischer Erfolg mehr herauskommen konnte, andererseits wurde auch keine Ordnung definiert, die auf dem Balkan errichtet werden sollte: Mitten in den laufenden Krieg wurde mit neutralen und »friedenserhaltenden Maßnahmen« interveniert, die einer unbestimmten »Wiederherstellung des Friedens« dienen sollten. Die Uno, die EU und später die Kontaktgruppe entwarfen Friedenspläne und Landkarten und unterbreiteten sie den Kriegsparteien als Angebote, auf die man sich einigen sollte. Für den Krieg selbst wurden Regeln erlassen, die ihn humanisieren, eindämmen und am besten ersticken sollten: Waffenembargo und Flugverbot, Inspektionen von Internierungslagern, Versorgung und Schutz der Zivilbevölkerung. Nichtkämpfende Blauhelm-Soldaten sollten die Spielregeln und Grenzen der erlaubten Kriegführung durchsetzen, ohne den Krieg militärisch zu entscheiden, d.h. ohne selbst Krieg gegen eine oder alle der Parteien zu führen. Die Uno-Mächte verlangten nur Respekt vor ihren Soldaten, wenn diese sich als unparteiische Kontrolleure und humanitäre Helfer in den Krieg der bosnischen Fraktionen einmischen.

Mit diesen Maßnahmen wurden die Kämpfe in Kroatien vorläufig beendet, wurde die Ausweitung des Krieges auf Anrainerstaaten bzw. deren Einmischung in Bosnien und im jugoslawischen Raum verhindert. Durch Waffenembargo und Flugverbot gelang die Beschränkung der Kämpfe auf das Niveau eines Bürgerkriegs. Die dritte Leistung – die Versorgung belagerter Bevölkerungszentren, die Politik der Schutzzonen und Ultimaten hat den endgültigen Fall großer Städte verhindert und ging damit weit über das »Humanitäre« hinaus. Sie hat einen klaren serbischen Sieg unterbunden, das militärische Überleben der moslemischen Kriegspartei gerettet, den Krieg offen und in Gang gehalten.

So ganz unparteiisch waren die friedenserhaltenden Maßnahmen also doch nicht; der gemeinsame Wille der Interventionsmächte reichte zu wenigstens einem Diktat: Es darf keinen totalen Sieg einer Seite und keine totale Niederlage der anderen geben: »Dieser Konflikt kann nicht militärisch gelöst werden!«, diese sachlich falsche Behauptung ist tatsächlich eine Forderung nach »politischer Lösung«, d.h. danach, daß sich die Parteien durch die Aufsicht beschränken lassen. Die Weltmächte geben keine bestimmte politische Lösung vor – sie würden sich darüber so leicht auch gar nicht einig werden. Sie bestehen aber darauf, daß keine der Kriegsparteien untergehen darf und am Ende eine vertragliche Einigung zwischen ihnen stehen muß, deren Notar und Garant die Aufsichtsmächte zu sein beanspruchen. Wie diese Lösung aussehen soll, wird aber auch wieder den Parteien und ihren kriegerischen Leistungen überlassen; an den Wirkungen der Einmischung – gegen die Muslime das Waffenembargo, gegen die stärkeren Serben die Politik der Schutzzonen und der Ultimaten – sollten sie lernen, daß sie den Krieg nicht endgültig gewinnen bzw. das Blatt nicht entscheidend wenden können; daß sie also eine Friedensregelung von höherer Stelle nötig haben.

5.

Verrechnet haben sich die vereinigten Aufsichtsmächte in bezug auf den Gehorsam, den ihre symbolische Militärpräsenz und ihr bloßes Machtwort von seiten der Kriegsparteien erfährt. Sie haben sich darauf verlassen, daß Forderungen der vollständig versammelten Großmächte nicht widersprochen werden kann – daß diese also auch nicht regelrecht durchgekämpft werden müssen. Die Nationalisten vor Ort aber, deren Staatsgründungswille durch die Intervention gar nicht gebrochen werden soll, sondern mit dem gerechnet wird, kalkulieren ihrerseits mit dieser Sorte Behinderung ihres Krieges. Die Uno mischt sich als eine dritte Partei in den Krieg ein und beharrt darauf, daß sie Kriegspartei nicht ist. Sie kämpft nicht, verlangt aber, daß, wo sie ihre Versorgungsrouten und Schutzzonen einrichtet, der Krieg der anderen

aufzuhören hat, und entzieht den Kampfparteien so Teile des umkämpften Territoriums. Kein Wunder, daß beide Parteien dies als Behinderung und als Parteilichkeit der Uno für die jeweils andere Seite auffassen. Die Serben bezichtigen die Uno, sie würde die Moslems unterstützen; die Moslems klagen, sie würde ihren gerechten Verteidigungskrieg bremsen, statt ihnen gegen die Aggressoren beizustehen. Beide Seiten paaren den Respekt vor den Weltmächten, der sie zu prinzipieller Unterordnung zwingt, mit einer kalkulierten Mißachtung der Forderungen der UN-Verbände und einer militärischen Ausnutzung ihrer Präsenz. Dadurch werden diese zum Element im Krieg, Randbedingung und Instrument der Parteien. Wenn aber der Respekt vor ihrem Diktat leidet, dann sind alle »humanitären«, den Krieg begrenzenden Leistungen der Uno nichts wert, ja kontraproduktiv. Die westlichen Weltmächte sehen im fehlenden Respekt der Kriegsparteien vor der Uno den Respekt vor sich beschädigt und halten es nicht aus, daß die von ihnen beschlossene UN-Mission, die ihrer ganzen Anlage nach kein Diktat sein kann, keines ist.

6.

Das Leiden an der Ohnmacht der Uno hat den Streit unter den Auftraggebern mächtig belebt. Er hat jetzt den Punkt erreicht, wo es nicht mehr um das beste gemeinsame Weitermachen der UN-Intervention geht, sondern um das Eingeständnis, daß der ganze Versuch nichts taugt und abgebrochen werden muß.

Jahrelang schon drängen sie darauf, daß die Uno sich bei den unbotmäßigen Kriegsparteien Respekt verschaffen müsse – immer wieder haben sie Bombardements gefordert und angedroht. Die Nato hat sich der Uno als ihr militärischer Arm aufgedrängt, der in ihrem Auftrag Luftangriffe gegen die bosnischen Serben fliegen sollte. Die US-Forderungen, die als Vorschläge zur Stärkung der UN-Mission vorgetragen wurden, zielten tatsächlich auf eine grundsätzliche Veränderung ihres Charakters: Die Rolle des neutralen Vermittlers, der seine beschränkte Wirksamkeit auf Kooperation mit allen Kriegsparteien gründet, sollte zugunsten antiserbischer Militärschläge aufgegeben werden. Die gegensätzlichen Zugriffsinteressen der imperialistischen Mächte hatten sich aber nicht zufällig nur auf die – schwache – Position der Vermittlung und Kriegsbeschränkung einigen können; besonders die Staaten, die das Uno-Mandat zu ihrer Sache gemacht hatten, wehrten sich. Die Rückbindung der Nato-Luftschläge an das Uno-Mandat und seine Befehlshaber verstärkte freilich nur die Unerträglichkeit der Lage für beide Seiten. Die Nato durfte nicht bomben, wenn sie wollte, und wenn, dann nur nach Vorwarnung der Bombenziele und nur zum Zwecke symbolischer Bestrafung, die ausdrücklich das Kräfteverhältnis der Kriegsparteien nicht verändern sollte. Andererseits machten Nato-Bomben die Rolle der Blauhelme am Boden immer unhaltbarer: Sie wurden zu Vertretern einer kämpfenden Partei und machten sich die Serben zum Feind, ohne daß sie vom Auftrag her selbst Feinde sein wollten oder es von der Ausrüstung her konnten.

Die USA, die mächtigste Militärmacht auf dem Globus, bereuen es längst, daß sie, statt zu führen, sich in ein UN-Mandat haben einbinden lassen, das sich keinen Respekt verschafft und seine Führungsmacht mit all ihrer militärischen Potenz zur Untätigkeit verurteilt. Sie verlangen den Abzug der Blauhelme und die Aufhebung des Waffenembargos gegen die Moslems. Die Weltmächte sollen aufhören, den Krieg einzudämmen und ihn statt dessen nach ihren Interessen schüren und die unterlegene Kriegspartei so weit aufrüsten, daß sie ein Ergebnis herauskämpfen kann, das den USA besser schmeckt. Den Vorwurf der Parteilichkeit darf die Einmischung dann nicht mehr fürchten, die Ausweitung der Kämpfe auch nicht.

Die USA haben den Kurswechsel und die Aufgabe der britisch-französischen Form der Einflußnahme auf den Balkankrieg aber nicht nur in den gemeinsamen Gremien von Uno und Nato gefordert, sie haben neben und außerhalb der supranationalen Aufsicht gehandelt: Mit dem Versprechen, sie würden beim Rückerobern helfen, haben sie das Bündnis zwischen Kroaten und Moslems erzwungen und deren Kämpfe untereinander beendet; sie haben die Aufrüstung und das militärische Training der Moslems organisiert und einen General in ihr Oberkommando gesetzt. Die gewachsene militärische Stärke und neue Offensiven der Moslems eskalieren die Lage und beflügeln die Serben, auch ihre Stärken auszuspielen: die Abschnürung, ja Eroberung belagerter Städte. Das blamiert von neuem die UN-Schutzversprechen und macht die Blauhelme selbst zu Zielscheiben. Jetzt werden die Depots schwerer Waffen, die die Uno vor einem Jahr im Umkreis von 10 km um Sarajewo eingesammelt und der Schutzzone damit einige Ruhe verschafft hatte, von Moslems und Serben geplündert, Uno-Soldaten werden nun von beiden Seiten als Hindernisse ihrer Kriegführung genommen, nicht mehr respektiert, beschossen und interniert. Nach dem Fall von Srebrenica scheint der Punkt erreicht, an dem die Aufgabe der Mission unvermeidbar wird.

7.

Briten und Franzosen wollen nun ihrerseits um ihren Einfluß auf den Balkan kämpfen. Statt abzuziehen, stocken sie ihre Truppen auf – und zwar um kämpfende Verbände, die einerseits unter nationalem Kommando, andererseits im Rahmen des Uno-Mandats die Respektierung der Blauhelme und die Durchsetzung ihrer »neutralen« Aufgaben erzwingen sollen. Ergänzt um die Niederlande wollen sie doch noch den Beweis liefern, daß die Parteien vor Ort ihre Kriegsziele nicht erreichen können und eine »politische Lösung« akzeptieren müssen.

Die europäischen Militärmächte dienen nun nicht mehr einem UN-Mandat, das die Weltgemeinschaft beschlossen und ihnen übertragen hat, sie machen ihre Rolle auf dem Balkan zu ihrem nationalen Interesse. Durch die Drohung mit offener transatlantischer Rivalität und durch ihre Entschlossenheit, die militärischen Opfer der »Rettung der UN-Mission« alleine zu tragen, haben sie sich in New York die Ausweitung des Uno-Mandats um weitere 20.000 Mann und einen bedingten Kampfauftrag beschafft. Auch wenn die Franzosen sich erste Gefechte mit den Serben vor Sarajewo um die freie Fahrt von Versorgungskonvois liefern, auch wenn sie gerade nach dem Fall der Schutzzone Srebrenica den Beweis nötig haben, daß die »Europäische Schnelle Eingreiftruppe« die Serben in die Schranken weist und einem Friedensplan unterwirft, richtet sich die Militarisierung der UN-Rolle gegen die Kriegsfreiheiten aller Bürgerkriegsparteien – und sie merken es: Die Moslemregierung wie auch die Regierung von Kroatien drohen, der Uno das Gastrecht zu entziehen und ihren Abzug zu erzwingen; Kroatien verbietet weiteren britischen Truppen die Landung in Split und fordert den Abmarsch der schon gelandeten noch im Juli; derweil verbietet ihnen die Regierung von Bosnien den Einmarsch in die Herzegowina. Der französische Generalstab erwartet ohnehin auf lange Sicht die größeren Schwierigkeiten mit den Moslems, die, durch amerikanische Rückendeckung mutig und potent geworden, aufs Rückerobern setzen und nicht mehr bereit sind, den militärischen Status quo zur Grundlage von Friedensplänen zu machen.

Von einer Konkurrenz der imperialistischen Mächte um die Führerschaft bei einer gemeinsamen Aufsichtsaktion kann also nicht mehr die Rede sein: Die USA haben sich eine Kriegspartei als Schützling gesucht und schaffen sich durch dessen Aufrüstung Einfluß – an der UN-Mission vorbei und gegen sie. Briten und Franzosen kämpfen um ihre Rolle als Repräsentanten der »Weltgemeinschaft« und um den Respekt der Kriegsparteien vor ihrem Vermittlungs-Diktat – gegen den Einfluß der USA, der diese Vermittlung unterminiert. Die Absicht der USA ist negativ: Sie streben keinen bestimmten, anders gearteten Frieden an, sondern zerstören eine europäische Einflußnahme, die sich nicht nach dem Geschmack und der Führung der USA richtet. Sie haben, wie sie selbst immer wieder sagen, »kein vitales Interesse« an den Moslems oder am zukünftigen innerbosnischen Grenzverlauf – ihr vitales Interesse besteht darin, zu verhindern, daß imperialistische Mächte an den USA vorbei, also gegen ihre Prärogative sich die benachbarte Staatenwelt zurechtmachen.

8.

Die deutsche Außenpolitik wird durch die transatlantische Konfrontation zu einer Wahl gezwungen, die sie bisher immer zu vermeiden wußte. Deutschland hat sich in der Jugoslawienpolitik nämlich den größten Widerspruch geleistet: Es war das erste Land, das Interesse am Zerfall des Tito-Staates angemeldet und auf Eingreifen gedrängt hat. Mit Beiträgen zur gemeinsamen Uno-Aufsicht aber hat es sich auffällig zurückgehalten. Es ließ nicht nur die Partner die von Deutschland angezettelte Sache durchstehen, es demonstrierte Unzufriedenheit über den Inhalt des Uno-Mandats, das nicht antiserbisch genug geraten war, und hielt auf Distanz.

Die deutsche Politik hat sich mit Kroatien lange vor den USA einen Schützling geschaffen, sich hinter dessen territoriale Ansprüche gestellt und entgegengesetzte serbische zurückgewiesen. Das stellt die deutsche Politik eigentlich an die Seite der USA. Lange galt die US-Forderung nach Aufgabe der Uno-Mission, nach Abzug der Blauhelme und nachfolgendem nationalen Ein- und Aufmischen als gleichwertige, vielleicht »moralischere« Alternative zum britisch-französischen Festhalten an der »Friedensmission«.

Endgültig entscheiden muß sich Deutschland, seitdem sich die USA gegen die Uno stellen, die dadurch zur Sache der europäischen Mächte wird. Jetzt nehmen deutsche Politiker die amerikanische Unterminierung der UN-Vermittlung als Angriff auf eine europäische Ordnungskompetenz und schlagen sich auf die Seite der EU-Partner. Reihenweise bekennen sie, daß die Aufhebung des Waffenembargos und der Abzug der Blauhelme – also die US-Balkanpolitik – »das Schlimmste für die Menschen« wäre und abgewendet werden muß, solange es irgend geht. Ohne eigenes Kriegsziel, ohne daß im Erfolgsfall ein deutsches Interesse auf dem Balkan vorankommen würde, und vor allem ohne Glauben an den Erfolg dieses Versuchs beteiligt sich Deutschland jetzt aus »europäischer Solidarität« an der »Schnellen Eingreiftruppe«: »Man kann Maastricht II nicht nur mit Papieren machen!« (Rühe). Tätige Waffenbrüderschaft und ein gemeinsamer Feind sind halt doch die einzige Gemeinsamkeit von Imperialisten, auf die sich eine »Politische Union« Europas eventuell gründen ließe.

Die bisher demonstrierte Distanz zu der von den europäischen Partnern getragenen Uno-Intervention hat Deutschland nicht nur den Vorwurf der Verweigerung eingebracht, sondern zeitweise auch Mitsprache gekostet. Die »Solidarität«, auf die die Partner im Ringen mit Amerika um ihre Rolle angewiesen sind, zeigt Deutschland also wegen eigener Ambition: Man will das Kommando bei der kriegerischen Etablierung der Ordnungsmacht Europa nicht den westlichen Nachbarn überlassen. Die »Arbeitsteilung«, die Briten und Franzosen gefiele – Deutschland bleibt zuständig für die wirtschaftliche und monetäre Stärke Europas, die beiden anderen für seine militärische und weltpolitische Rolle – , wird ihnen nicht erlaubt. Jetzt sitzt ein deutscher General in Piacenza und entscheidet, welche Kriegsakte deutsche Solidarität verdienen.

Schluß:

Es ist verfehlt, in die Jugoslawienpolitik der Weltmächte, die von allen Akteuren als quälendes Gezerre in einer sich stetig verschlechternden Lage gesehen wird, wunder was für eine – am besten deutsche und erfolgreiche – Zielgerichtetheit hineinzulesen, wie es KONKRET-Autoren gerne tun. Ebenso verkehrt ist die entgegengesetzte, apologetische Rede vom »Hineinschlittern« der Staatenwelt in einen Balkankrieg und in gegenseitige Konfrontation, mit denen spätere Historiker sich diese Phase der Weltpolitik nach gewohntem Muster zurechtlegen werden. Lesen die ersteren die Resultate des vierjährigen gemeinsamen Einwirkens auf den Balkan rückblickend als von Anfang an gewollte Absicht, so halten sich die Historiker daran, daß 1991 wirklich keine der beteiligten Mächte die Resultate gewollt hat, die sie durch gemeinsame Aktion hervorgebracht haben. Die Historiker unterschlagen dabei freilich, daß die Großmächte die unerwünschten Resultate nur wegen ihrer imperialistischen Ansprüche produzieren.

Genau das, was die gewählte Form der gemeinsamen UN-Intervention verhindern sollte, daß nämlich die Großmächte gegeneinander auf dem Balkan um Einfluß und Vasallen konkurrieren und sich auf verschiedenen Seiten der Front wiederfinden, kommt nun zustande – und alle Akteure sehen es und warnen davor, während sie es herbeiführen. Die deutsche Politik wünscht den transatlantischen Bruch und die Frontstellung gegen Amerika nicht, wenn sie sich gegen die USA an der außerhalb von Nato und Uno geführten »Europäischen Schnellen Eingreiftruppe« beteiligt – und sie demonstriert das: Wie zur Beruhigung des »partner in leadership« wird betont, daß es sich nur um einen allerletzen Versuch zur Rettung der Blauhelmmission handelt, über dessen Erfolgsaussichten nach ein paar Monaten geurteilt und neu entschieden würde. Auch die USA, die in der Sache nicht nachgeben, vermeiden den offenen Bruch des »Westens«: Frau Albright, Clintons UN-Botschafterin, darf sich abfällig über die »Schnelle Eingreiftruppe« äußern – »Nur mehr von dem, was wir schon hatten« – und den satzungsgemäßen Finanzbeitrag für die immerhin von der Uno beschlossene Aktion verweigern: »Sollen doch die Länder bezahlen, die ihre Soldaten hinschicken wollen; man kann ja einen Fonds einrichten, in den beitragswillige Staaten einzahlen können.« Derweil kündigt Clinton gegen den Willen des Kongresses doch eine symbolische Summe an; sein Argument: »Alles andere würde die Nato sprengen.«

Seit einem Jahr schwankt die US-Balkanpolitik zwischen dem Standpunkt, daß man sich von den Europäern nicht zur Ohnmacht verurteilen lassen dürfe, und dem anderen, daß die Rettung der Nato wichtiger sei als die Rettung Bosniens. Keine Seite sucht die Zerstörung der überkommenen strategischen Einheit des Westens, aber keine Seite ist bereit, sich dafür den Partner- und Konkurrenznationen unterzuordnen und auf eigene Ansprüche zu verzichten. Die bewunderte Gemeinschaftlichkeit, der 50jährige Frieden innerhalb des kapitalistischen Lagers war halt doch nichts anderes als eine notgedrungene Selbstbeschränkung von Nationen, eine erzwungene »Vernunft«, zu der sie ohne übermächtigen äußeren Feind gar nicht fähig sind und die sie – im vollen Bewußtsein der gefürchteten Konsequenzen – nicht mehr zustandebringen, sobald sie frei dazu sind.

Karl Held und Peter Decker sind Redakteure der Zeitschrift »Gegenstandpunkt«

Konkret 08/95, S. 22

Michael Hahn

Patriotisch korrekt

Waren die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki die letzten Bomben des zweiten Weltkriegs oder die ersten des Kalten Krieges? In den USA wird 50 Jahre nach dem ersten Einsatz der Nuklearwaffe heftig über seine Gründe und Folgen diskutiert. Eine neue Front im rechten Kulturkampf gegen »political correctness«

»(Die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki) forderten viele zehntausend Todesopfer. Allerdings führte der Einsatz der Bomben zur sofortigen Kapitulation Japans und machte die geplante Invasion der japanischen Hauptinseln überflüssig. Eine solche Invasion hätte zu sehr schweren Verlusten unter amerikanischen, alliierten und japanischen Streitkräften und unter japanischen Zivilisten geführt.« Noch Fragen? Die Texttafel, die seit Ende Juni 95 im National Air and Space Museum in Washington hängt, läßt keine offen.

War eine verlustreiche Invasion die einzige Alternative zur Atombombe? Hätten die Alliierten im Sommer 1945 Japan auch anders zur Kapitulation zwingen können? Welche Debatten gab es damals in den militärischen und politischen Führungsstäben der USA? Wie bewerten Historiker die inzwischen zugänglichen Dokumente? Gab es Unterschiede zwischen der US-Kriegsführung gegen Deutschland und der gegen Japan? Und: Gab es – neben einer Kapitulation Japans – noch andere Motive für den Abwurf der Bomben? Diese Fragen stellt das Nationale Luft- und Raumfahrtmuseum nicht. Jedenfalls nicht öffentlich.

Das war nicht immer so. Anfang 1994 ließ die Museumsleitung ein 500-Seiten-Papier zirkulieren, in dem es genau um solche Fragen ging. Zehn Jahre lang hatte man den B-29-Bomber, von dem am 6. August 1945 die Atombombe auf Hiroshima abgeworfen worden war, restaurieren und jede Niete auf Hochglanz polieren lassen. Zum 50. Jahrestag sollte die »Enola Gay« (benannt nach der Mutter des Piloten; die vier Tonnen schwere Bombe hieß »Little Boy«) der Öffentlichkeit präsentiert werden, eingebettet in eine umfangreiche Ausstellung. Ausführliche Texttafeln sollten den zeitgenössischen Kontext vermitteln und die Leiden der Opfer in Hiroshima zeigen. Breiten Raum sollten die Historikerkontroversen über die Motive für den Kernwaffenangriff einnehmen – Kontroversen, die die Fachwelt schon seit 50 Jahren beschäftigen, aber von der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert wurden.

Das Ziel, so Air-and-Space-Direktor Martin Harwit: »nicht unangemessenes Mitgefühl mit denen, die an jenem Tag auf dem Boden waren ..., (sondern) ein korrektes Porträt von der Realität des Atomkriegs und seinen Konsequenzen«. Die Historiker der US-Luftwaffe im wissenschaftlichen Beirat des Museums priesen den Ausstellungsentwurf als eine »besonders beeindruckende Arbeit«.

Doch dann, im April 1994, verrichtete das monatliche »Air Force Magazine« seine Notdurft am Ventilator, and the shit hit the fan. »AFM« kritisierte die renommierte »Smithsonian Institution« (die offizielle Museumsgesellschaft in den USA, zu der auch das Air and Space Museum gehört) als »unpatriotisch« und »projapanisch«. Die »Washington Post« nahm den Ball auf und protestierte gegen den »tendenziösen anti-nuklearen und antiamerikanischen Ton« der geplanten Ausstellung. Das »Wall Street Journal« beschuldigte das Museum der »politischen Umerziehung«. Der Veteranenverband American Legion mobilisierte seine Mitglieder, die 30.000 Protestbriefe an das Smithsonian schickten. 81 Kongreßabgeordnete beider Parteien forderten in einem offenen Brief den Rücktritt des Museumsdirektors. Der US-Senat verabschiedete eine Resolution, die die Ausstellung als »unausgewogen und beleidigend« bezeichnete.

Manche Vorwürfe der Kritiker waren nicht unberechtigt: Nur am Rande erwähnten die Ausstellungsmacher den japanischen Überraschungsangriff auf die US-Flotte in Pearl Harbor im Dezember 1941 und die japanischen Kriegsverbrechen in China und Korea. Eine Tafel sollte erklären, aus Sicht der Japaner sei der Krieg im Pazifik »eine Verteidigung ihrer einzigartigen Kultur gegen den westlichen Imperialismus« gewesen – zweifellos eine Verharmlosung des japanischen Militarismus.

Die vehementen Proteste lassen sich aber nicht mit der mangelnden Kritik an einem autoritären Regime erklären – zumal dessen Eliten nach 1945 ähnlich wie die deutschen umstandslos rehabilitiert und in die Konfrontation gegen die Sowjetunion eingespannt wurden. Wernher von Braun wurde von der Nasa rekrutiert, die japanischen Wissenschaftler, deren Menschenversuche rund 200.000 Chinesen das Leben kosteten, wurden in amerikanische Dienste übernommen.

Der eigentliche Grund für die Aufregung um die »antiamerikanische« Ausstellung: Das Smithsonian meldete Zweifel an der militärischen Notwendigkeit der Bomben von Hiroshima und Nagasaki an. Und es nannte ein weiteres Motiv für den Abwurf: die Einschüchterung der Sowjetunion. Damit kratzten die Air-and-Space-Historiker am US-amerikanischen Mythos vom zweiten Weltkrieg als »Good War«, in den die Nation so einmütig wie selbstlos gezogen sei, nur auf Freiheit und Menschenrechte bedacht. Der republikanische Abgeordnete Peter Blute: »Ich will nicht, daß Sechzehnjährige]aus der Enola-Gay-Ausstellung herauskommen und Schlechtes über die USA denken.«

Museumsdirektor Harwit traf sich 1994 mehrmals mit Vertretern der American Legion, um die vorgeschlagenen Ausstellungstexte Zeile um Zeile zu überprüfen und um Kompromißformeln zu feilschen – ein Unterfangen, das schief gehen mußte. Insgesamt fünf verschiedene Versionen wurden im Lauf der Monate beschlossen.

Ein zentraler Streitpunkt: Wieviele Verluste (Tote und Verwundete) hätten die US-Truppen bei einer Landung auf dem japanischen Festland hinnehmen müssen, wie sie unter dem Kennwort »Operation Olympic« für den 1. November 1945 geplant worden war? Die heute zugänglichen historischen Quellen nennen verschiedene Schätzungen der militärischen Planungsstäbe,wobei die ernstzunehmenden Zahlen zwischen 20.000 und 131.500 schwanken. In den US-Massenmedien kursiert eine andere Zahl, die auch von der American Legion hochgehalten wird: Bis zu einer Million amerikanische Todesopfer und Verwundete hätte eine Invasion gefordert. Demnach retteten die Atombomben Hunderttausenden Amerikanern (und Japanern) das Leben. (Die Zahl der Todesopfer in Hiroshima und Nagasaki wird auf mindestens 200.000 geschätzt; japanische Quellen sprechen von über 300.000.)

Im Januar 1995 brach die Veteranenlegion die Verhandlungen ab und wandte sich öffentlich an den neugewählten US-Senat, der dem als liberal geltenden Smithsonian ohnehin nicht allzu wohlgesonnen war. Das Museum gab auf und warf den (revidierten) Ausstellungsentwurf in den Papierkorb. Im Mai trat Harwit von seinem Posten zurück; bei einer zweitägigen Anhörung vor einem US-Senatsausschuß entschuldigten sich Smithsonian-Vertreter für ihr Vorhaben. Am 28. Juni öffnete schließlich eine neue, bereinigte Enola-Gay-Ausstellung im Air and Space Museum. Die »Washington Post« nannte die Konzeption »angenehm traditionell« und stellte zufrieden fest: »Der Schwerpunkt liegt auf der Hardware, nicht auf den Nuancen der Geschichte. Die Ausstellung ist kurz und spartanisch.« Das populärste Museum der Welt (mit jährlich acht Millionen Besuchern) hatte im Konflikt mit gekränkten Veteranen und patriotischen Parlamentariern den kürzeren gezogen.

Mit der Enola-Gay-Debatte brach in den Massenmedien ein Thema auf, das fast 50 Jahre lang im öffentlichen Diskurs verschüttet und der wissenschaftlichen Fachwelt vorbehalten geblieben war. Unmittelbar nach Kriegsende hatte es zunächst relativ breit geäußerte Zweifel an der Berechtigung des Kernwaffeneinsatzes gegeben. John Herseys ergreifender Bestsellerroman *Hiroshima* (1946) weckte Sympathien für die Opfer. Der US-Oberbefehlshaber Admiral William Leahy schrieb in seinen 1950 veröffentlichen Memoiren: »Der Gebrauch dieser barbarischen Waffe brachte keine materielle Hilfe in unserem Krieg gegen Japan.«

Spätestens mit dem Ausbruch des Koreakrieges wurden jedoch jegliche Zweifel an der US-Kriegsführung aus dem legitimen öffentlichen Diskurs verbannt. Truman-Doktrin (»Eindämmung des sowjetischen Einflußbereichs«) und McCarthy-Kommunistenjagd erstickten alle Kritik. Nur eine winzige Minderheit in der US-Historikerzunft wehrte sich gegen den verordneten Konsens. Die linken »revisionists« (so ihre Selbstbezeichnung) interpretierten den Bruch der Anti-Hitler-Koalition und den Kalten Krieg nicht als Ergebnisse eines sowjetischen Expansionismus, sondern als Ausdruck von imperialen Bestrebungen der USA.

Neunzehnhundertfünfundsechzig erschien das Werk eines jungen Historikers, in dem die Atombombenabwürfe über Japan als erste Warnschüsse gegen die Sowjetunion interpretiert wurden – und das von der Fachwelt zunächst links liegen gelassen wurde (*Atomic Diplomacy: Hiroshima and Potsdam*). Der Autor, Gar Alperovitz, ist inzwischen mit dem linkssozialdemokratischen Institute for Policy Studies assoziiert und hat sich jetzt – rechtzeitig zum Hiroshima-Jubiläum – wieder zu Wort gemeldet. Bereits im vergangenen Oktober veröffentlichte die »Washington Post« einen Aufsatz von Alperovitz, in dem er einen »neuen Konsens« unter US-Historikern beschreibt: »Diplomatische Gründe – besonders die Hoffnung, die Hand des Westens gegen die Sowjetunion zu stärken – spielten eine bedeutsame Rolle bei der Entscheidung« für den Atombombenabwurf. Der Aufsatz löste heftige öffentliche Debatten aus – von ei-nem »Konsens« war dabei nicht viel zu spüren.

Etwas vorsichtiger betitelte Alperovitz einen längeren Aufsatz in der renommierten Fachzeitschrift »Foreign Policy«: »Hiroshima: Historians Reassess« (»Historiker bewerten neu«; gekürzte deutsche Fassung in Heft 7/95 der »Blätter für deutsche und internationale Politik«). Außerdem soll im August ein neues Buch von Alperovitz erscheinen: *The Decision to Use the Atomic Bomb* (deutsche Übersetzung unter dem Titel *Hiroshima – Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe* im September in der Hamburger Edition).

Gestützt auf historische Quellen und die Studien angesehener Kollegen, weist Alperovitz nach, daß es 1945 mehrere Alternativen zu einem Atombombenabwurf gegeben hat – und daß diese Alternativen der US-Führung bekannt waren. Es gab Anzeichen, daß der politisch-militärische Führungszirkel Japans, in dem sich »Falken« und »Tauben« lange Zeit die Waage hielten, kurz vor der Kapitulation stand. Am 12. Juli 1945 gelang es den USA, eine Nachricht des japanischen Kaisers zu entschlüsseln, der sich bei seiner Regierung um eine Beendigung des Krieges bemühte. Die meisten US-Entscheidungsträger gingen davon aus, daß Japan früher oder später kapitulieren würde – unter einer Bedingung: Der Kaiser durfte nicht angetastet werden.

Die US-Führung war fast einhellig der Auffassung, daß die alliierte Forderung nach »bedingungsloser Kapitulation« dahingehend modifiziert werden sollte. Nach monatelanger Verzögerung gab die Regierung schließlich die gewünschte Garantie für die Unversehrtheit des Tenno – *nach* dem Abwurf der Atombomben. Japan kapitulierte, das Kaiserhaus blieb erhalten.

Selbst wenn eine Garantieerklärung zugunsten des Kaisers Anfang August noch nicht gereicht hätte – ein zusätzliches Element hätte mit großer Wahrscheinlichkeit zur japanischen Kapitulation geführt: die Kriegserklärung der Sowjetunion. Am 8. August 1945, genau drei Monate nach dem Kriegsende in Europa und zwei Tage nach Hiroshima, erklärte Stalin Japan den Krieg; die Rote Armee brach tief in die japanischen Stellungen in der Mandschurei ein. Die Eröffnung dieser zusätzlichen Front hätte, meint Alperovitz, der japanischen Führung die Aussichtslosigkeit ihrer Lage demonstriert und sie zur Kapitulation bewegt – auch ohne die atomare Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis. Weder die Atombombenabwürfe noch eine verlustreiche Bodeninvasion wären dann noch nötig gewesen.

Alperovitz kritisiert die traditionelle Interpretation, die nukleare Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki sei auch das Resultat einer gewissen Eigendynamik gewesen. Das technologische Wettrüsten während des zweiten Weltkriegs, bürokratische Prozesse und nicht zuletzt die enormen Ressourcen, die die USA in die Entwicklung der Atombombe gesteckt hatten (»Manhattan Project«), hätten sich demnach sozusagen zum Selbstläufer entwickelt und einen Einsatz der neuen Massenvernichtungstechnologie unvermeidlich werden lassen. Alperovitz betont dagegen, die nukleare Option sei eine »aktive Entscheidung« der politisch Verantwortlichen gewesen. Das Ziel: die Oberhand über die Sowjetunion, besonders im Streit um die Nachkriegsordnung in Europa.

Alperovitz' Gegner ließen nicht lange auf sich warten. In der »Washington Post« zerpflückte Robert Newman (University of Pittsburgh), dessen Buch *Truman and the Hiroshima Cult* in diesen Tagen erscheinen soll, zwei Studien des US-Militärs aus dem Jahre 1946, die Alperovitz für seine These anführt, die Japaner hätten im Sommer 1945 kurz vor der Kapitulation gestanden. So befand die U.S. Strategic Bombing Survey, die zahlreiche Interviews mit japanischen Führungspersonen ausgewertet hatte, daß sich Japan »sicher vor dem 31. Dezember 1945 und nach aller Wahrscheinlichkeit auch vor dem 1. November 1945« ergeben hätte – auch ohne Atombomben, sowjetische Kriegserklärung und US-Invasion. Laut Newman beruht diese Schlußfolgerung aber nur auf einem einzigen Interview – alle anderen Befragten betonten ihren Durchhaltewillen. Außerdem zitiert Alperovitz eine »top secret«-Studie des Kriegsministeriums vom April 1946, nach der Japan noch vor einer US-Landung kapituliert hätte. Hier belegt Newman, daß es sich um unabgesicherte Spekulationen eines Unteroffiziers handelte. Die optimistischen Studien, die Alperovitz ohne Quellenkritik anführt, interpretiert Newman als Ausdruck unterschiedlicher Interessen bei den einzelnen Waffengattungen: Die (konventionelle) Luftwaffe und die Armee spielten die strategische Bedeutung der Atomwaffen herunter, um ihre eigenen Pfründe nicht zu gefährden.

Es sei fraglich, meint Newman, ob Garantien für den Tenno und die sowjetische Kriegserklärung allein zur Kapitulation geführt hätten. Vielmehr sei der fanatische Widerstand, den die japanischen Truppen im Frühjahr 1945 auf den Pazifikinseln Iwo Jima und Okinawa trotz aussichtsloser militärischer Lage gegen die amerikanischen Landungstruppen leisteten, ein Beleg für den Durchhaltewillen der Japaner gewesen. (Die 83tägige Schlacht um Okinawa, das als Ausgangsbasis für eine Landung in Japan unentbehrlich war, forderte etwa ebensoviele Menschenleben wie die Atombombe auf Hiroshima.) Die Flächenbombardements japanischer Großstädte hatten zu keiner erkennbaren Demoralisierung der Japaner geführt. Ohne Atombombeneinsatz sei daher eine Landung von US-Bodentruppen auf der japanischen Hauptinsel Kyushu unvermeidlich gewesen und hätte vermutlich riesige amerikanische Verluste gefordert. (In Hiroshima befand sich übrigens die japanische Kommandozentrale für die Verteidigung von Kyushu. Diese Tatsache wird oft verschwiegen, wenn von friedensbewegter Seite der Angriff auf die »zivile« Großstadt verurteilt wird.) Der Journalist Chalmers Roberts, der seinerzeit an der Strategic Bombing Survey beteiligt war, zitiert eine Schätzung des Kriegsministeriums, das im Juni 1945 von 131.500 Verlusten ausging. In »Foreign Policy« erwähnt Alperovitz dieses Dokument nicht, sondern nimmt maximal 46.000 Opfer an.

Auch wenn es sich bei allen Zahlen um Spekulationen (auf der Grundlage der Landungen auf Iwo Jima und Okinawa) handelt, sind sie doch für die Frage von Bedeutung, ob Truman und andere Entscheidungsträger Anfang August über (machbare) Alternativen zur Atombombe informiert waren – und warum sie trotzdem auf die nukleare Karte setzten. Die Einwände der Alperovitz-Kritiker können die substantiellen Zweifel nicht ausräumen, ob ein Einsatz der Atombomben militärisch wirklich erforderlich war. Warum konnte die US-Führung nicht bis nach dem sowjetischen Kriegseintritt am 8. August warten und sehen, ob der »Russian shock« auch ohne größeres weiteres Blutvergießen zu einer Kapitulation führen würde? Und warum zögerte die US-Führung eine Garantie für das japanische Kaiserhaus bis nach dem Bombenabwurf hinaus?

Möglicherweise hatte Truman im Frühsommer 1945 gar kein Interesse an einer baldigen japanischen Kapitulation. Die Arbeiten an einer US-Atombombe liefen auf Hochtouren. Am 16. Juli zündeten die USA auf dem Versuchsgelände Alamogordo (New Mexico) den ersten nuklearen Sprengsatz. Am nächsten Tag konferierten die Siegermächte in Potsdam. Alperovitz zitiert einen Tagebucheintrag des amerikanischen Kriegsministers (so damals der offizielle Titel) Henry Stimson

über ein Gespräch mit Winston Churchill: »Als (Truman) zu der Sitzung kam, nachdem er diesen Bericht (über den gelungenen Atomversuch) gelesen hatte, war er ein veränderter Mensch. Er sagte den Russen, was machbar war und was nicht, und kommandierte allgemein das ganze Treffen.«

Anhand von Tagebuchaufzeichnungen mehrerer US-Minister zeigt Alperovitz, daß Truman nach seiner Amtsübernahme im April 1945 eine direkte Begegnung mit Stalin immer wieder hinauszögerte. Der Präsident wollte warten, bis er die »Master Card« in der Hand halten würde. Zunächst hatten die USA die Sowjetunion noch gedrängt, gegen Japan eine zweite Front zu eröffnen, um japanische Truppen zu binden. Sobald jedoch die Atombombe einsatzbereit war, »schlug der Präsident einen völlig anderen Kurs ein und versuchte, einen Angriff durch die Rote Armee hinauszuzögern«, schreibt der Historiker.

Zwar kann sie hier nicht belegt werden (man darf gespannt sein, ob Alperovitz in seinem neuen Buch bisher unbekannte Dokumente veröffentlichen wird), aber die Vermutung liegt nahe: Womöglich zögerten die USA eine japanische Kapitulation bewußt hinaus, um ihre Uran-235-Bombe (Hiroshima) und Plutonium-239-Bombe (Nagasaki) noch einsetzen zu können. Damit hätte die nukleare Zerstörung der beiden Großstädte den Krieg nicht etwa »vorzeitig« beendet und so Menschenleben gerettet, wie es die bereinigte Air-and-Space-Ausstellung, die »Washington Post« und die American Legion behaupten, sondern wäre – gewissermaßen als Test der neuen Waffe unter realistischen Bedingungen – der Grund für seine bewußte Verlängerung gewesen.

Selbst der Alperovitz-Kritiker James Van de Velde, ein Politikwissenschaftler an der Yale University, muß in einem Artikel in der »Washington Post« (Überschrift: »Die Enola Gay rettete Menschenleben, Punkt«) einräumen: »Die Bombe machte jegliches Interesse an einer Modifizierung der bedingungslosen Kapitulation zumindest für den Monat August überflüssig.« Aus der Sicht des Politologen profitierte Japan jedoch von den Atombomben. Wenn die sowjetischen Truppen weiter vorgerückt wären, wäre »Japan sonst geteilt worden. Die Bomben verhinderten ein Nord- und Südjapan und ein vollständig kommunistisches Korea.«

Wäre die Bombe auch aufdie Deutschen abgeworfenworden?« Diese Frage stell-te der ursprüngliche Enola-Gay-Ausstellungsentwurf unter dem Titel »Historische Kontroversen«. Die Antwort: »Manche haben behauptet, daß die Vereinigten Staaten die Bombe niemals auf die Deutschen abgeworfen hätten, weil Amerikaner lieber Asiaten als Weiße bombardieren würden.« Was die Atombombe angeht, gibt es für diese Behauptung keine beweiskräftigen Belege – aber in anderer Hinsicht gibt es deutliche Unterschiede zwischen der US-Kriegsführung gegen Nazideutschland und der gegen Japan.

Dieser Unterschied wird schon in der Wortwahl deutlich: Die endgültige Kapitulation Japans am 2. September 1945 firmiert in den USA als »V-J-Day«: »Victory over Japan«. Dagegen steht der 8. Mai nicht etwa für einen Sieg over Germany, sondern heißt »V-E-Day«: »Victory in Europe«. Als die US-Administration aus Rücksicht auf die japanische Regierung im Frühjahr vorschlug, die Gedenkfeiern im September statt unter »V-J-Day« unter den Titeln »Victory in the Pacific« und »End of War« abzuhalten, hagelte es wütende Proteste aus der US-Bevölkerung. Clinton ließ beteuern, daß man selbstverständlich an »V-J-Day« festhalten werde.

Der krasseste Unterschied: Im Frühjahr 1942, wenige Monate nach dem japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor, internierte die US-Armee rund 120.000 Kalifornier in militärischen Sammellagern und hielt sie dort drei Jahre lang fest – ohne jedes Gerichtsverfahren. Ihr einziges Vergehen: eine japanische Abstammung, die sie angeblich zu potentiellen Verrätern machte. Zwei Drittel der Internierten hatten sogar die US-Staatsangehörigkeit. Erst vor wenigen Jahren wurden diese Japanese Americans offiziell rehabilitiert und erhielten eine finanzielle Entschädigung. Weder deutsch- noch italienischstämmige US-Bürger waren je einer solchen pauschalen Repression ausgesetzt.

Die US-Propaganda im Pazifikkrieg konnte unmittelbar an antijapanische und antiasiatische Stereotypen anknüpfen. Der Überraschungsangriff auf Pearl Harbor schien die »typische« Hinterlistigkeit der Japaner zu bestätigen. Diese Rassismen wirken bis heute – und haben bisweilen blutige Folgen. Aus »Rache« für die verlorenen Arbeitsplätze in der US-Autoindustrie erschlugen 1982 zwei weiße Arbeiter in Detroit einen 27jährigen Amerikaner chinesischer Abstammung (die Täter hielten ihn für einen Japaner) – und bekamen dafür nur niedrige Bewährungsstrafen.

Der andauernde Haß auf die »Japs« (während die »Krauts« längst in den Kreis der guten Demokraten aufgenommen sind) läßt sich nur zum Teil mit der Demütigung in Pearl Harbor erklären. Daß die »bereinigte« Air-and-Space-Ausstellung am selben Tag öffnete, an dem sich in Genf amerikanische und japanische Handelsbeauftragte auf einen Kompromiß im Auto-Streit einigten, ist selbstverständlich nur Zufall. Ob es um Zweifel am Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki oder um »unfaire« Handelspraktiken geht: Gegen Japan sammelt sich das patriotische Amerika zum Schulterschluß. Politiker und Kolumnisten, die gegen Tokio (verbale) Härte zeigen, kommen gut an. Nach dem Wegfall der Sowjetunion muß Japan im öffentlichen Diskurs der USA immer öfter als Hauptfeind herhalten.

Der Kampf gegen den äußeren Feind braucht seine Entsprechung nach innen. Die Vorwürfe mehrerer Kongreßabgeordneter, das Smithsonian sei »unamerikanisch«, erinnern an McCarthys Parlamentsausschuß gegen »unamerikanische Umtriebe« in den 50er Jahren und reihen sich ein in die rechtspopulistischen Attacken gegen das öffentliche Fernsehen und liberale Bundesstiftungen. Das Muster ist immer dasselbe: Angeblich wollen liberale Eliten (wahlweise: besserwisserische Historiker, familienfeindliche Sozialbürokraten, kosmopolitische Schwule oder aufgedonnerte »Femi-Nazis«) dem einfachen »Joe Sixpack« (Otto Normalverbraucher) ihren Firlefanz eintrichtern und richten dabei die »amerikanischen Grundwerte« zugrunde.

Seit rund fünf Jahren gibt es eine konservative Kampagne gegen einen angeblichen »political correctness«-Terror (die sich allerdings nie um einen Mangel an einzelnen hanebüchenen Zensurversuchen von seiten der Linken, Feministinnen oder sozialen Minderheiten zu sorgen brauchte). Diese Kampagne hat ihre Spuren hinterlassen. Seit die Republikaner in Washington nun auch am Geldhahn drehen können, droht das politisch-kulturelle Klima in den USA wieder auf den Stand der 50er Jahre zurückzufallen – das Jahrzehnt, das Newt Gingrich für das erfolgreichste der amerikanischen Geschichte hält. Der »cultural war« von rechts bestimmt immer mehr die politische Landschaft.

Inzwischen kann das angesehenste Museum der Welt nicht einmal mehr eine Ausstellung zeigen, die – indem sie den historischen Forschungsstand und wissenschaftliche Debatten wiedergibt – patriotische Unfehlbarkeitsmythen in Frage stellt. Es wird nicht mehr lange dauern, dann bekommt auch Washington sein patriotisch korrektes »Haus der Geschichte«, das dem Bonner Vorbild an selbstgerechter Eintönigkeit nicht nachstehen wird.

Michael Hahn schrieb in KONKRET 3/95 über christlichen Fundamentalismus in den USA

Konkret 08/95, S. 26

Eckhard Voß

Euro-Bubble

Hitler, Delors, Kohl und die Europäische Union. Pilotfilm zu einer Serie über die ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen in der Europäischen Union

Konnte 1989, also vor der deutschen Wiedervereinigung, dem Zerfall der europäischen Nachkriegsordnung und den in Maastricht beschlossenen Schritten zum »Europäischen Wirtschaftsraum« und zur Währungsunion, eine Materialsammlung zu den Europaplänen der Nazis noch unter dem Titel *Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte* publiziert werden, die auf jeden Verweis auf die Gegenwart verzichtet, so wäre gleiches heute nicht mehr denkbar. Nicht nur hätte der Autor (Ralph Giordano) mittlerweile wohl größere Schwierigkeiten, einen etablierten Verlag zu finden, sondern er müßte ohne Frage auch einen anderen Titel wählen, z.B. »Warum Hitler den Krieg gewonnen hat« oder »Von Hitlers großeuropäischem Reich zu Delors' Europäischer Union«. Denn fünfzig Jahre, nachdem die Kapitulation Deutschlands den Nazitraum von einem unter deutscher Herrschaft stehenden europäischen Großreich beendete, existiert abermals ein vom Nordkap bis nach Sizilien und vom Atlantik bis an den Ural reichender einheitlicher europäischer Raum. Zwar ist aus den Träumen vom arisch-germanischen Großreich nichts geworden, die damit in engem Zusammenhang stehende Vision eines »großeuropäischen Wirtschaftsraumes« ist heute aber ebenso eine Realität wie die Tatsache, daß dieser Raum von keiner Nation stärker geprägt und dominiert wird als von der deutschen.

Der 1993 aus der Fusion von Efta und EG entstandene EWR, dem heute achtzehn Länder (einzig die Schweiz entschied sich in einer Volksabstimmung gegen eine Mitgliedschaft) angehören, ist mit nahezu 400 Millionen Konsumenten der bevölkerungsreichste Binnenmarkt aller Zeiten und der mit Abstand größte Handelsblock der Welt, dessen Anteil am Welthandel weit über einem Drittel liegt. Mit der Schaffung dieses Binnenmarktes hat sich die Vorstellung einer auf eine gemeinsame Währung zusteuernden wirtschaftlichen Gemeinschaft gegen Konzepte einer bloßen zwischenstaatlichen Kooperation und des Freihandels, wie sie die Efta repräsentierte, durchgesetzt.

Über dem EWR weht bekanntlich die Flagge der Europäischen Union. Jacques Delors, der Anfang des Jahres in den Ruhestand verabschiedete Präsident der EU-Kommission, kann stolz sein, diesen Verbund in kaum zehn Jahren aus der maroden und innerlich zerstrittenen Europäischen Gemeinschaft gezimmert und zudem mit dem im belgischen Maastricht vereinbarten Unionsvertrag ein Regelwerk geschaffen zu haben, das alle Erschütterungen der europäischen Ordnung überstanden hat. Mehr noch: Angesichts der deutschen Wiedervereinigung, des Zerfalls der europäischen Nachkriegsordnung und entsprechender deutscher Großmachtphantasien vorschnell als »letztes Projekt der alten Zeit«, als »klinisch tot« abgehakt (so stellvertretend für viele Rudolf Augstein im »Spiegel« 45/92), hat sich die EU als das mit Abstand dynamischste Projekt des »neuen Europa« entwickelt. Niemand redet heute mehr von der KSZE, der noch zu Anfang des Jahrzehnts viele eine bedeutsame Rolle als Träger einer neuen gesamteuropäischen Ordnung zutrauten. In dem Maße, in dem die Union andere Institutionen der europäischen Nachkriegsordnung in sich aufnahm, ist sie zum unbestrittenen Dach des »gemeinsamen europäischen Hauses« geworden, an dessem geographischen wie politischen Profil heute kräftig gebastelt wird. Und nach anfänglichem Jonglieren mit der Idee eines Alleingangs hat sich Deutschland dem Projekt Maastricht und der Union voll und ganz verschrieben, getreu dem Motto »Deutschland ist unser Vaterland – das vereinte Europa ist unsere Zukunft« (Kohl) – solange dessen Töne und Entwicklung vor allem durch ersteres bestimmt werden.

Nach der Wiedervereinigung hatten sich die Deutschen zunächst alle möglichen Optionen der Europapolitik und des zukünftigen Designs der EU offengehalten. Während vor allem von der CSU die national-aggressive Variante eines deutschen Alleingangs in Europa vertreten wurde, trugen Kohl und andere die dem entgegengesetzte Vision eines »europäischen Bundesstaates« vor und formulierten vor allem deutsche Banker und Wirtschaftsbosse das Konzept eines Europas der »konzentrischen Kreise« (Herrhausen) bzw. der »variablen Geometrie« (Tietmeyer). Die im Herbst 1993 gefällte Entscheidung, Frankfurt zum Sitz der zukünftigen europäischen Zentralbank zu machen, und spätestens die deutsche EU-Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1994 machten aber deutlich, daß Deutschland seine wirtschaftlichen und politischen Ziele fortan bis auf weiteres unter der EU-Flagge verfolgen will.

So wurde auf dem Essener Gipfel im Dezember vergangenen und in Cannes im Juni diesen Jahres gegen den Widerstand der südlichen Mitgliedsländer durchgesetzt, daß die deutschen Ost-Interessen in die zukünftige EU-Entwicklung eingebettet werden. Als zwei miteinander verknüpfte übergeordnete Ziele wurden die »Vertiefung und Erweiterung« der EU festgeschrieben. Das bedeutet, daß die EU ihre finanziellen Anstrengungen in den kommenden Jahren ganz wesentlich auf die »Heranführung« der bereits durch Assoziationsabkommen angebundenen osteuropäischen Beitrittskandidaten (also Polen, der tschechischen und der slowakischen Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) konzentriert. Durch die völlig unrealistische Vorgabe, die ersten osteuropäischen Länder bereits zum Jahr 2000 in die EU aufnehmen zu wollen, läuft alles auf die deutsche Präferenz hinaus, die für 1999 ins Auge gefaßte Währungsunion nicht mit allen Mitgliedstaaten, sondern, wie in einem Strategiepapier der CDU-Fraktion im Herbst letzten Jahres vorgeschlagen, nur mit einem

»Magnetkern« der Union zu verwirklichen, dem in den Augen der Autoren neben dem »Kern des Kerns«, Deutschland und Frankreich, noch Luxemburg, Belgien und die Niederlande angehören.

Nachdem Deutschland bereits die Grundlinien der Wirtschafts- und Währungsunion und der entsprechenden Konvergenzanforderungen maßgeblich nach dem Motto »entweder wird der Ecu eine zweite D-Mark und die europäische Finanz- und Geldpolitik wird ein Abbild der deutschen Stabilitätspolitik, oder wir verzichten auf beides« geprägt hat, werden auch die Konturen der zukünftigen Erweiterung und die Geschwindigkeit der Vertiefung in Bonn bzw. Berlin vorgegeben.

Dies alles sollte Grund genug sein, sich genauer mit der heutigen Rolle der Europäischen Union in Europa und der Welt sowie den Ambitionen Deutschlands zu beschäftigen. Das gilt umso mehr, wenn mit Blick auf die regen Europa-Diskussionen in anderen Ländern das auffällige Schweigen der deutschen Öffentlichkeit zu diesen Themen in Betracht gezogen wird. Denn heute wie vor hundert oder fünfzig Jahren ist zumeist Deutschland gemeint, wenn von Europa und seiner »Gestaltung« die Rede ist. Dabei ist relativ gleichgültig, ob Kinkel von der europäischen Einigung als »deutsche Bestimmung« redet oder Schönhuber und Augstein Maastricht als »zweites Versailles« verdammen. Zumindest letztere Position sollte all jenen linken EU-Gegnern zu denken geben, die (zu Recht) die »Wohlstandsfestung« und das »Europa des Kapitals« kritisieren, dann aber, den Unterschied zwischen Deutschland und einem Land wie Dänemark vollkommen außer acht lassend, einen Volksentscheid über Maastricht fordern.

Was also ist die Europäische Union und wohin steuert sie? Zunächst einmal hat die in Maastricht auf den Weg gebrachte Union mit der 1957 aus den Römischen Verträgen hervorgegangenen Gemeinschaft nicht mehr viel gemeinsam. War die EG zunächst eine wirtschaftliche Zweckgemeinschaft eines Teils der westeuropäischen kapitalistischen Metropolen (die übrigen waren in der Efta organisiert), deren Ultima ratio in der Beseitigung von Handelsbarrieren und Wettbewerbsbeschränkungen bestand und die sich in der Realisierung des Binnenmarktes 1993 erschöpfte, so ist die EU das darauf aufbauende, aber weit über die Ökonomie hinausreichende Projekt, das den wirtschaftlichen, sozialen, politisch-institutionellen und auch ideologischen Rahmen abstecken soll, innerhalb dessen sich Europa in den künftigen Jahren und Jahrzehnten entwickeln wird. Und im Unterschied zum Europa der EG, das immer nur eine Minderheit der europäischen Länder umfaßte, beinhaltet die EU potentiell das, was drauf steht, nämlich ganz Europa, sei es in Form direkter Mitgliedschaft, politischer Abhängigkeit oder ökonomischer Durchdringung.

Die EU stellt insofern den Versuch dar, den ökonomischen Moloch Europa zu regulieren, ihn den weltwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen optimal anzupassen und Europa darüber hinaus als politisch handlungsfähige Weltmacht zu etablieren. Gerade letzteres unterscheidet die EU ganz wesentlich von ihrer Vorläuferorganisation. Insofern hatten Maastricht-Gegner wie Maggie Thatcher vollkommen recht, wenn sie vor dem Entstehen eines europäischen »Superstaates«, besser eines »Supra-Staates«, warnten. Eben dieser ist seit einigen Jahren in der Mache und nimmt mehr und mehr Konturen an.

Am weitesten fortgeschritten ist diese Entwicklung in den europäischen Kernländern, die gleichzeitig Deutschland am engsten verbunden sind. So ist Ende März diesen Jahres fast ebenso unbemerkt, wie es während eines Jahrzehnts weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorbereitet wurde, das »Schengener Abkommen« in Kraft getreten. »Schengenland«, dem neben den Gründerstaaten Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten heute alle EU-Länder außer Großbritannien, Dänemark und den neu hinzugekommenen Mitgliedstaaten angehören, exerziert im Modell vor, was in Zukunft europaweit unter der »grenzenlosen Freiheit des Personenverkehrs« verstanden werden soll: Eine möglichst perfekte Abschottung nach außen und eine möglichst lückenlose Kontrolle im Inneren. Nachdem die gesetzlichen Rahmenbedingungen vor allem im Bereich der Visa-, Grenzkontroll- und Asylrechtspraxis geschaffen wurden, steht die polizeiliche Kooperation und der Aufbau eines suprastaatlichen Datenverbundes (Schengener Informationssystem, SIS) im Mittelpunkt der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, die Schengenland zum Kern eines europaweiten Überwachungs- und Abschottungssystems macht. Schengen prägt bereits heute nicht nur die politische Entwicklung in den verbliebenen EU-Staaten, sondern reicht in seinem Einfluß bis weit in die europäischen wieaußereuropäischen Anrainerstaaten hinein, mit denen Abkommen etwa über die polizeiliche Kooperation oder die »Rücknahme« abgeschobener Flüchtlinge geschlossen wurden.

In einem engen Zusammenhang mit der Schengen-Kooperation stehen Bestrebungen, die gesamte Asyl- und Einwanderungspolitik sowie weite Teile der Justiz- und Innenpolitik gemeinschaftsweit zu regeln. So steht ein im Dezember 1993 verabschiedeter Aktionsplan über die Harmonisierung des Asylrechts, der Einwanderungsbestimmungen für Nicht-EU-Bürger und Arbeitsmigranten sowie der Visaregelungen kurz vor dem Abschluß. Gleiches gilt für den Aufbau von »Europol«, das die deutsche Regierung gerne als eine Art europäisches BKA sehen möchte und das neben dem SIS das zweite Standbein eines europaweiten Regimes der inneren Sicherheit sein soll und deren Arbeitsaufnahme trotz allerlei offener Fragen auf dem Gipfel in Cannes abgesegnet worden ist. Dies aber ist erst der Beginn einer zukünftigen europäischen Innen- und Justizpolitik, die im Vertrag von Maastricht neben der Wirtschafts- und Währungspolitik und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als »dritte Säule« der EU definiert wurde: Mittelfristig sollen nicht nur ein

Europäisches Kriminalamt, ein European Intelligence Service und ein nachrichtendienstliches Informationssystem (Eunadis) eingerichtet werden, sondern unter anderem auch ein europäisches polizeiliches Lagezentrum und eine Polizeiführungsakademie.

Ebenfalls vor allem von deutscher Seite forciert und inhaltlich geprägt wird seit einiger Zeit die »Vergemeinschaftung« der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. So ist Anfang Juni im italienischen Messina zum ersten Mal eine hochkarätig zusammengesetzte »Reflexionsgruppe« zusammengetreten, die Vorschläge darüber ausarbeiten soll, wie eine stetig wachsende EU auf außen- und sicherheitspolitischem Feld eine größere Handlungsfähigkeit erlangen kann. Fordern die Deutschen in diesem Zusammenhang seit langem, daß EU-Ratsentscheidungen auf diesem Feld in Zukunft auf der Basis einfacher Mehrheitsentscheidungen möglich sein sollen, so kam im Vorfeld des Treffens von der italienischen EU-Kommissarin Agnelli der noch weiterreichende Vorschlag, ein außen- und sicherheitspolitisches EU-Generalsekretariat einzurichten. Bekannt ist auch, daß seit einigen Jahren, vorangetrieben vor allem durch Deutschland und Frankreich, verstärkt über den Aufbau einer eigenen europäischen Militärstreitmacht debattiert wird, die unabhängig von der Nato agieren könnte. Vieles deutet darauf hin, daß eine aufgerüstete »Westeuropäische Union« (WEU) zum Kern einer solchen Euroarmee werden wird und daß damit eine »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« vierzig Jahre nach ihrem Scheitern eine Wiedergeburt erlebt.

All diese Vorhaben stehen mitsamt der Frage, ob und mit welchen Kandidaten noch in diesem Jahrzehnt die Währungsunion verwirklicht wird, in den kommenden Monaten und auf dem im nächsten Jahr anstehenden »Maastricht II«-Gipfeltreffen zur Umsetzung an. Mit Blick auf die anstehenden Entscheidungen insistiert vor allem Deutschland auf der Diskussion über ein Europa der »variablen Geometrie« bzw. der »konzentrischen Kreise«. Dies ist germanischer Eurozentrismus pur: Deutschland als Herz, als »Kern des Kerns« die Achse Berlin-Paris, um die herum sich die für eine Wirtschafts- und Währungsunion qualifizierten Länder gruppieren werden. In diesem Kern, der sich in den nächsten Monaten und Jahren formieren wird, werden nicht nur die größten Profite eingefahren, sondern auch alle wichtigen Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung des Molochs Europa fallen. Dagegen werden die übrigen Mitgliedstaaten in Zukunft nicht mehr viel zu melden haben und können bestenfalls auf ein Vordringen in den Kern hoffen. Diese Perspektive liegt für die osteuropäischen Beitrittskandidaten und noch stärker für die in der Art einer europäischen Monroe-Doktrin als »Gebiete von strategischer Bedeutung« definierten Regionen (z.B. die Länder des Mittelmeerraums) außer Reichweite. Sie werden auf unbestimmte Dauer nicht mehr sein als Vorhöfe der Europäischen Union ohne eigenständige Entwicklungschancen.

Der Moloch Europa, der mit der Verwirklichung des Binnenmarktes bereits existiert, wird sich mit »Maastricht II« stetig sozial, politisch und auch ideologisch formieren. Die 15 Chefs der Union sehen in der Vertiefung der ökonomischen und sozialen Integration, der Verwirklichung der Währungsunion sowie der Entwicklung einer eigenständigen europäischen Politik auf den Gebieten Innere Sicherheit, Außenbeziehungen und Verteidigung die wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre. Nicht als solche begriffen werden dagegen Themen wie Herstellung und Sicherung der bürgerlichen Freiheiten in Europa, betreffen sie nun EU-Bürger oder nicht, die »soziale Dimension« der Union oder die Rechte am Arbeitsplatz. Ausgespart bleibt auch das Thema des demokratischen Defizits der EU, eines politischen Kolosses, der von einer internationalen Bürokratie verwaltet und von einem vagabundierenden, sich mal in dieser, mal in jener europäischen Stadt treffenden Staatschef-Rat regiert wird, dem jede demokratische Kontrollinstanz fehlt. Zwar gibt es ein Parlament, aber das ist an dieser Stelle keiner Rede wert. Die Auseinandersetzung mit dem kontinuierlich machtvoller werdenden Moloch EU tut not. Insbesondere für die hier allzu säumige Restlinke Deutschlands. Denn dessen ungebremster Alleingang in Europa birgt ohne Zweifel mehr Gefahren als alle Maastrichts zusammen.

Eckhard Voß hat zuletzt den Sammelband »Kultur der Abschreckung. Europa zwischen Rassismus im Innern und Abschottung nach außen« herausgegeben (KLV-Verlag)

Konkret 08/95, S. 29

Otto Köhler

Fußnote 63

Warum die Stasi die Freiheit der Wissenschaft in der DDR zugunsten des Aufsichtsrats von Auschwitz, Hermann Josef Abs, unterdrückte und wie die Deutsche Bank heute ihre Erfolgsgeschichte schreiben läßt

Natürlich gibt es Unterschiede. Der Historiker Eberhard Czichon hat es überlebt, er ist gerade ins Rentenalter eingetreten, Franz K. dagegen wurde exekutiert. Er wußte bis zu seinem Ende nicht, wessen er angeklagt war, während Czichon bis heute nicht erfuhr, wie er im Prozeß, den Hermann Josef Abs 1970 gegen ihn angestrengt hatte, verteidigt worden ist.

Czichons Geschichte ist ganz hübsch kafkaesk. 1970, zum 100. Geburtstag der Deutschen Bank, hatte er derem obersten Chef ein Buch auf den Gabentisch gelegt: *Der Bankier und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik*. Noch im selben Jahr wurde Czichon vor dem Landgericht Stuttgart angeklagt. Insgesamt 50 Behauptungen monierte die Deutsche Bank, in der Verhandlung blieben 32 übrig. Für einige räumt Czichon heute »unzureichende Recherchen und historische Irrtümer« ein sowie »schlechte Formulierungen, die man als Beleidigungen auslegen konnte«.

Aber das war es nicht allein, was ihn vor dem Landgericht zum Verlierer machte. Der Prozeß hatte sich bis ins Jahr 1971 hingezogen. Und das war Czichons Pech. In der DDR wurde Walter Ulbricht abserviert. Erich Honecker trat an seine Stelle und suchte Westkredite. Das hatte für den in Stuttgart angeklagten DDR-Bürger Czichon Folgen. Inzwischen hatte nämlich das – wie wir alle wissen – totalitäre SED-Regime zugeschlagen. Zum Nutzen der Deutschen Bank und gegen den marxistischen Historiker war die Stasi ausgeschwärmt.

Czichons Buch beruhte auf den Akten, die die Deutsche Bank 1945 in Berlin hinterlassen hatte, bevor ihre Chefs, Abs voran, nach Hamburg flohen. Die Sowjetische Militäradministration, die diese Akten (nach dem Einigungsvertrag eigentlich noch heute rechtmäßig) enteignet hatte, übergab sie später der DDR-Regierung. Und da lagerten sie in einem Heizungskeller und drohten zu verrotten, bis Czichon sie entdeckte. Er hat sie gerettet und dafür gesorgt, daß sie entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ins Zentralarchiv der DDR nach Potsdam gebracht und sorgfältig registriert wurden. Da lagen sie nun, und Czichon schrieb auf ihrer Grundlage sein Buch über Abs.

Bis die Stasi kam und die Handakten aller Vorstandsmitglieder, insbesondere von Abs, beschlagnahmte und in ihr Geheimarchiv nach Weißensee brachte. Was wollte die Staatssicherheit während des Prozesses, den Abs gegen Czichon führte, mit den Handakten von Hermann Josef Abs? Czichon: »Sie haben nie was daraus gemacht. Was das für ein Schwachsinn war, das habe ich nie verstanden. Es ging sogar so weit, daß meine Dissertation, die ich darüber schreiben wollte, mit allen Mitteln verhindert wurde.«

So wurde die Freiheit der Wissenschaft in der DDR unterdrückt zu Gunsten von Hermann Josef Abs und der Deutschen Bank. Denn der Abtransport der Akten durch die Stasi war kein Schwachsinn, er hatte ein klares Ziel. Czichon sollte in seiner Verteidigung gegen Hermann Josef Abs behindert werden. Und es ging noch weiter. Czichon über die Mysterien seiner Verteidigung vor dem westdeutschen Gericht: »Ich habe lediglich den ersten Schriftsatz, den wir ausgearbeitet hatten, gesehen. Spätere Schriftsätze habe ich nie gesehen. Herr Kaul hat mir noch nicht einmal gezeigt, was er ausgearbeitet hatte. Ich kenne bis heute noch nicht mal seine Schriftsätze.«

Der berühmte DDR-Anwalt Friedrich Karl Kaul war Czichons Verteidiger. Er stand selbst unter Druck. Kaul weigerte sich, mußte sich offensichtlich weigern, Czichon in das Geheimnis seiner Verteidigung einzuweihen. Der Prozeß ging verloren. Normalerweise aber wäre er ausgegangen wie bald darauf am selben Ort das Verfahren der Siemens AG gegen den Westberliner Schriftsteller F. C. Delius, der eine ironische Konzernfestschrift (*Unsere Siemens-Welt*) veröffentlicht hatte. Sein Verlag mußte einige der inkriminierten Sätze schwärzen, andere nicht, weil ihr Wahrheitsgehalt bewiesen werden konnte, und so erschien das Buch weiter.

Anders bei Czichon. Das gesamte Werk wurde im Juni 1972 verboten. Nicht einmal in Bibliotheken darf es frei benutzt werden. In der Hamburger Universitätsbibliothek, die Carl von Ossietzkys Namen trägt, kann es noch heute nur im Lesesaal eingesehen werden, unter ständiger Kontrolle. Es ist untersagt, auch nur eine Seite daraus zu kopieren.

Ein Vierteljahrhundert ist seit dem Prozeß zwischen der Deutschen Bank und Eberhard Czichon vergangen. Zum 125jährigen Jubiläum des Geldhauses im Jahre 1995 stehen sie sich jetzt wieder gegenüber. Beide Seiten legen neue Bücher vor, beide Seiten haben aus ihren Fehlern gelernt – auch die Bank, die noch zum 100jährigen Jubiläum im Jahr 1970 eine Schmeichelschrift ihres Angestellten Fritz Seidenzahl hatte drucken lassen.

Czichons Buch, für den Kölner PapyRossa-Verlag neu geschrieben, trägt heute den Titel: *Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik*. Der Historiker hat, sagt er, heute für alle seine Behauptungen Aktenkopien zur Verfügung, er kann sich, sollte die Deutsche Bank Lust auf eine Wiederholung haben, im Detail

verteidigen. Der mächtige Patron, den die Bank damals in der DDR besaß, Erich Honecker, ist tot, die Stasi, deren Leitungen die Bank bei ihrem raschen Vormarsch in die DDR 1990 noch zu ihrem Vorteil nutzen konnte, aufgelöst.

»Die Deutsche Bank ist, mit Höhen und Tiefen, den Weg gegangen, den die Deutschen gegangen sind seit 1870.« Das schreibt ihr Sprecher Hilmar Kopper in der Einleitung zu dem dicken Buch, das sich der Finanzkonzern zu seinem Jubiläum leistet. Es heißt schlicht: *Die Deutsche Bank. 1870-1995* und ist von fünf, wie es heißt, unabhängigen Professoren geschrieben. Auflagen habe er nicht erteilt, sagt Kopper. Ein einziger Wunsch nur habe die Mitglieder des Vorstands der Bank erfüllt, die das Werk anstießen: »Es sollte der Wahrheit verpflichtet sein.«

Bei deutschen Professoren versteht sich das von selbst, sie sind nun mal so. Lothar Gall etwa, tüchtiger Verfechter einer mit sich selbst identischen deutschen Nation – er wurde einer breiteren Öffentlichkeit dadurch bekannt, daß er den notorischen Geschichtsliebhaber Kohl kurz vor der Bundestagswahl um die Eröffnungsrede des Historikertages bitten wollte – , dieser Gall macht aus der Gründung der Deutschen Bank vor 125 Jahren einen mythischen Schöpfungsakt. Also hebt er an: »Kairós – einen von den Göttern begünstigten Augenblick, so nannten die alten Griechen eine Konstellation, in der sich Pläne und Realisierungschancen, Zukunftserwartungen und Zeitumstände auf das glücklichste und den Erfolg verheißende, ja fast schon garantierende Weise miteinander verbanden. Ein solcher Kairós herrschte, so muß es rückblickend scheinen, zu Beginn des Jahres 1870, als sich ein kleiner Kreis wirtschaftlich erfahrener Männer entschloß, eine deutsche Außenhandelsbank mit Sitz in Berlin ins Leben zu rufen.«

Dieser Kairós entstammt der heidnischen Auffassung der alten Griechen; es gibt noch – wie Gall wohl weiß – die christliche: Kairós sei der von Gott bestimmte Zeitpunkt der Entscheidung zwischen Glauben und Unglauben. Gall war von Gott das Glauben zuteil geworden, Czichon scheint sich für den Unglauben entschieden zu haben. Für den Historiker gibt es keine andere Wahl. Wer jedoch feiern will, wer heilsgeschichtlich denkt, für den ist – trotz darin enthaltener Einzelkritik – der von der Deutschen Bank finanzierte 1.000-Seiten-Gall-Band die korrekte Entscheidung.

Doch das Buch der Bank ist nicht nur von deutschen Professoren geschrieben. Die für die Geschichtsschreibung wichtigsten Jahre hat man ausländischen Historikern überlassen. Das Dritte Reich wird von dem britischen Historiker Harold James behandelt, die Zeit davor blieb dem US-Historiker Gerald D. Feldman überlassen. Feldman, der als Herausgeber fungiert, hat einen hervorragenden wissenschaftlichen Ruf zu verlieren. Er hat sich darum bemüht. Er formuliert in der Einleitung: »Die wissenschaftlichen Beiträge in diesem Buch basieren auf den uneingeschränkt zur Verfügung gestellten Quellen in der Deutschen Bank sowie in einer Reihe von öffentlichen und privaten Archiven – soweit ihre Benutzung nicht durch die Rechte lebender Personen oder testamentarische Verfügungen eingeschränkt war.«

Damit ist über das 1.000-Seiten-Buch und seine Behandlung des Chefarisierers Abs alles gesagt. Wenn wir uns auf das *Große Duden-Wörterbuch* verständigen dürfen, dann heißt »uneingeschränkt«: »nicht eingeschränkt, ohne Einschränkung]geltend, wirksam, vorhanden«. Also nochmal: Die wissenschaftlichen Beiträge dieses Buches beruhen auf den uneingeschränkt zur Verfügung gestellten Quellen – soweit ihre Benutzung nicht eingeschränkt war. Solcher Wissenschaftsrabulistik bedarf es wohl, um mit der komplizierten Geschichte der Deutschen Bank in einer wissenschaftsförmigen Weise zurechtzukommen. Man kann den Satz auch so lesen: Die wissenschaftlichen Beiträge in diesem Buch basieren auf den uneingeschränkt zur Verfügung gestellten Quellen und auf den anderen eben nicht. Keineswegs bedeutet das also, daß die Deutsche Bank uneingeschränkten Zugang zu allen vorhandenen Quellen gewährte, doch genau diesen Eindruck will Hilmar Kopper erwecken.

Die für die Beurteilung der NS-Zeit wesentlichen und von der sowjetischen Besatzungsmacht rechtmäßig enteigneten Handakten von Hermann Josef Abs – als Vorstandsmitglied zuständig für die Arisierung – werden nicht genutzt oder durften nicht genutzt werden: Sie wurden gleich nach der Wende aus der noch bestehenden DDR nach Frankfurt heimgeführt. Czichon, der früher Zugang zu ihnen hatte, kennt sie, zitiert sie und kommt so zu ganz anderen Ergebnissen als die unabhängigen Forscher mit ihrem uneingeschränkten Zugang zu den eingeschränkten Akten.

Gerald D. Feldman aber schlägt ein wissenschaftliches Gewissen, er muß sogar eine weitere Einschränkung der zur Verfügung stehenden Quellen eingestehen: »... eine Bemerkung hinsichtlich der Grenzen ihrer Aussagefähigkeit erscheint uns angebracht. So gibt es z. B. fast keine Protokolle über Vorstandssitzungen oder Sitzungen des Aufsichtsrats bzw. sonstiger wichtiger Ausschüsse.«

Die für die Beurteilung der Deutschen Bank wichtigsten Papiere fehlen also – angeblich. gewiß, daß Vorstands- und – angeblich. Gewiß, daß Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle aus der Zeit vor 1945 vernichtet sein könnten, ist nicht unglaubhaft, dafür wird es Gründe gegeben haben. Aber Feldman schreibt auch, daß aus der »Zeit nach 1945« diese entscheidenden Sitzungsprotokolle verschwunden seien, und hofft – das allerdings ist rührend – , sie mögen »noch irgendwo der Entdeckung harren«.

Diese merkwürdige Quellensituation hat der britische Historiker Harold James bei seiner Behandlung der NS-Zeit tatkräftig genutzt. Aufwendige Quellenhuberei kann man ihm nicht vorwerfen. Adolf Hitler beispielsweise zitiert er ganz

umstandslos nach dem Nachwuchshistoriker und FDP-Politiker Rainer Zitelmann. Das ist von Vorteil, denn so gewinnt er automatisch die richtige historische Sicht auf den Führer. Der war, wie Zitelmann in dem Buch nachgewiesen hat, aus dem James Hitler zitiert, ein Revolutionär, die Banken mußten also Angst vor ihm haben. Und so geht James von dem für die Deutsche Bank heute nützlichen Dogma aus: »Banken bestimmen nicht ihr eigenes Schicksal.« Bankiers sind nämlich, so lehrt der britische Historiker, verschreckte Wesen, die – schon damals – unter einer »fortschreitenden gesellschaftlichen Mißachtung« litten, die sich »immer mehr darauf konzentrierten, nicht über die eigene Nasenspitze hinauszublicken«.

Und der verschrecktesten einer war Hermann Josef Abs: »Als er Kontakte zu den Männern des Widerstands hatte, war er gehemmt und entschied sich, kein Held zu sein. Ist es Aufgabe des Historikers, ihn dafür zu verurteilen?« Dafür nicht, gewiß nicht.

So pfleglich sieht sich nicht nur der Chefarisierer der Deutschen Bank behandelt, auch Emil Georg von Stauß, der als Vorstandsmitglied schon sehr frühzeitig eng zu Hitler hielt, muß eine große Nasenspitze gehabt haben, denn James rühmt den »Weitblick« des Bankiers – allerdings in Zusammenhang mit der von ihm in den zwanziger Jahren vorangetriebenen Fusion von Daimler und Benz – , und er würdigt seinen Sinn für finanziell realistische Maßstäbe. Wie sehr Emil Stauß längst schon die politische Entwicklung in die Hand genommen hatte, erfährt man von James nicht, auch nicht, wie er Göring nach dessen Bedürfnissen finanzierte. Zwar vermerkt James, daß Stauß als Abgeordneter der liberalen DVP schon 1930 Kontakte zu Göring und Hitler aufgenommen hatte, aber er findet hier Widerständiges: »Stauß fungierte als Brücke zwischen den politisch und wirtschaftlich bedeutenden Vertretern der alten bürgerlichen Parteien und der neuen Ordnung – ohne jedoch der Partei beizutreten. Später ignorierte Stauß grundsätzlich alle Fragen der NSDAP, warum er diesen Schritt nicht getan habe.«

Daß Stauß schon 1931 bei einer gemeinsamen Yachtpartie mit Hitler und Göring begeistert seinen sofortigen Übertritt in die NSDAP vollziehen wollte, verschweigt James. Hitler riet Stauß dringend ab, weil »Sie sowohl in Ihrer Partei als auch als Präsident (als Vorstandsmitglied, O.K.) der Deutschen Bank mehr für uns tun können, wenn Sie sich nicht den öffentlichen Angriffen aussetzen«. Das kann man seit 1978 bei dem konservativen US-Historiker Henry A. Turner nachlesen, den James ansonsten gern zitiert. Auch Christopher Kopper hat jetzt in seiner lesenswerten Dissertation *Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus* auf Stauß' Parteieintrittsversuch hingewiesen.

Unter den kundigen Händen des Historikers James wird auch die Berufung des bekannten Nazis Karl Ritter von Halt in den Vorstand der Deutschen Bank zum »wohlüberlegten Schachzug«. Mit des Ritters Berufung zum Personalchef habe sich die Bank geschützt vor dem »Druck zu weiterer politischer Anpassung«. James ist überzeugt: »Eine der Hauptleistungen des neuen Personalchefs bestand darin, parteipolitischen Kampfgeist in sportliche Betätigung umzusetzen. Es wird berichtet, daß er sogar den Vorstand ermuntert habe, sich körperlich zu kräftigen.« Dazu – manchmal ist James doch erheiternd penibel – die Fußnote 63 mit einem Satz aus einem Interview, das Frau Ritter von Halt 1982 über die Tätigkeit ihres Nazi-Ehemannes in der Deutschen Bank gegeben hatte: »Der Vorstand hatte meinen Mann ja gebeten, er war ja rank und schlank, ob sie nicht am Abend eine Gymnastikstunde von ihm bekommen können. Mein Mann sagte ja.«

So gesund und leistungssteigernd war der Faschismus für die Deutsche Bank. Der Nazi war lediglich ein Vorturner, unter dessen Schutz sogar, wie James vermerkt, die eher revolutionär gestimmten Doktrinäre der NS-Betriebszellen vor die Tür gesetzt werden konnten. James nennt das ein »defensives Vorgehen«. Ihm wird nicht bewußt, daß die Deutsche Bank Herr nicht nur im eigenen Hause war. Er ignoriert, daß Hitler spätestens am Ende der zwanziger Jahre seinen Frieden mit der deutschen Wirtschaft zu machen suchte. Die Deutsche Bank entschied sich autonom, mit wem sie zusammengehen wollte, und der Herr Hitler war da, solange er Erfolge hatte, nicht unangenehm.

Den verwegensten Husarenstreich zur Entlastung der Bank leistet sich James bei der Auseinandersetzung mit der fremdgläubigen Konkurrenz: »Die Geschichtsschreibung der DDR als auch derjenigen, die unkritisch auf der Basis der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland (OMGUS-Akten) arbeiteten, stützt sich im Grunde allein auf eine Aufzählung der gesellschaftlichen Kontakte des Bankgewerbes ... Sie behaupteten sogar, die auf rein geschäftlicher Basis beruhende Mitgliedschaft in der ›Südost-Europa-Gesellschaft‹ habe dem Zweck gedient, imperialistische und annexionistische Intrigen auszuhecken ...«

Wer wann, wo, wie diese Vorwürfe erhoben hat, James sagt es nicht, nennt keine Quelle. Mit gutem Grund. Denn Karl Heinz Roth, dessen unter konspirativen Umständen 1985 erschienene Ausgabe des OMGUS-Berichtes zur Deutschen Bank James nur meinen kann, hat vor allem auch diesen höchst aussagekräftigen Bericht der amerikanischen Militärregierung einer kritischen Revision unterworfen. Czichon übrigens hatte die damals nur schwer zugänglichen OMGUS-Berichte zu Weihnachten 1970 in einer Bonbonniere in die DDR schmuggeln lassen. Auch deren Veröffentlichung in der DDR verhinderte die Staatssicherheit. Weder Czichon, noch Roth, die ja die Akten kennen, wäre je auf James' Idee gekommen, daß die Mitgliedschaft der Deutschen Bank in der Südost-Europa-Gesellschaft nur gesellschaftlichen Kontakten diente.

Diese Gesellschaft hat ebenso wie der von der Deutschen Bank und der IG Farben beherrschte Mitteleuropäische Wirtschaftstag die Expansionsinteressen der Deutschen Bank und des Deutschen Reiches auf dem Balkan gefördert, ja

vorangetrieben. Mit allen Mitteln. Der Wirtschaftswissenschaftliche Planungsausschuß der Südost-Europa-Gesellschaft hatte 1942 sehr exakte Vorstellungen. Er wollte sich um folgende Punkte kümmern: »1. Industriewirtschaftliche Folgen der Grenzveränderungen seit 1938. 2. Andere kriegswichtige Veränderungen seit Kriegsausbruch. 3. Arisierung und Nationalisierung der südosteuropäischen Industrie.«

Und so fort. Arisierung war kein Partyplausch. Das war der Raub vor dem Massenmord. Hier wurden Pläne für ein großdeutsches Europa geschmiedet. Aber der Historiker James läßt sich für die Deutsche Bank die kuriosesten Dinge einfallen.

Für den angesehenen Münchner Beck-Verlag, der dieses Opus vorlegte, muß das alles peinlich sein. Noch bei der Vorstellung des Buches erklärte Ernst-Peter Wieckenberg namens des Verlages: »Als mir einige der von der Deutschen Bank für dieses Werk gewonnenen Autoren sagten, man habe ihnen Zugang zu allen Archivalien und eine unbeeinflußte Darstellung zugesichert, als dann der Sprecher des Vorstands, Herr Kopper, bestätigte, daß er gewillt sei, diese Freiheit des Zugangs und der Darstellung zu gewährleisten, hat sich der Verlag C.H. Beck um die Veröffentlichung des Werks beworben.«

Er hoffte nämlich, daß das Werk Maßstäbe setze. Da hat er mit Peanuts gehandelt.

Literatur:

Eberhard Czichon: *Die Bank und die Macht – Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik*. PapyRossa Verlag, Köln 1995. 519 S., 49,80 Mark

Die Deutsche Bank. 1870-1995. Lothar Gall, Gerald D. Feldman, Harold James, Carl-Ludwig Holtfrerich, Hans E. Büschgen. Verlag C. H. Beck, München 1995. 1014 S., 78 Mark

Christopher Kopper: *Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im »Dritten Reich« 1933-1939*. Bouvier Verlag, Bonn 1995. 400 S., 75 Mark

Otto Köhler schrieb in KONKRET 7/95 über uniformierte Mörder in Deutschland

Konkret 08/95, S. 32

Oliver Tolmein

Wie sag ich's meinem Bullen?

»Lehrgang >Männliche Gewalt gegen Frauen<, Übung 1.3, Teil A/Baustein IV« – Wenn deutsche Polizisten sich zu sehr fortbilden

Ein Aktenordner, gut zwei Kilo schwer, von sieben Frauen unter Leitung eines Mannes zusammengestellt: »Lehrgangskonzeption für die Polizei zum Thema ›Männliche Gewalt gegen Frauen‹ im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend«. Nun ist das Nolte-Ministerium weder für die Polizei zuständig noch für männliche Gewalt – das eine fällt sicher in den Zuständigkeitsbereich von Manfred Kanther, für das andere sind am ehesten Volker Rühe und Klaus Kinkel verantwortlich. Und daß Prävention am wenigsten sinnvoll bei den Opfern ansetzt, ist eine der Kernaussagen der in zweimal sieben »Bausteine« (warum eigentlich Bausteine?) untergliederten Materialsammlung. Die gefällt gleichwohl durch ihre Textauswahl, mit der die genannte Männer-Troika wohl kaum einverstanden sein, aber auch Claudia Nolte, so sie sie denn lesen würde, ihre Schwierigkeiten haben dürfte – mit Andrea Dworkins Attacken gegen die Heterosexualität etwa, den Bemerkungen Theobald Tigers über den deutschen Mann oder den Passagen aus »KONKRET Sexualität« und Günter Amendts *Sexfront*. Dabei hätte Frau Nolte diesmal ruhig ein Auge riskieren können, die Literatur ist nach dem Prinzip »Trau keinem über 30 (Zeilen)« zu Zitatbrocken kleingearbeitet worden – schließlich geht es um die Polizei, und wer schnell schießt, liest nicht gern lang. Nur, was sollen die selbst in dieser Fassung noch ungebührlich guten Texte überhaupt in der Hand von »Polizeibeamt/innen« (Schreibweise der Materialsammlung)?

»Zentrales Ziel dieser Konzeption ist die Reflexion eigener Vorstellungen und Erfahrungen im Umgang mit von männlicher Gewalt betroffenen Frauen ebenso wie die Wahrnehmung des Befindens, Erlebens, der Bedürfnisse und Erwartungen betroffener Frauen. Vor diesem Hintergrund kann ein situationsangemessener Umgang gelernt werden«, radebrecht das Autor/inn/en-Team in der »Einleitung« und wirbt um Verständnis für die »Übung 1.3« im »Teil A/Baustein IV«, die im »Schutzpolizei: 3 Tage-Seminar« am Mittwoch zwischen 14:30 und 16:00 angesetzt ist, die aber im »Kriminalpolizei: 3 Tage-Seminar« aus unerklärten und unerklärlichen Gründen fehlt. »Die Teilnehmer/innen erhalten die Aufgabe, in Einzelarbeit ein Bild zu malen, das die Gefühle/das Befinden der von sexualisierter Gewalt betroffenen Frau zum Ausdruck bringt.« Hinweis für die Lehrenden: »Das Malen dient dem Zweck, sich in Stille mit den Gefühlen der betroffenen Frauen zu beschäftigen, ohne sie in Worte zu kleiden.«

Worin sie wahrscheinlich auch ziemlich schäbig aussähen... Wohingegen ein dramatisch roter Feuersturm oder ein schwarzer Mond oder was sich Schutzpolizeimeister sonst so ausdenken, die ihre wortlose Phantasie im Alltag mit Hilfe eines tristgrauen Knüppels und farbloser Handfesseln an Demonstrant/inn/en auslassen müssen, vielleicht zu bleibenden Werken werden: »Die Bilder«, fordern die Lehrgangsmaterialien, »werden an den Wänden des Seminarraums befestigt und bleiben dort bis zum Ende des Seminars hängen. In der Zeit des Anbringens können sich die Teilnehmer/innen die Ergebnisse dieser Arbeitsphase ansehen und – wenn sie wollen – miteinander besprechen.« Also leider doch wieder Worte – aber immerhin nur wer mag und kann, als kleines Extra, denn »die dargestellten Gefühle (sollen später) in die Kleingruppenarbeit einfließen«. Beim letzten Wort denken wir, zumal es später noch um Dämme und allerlei Ströme gehen soll, an Theweleits *Männerphantasien*, aber das führt in die Irre, denn Theweleit hat sich darauf beschränkt, die Gewalt der Freikorpsmänner zu beschreiben. Hier aber geht es um wahrhaft Großes: Deutsche Polizisten sollen zu Mitfühlenden, zu ideellen Auch-Betroffenen werden, die im Anschluß an den Lehrgang auf der Wache den vor lauter Begeisterung gleich mehrfach in den Materialien abgedruckten Appell »Männer gegen Männergewalt« auslegen und künftig astrein parteiliche Vernehmungsarbeit bei vergewaltigten Frauen leisten.

Und das mithilfe von Paragraphen, die die Vergewaltigung von Frauen in der Ehe immer noch nicht unter Strafe stellen. Aber dafür kann die Polizei ja nichts. Und auch Frau Nolte kann nicht alles, was ihre Partei nicht will. Wie heißt es doch in »Teil B/Baustein I, 3 Ehe/Partnerschaft/Familie. Arbeitsmaterial – Übung II«: »Was wäre wenn ... es gesetzlich festgeschrieben würde, daß der Mann in einer ehelichen Lebensgemeinschaft seine Frau dreimal wöchentlich sexuell zu befriedigen hat?« Was wäre, wenn die Polizei dein Freund und Helfer und das Strafgesetzbuch kein Instrument zur Herrschaftssicherung wäre? Damit die Phantasien weder allzu trist ausfallen, noch völlig außer Kontrolle geraten, wird die Diskussion mit Satzanfangs-Modellen strukturiert: »Ich fand Deine Schilderung interessant, weil ... Sehr wichtig fand ich, daß Du ...«

Auf welch schmalem Grat sich die Autor/inn/en der Materialien bewegen und wie, letztenendes, wenig aussichtsreich ihr Unterfangen ist, durch Lehrgänge für Polizeibeamte zu versuchen, die Situation vergewaltigter Frauen nachhaltig zu verbessern, dokumentiert das ebenfalls in den Materialien abgedruckte Formblatt »Ärztlicher Untersuchungsbericht für Opfer von Sexualstraftaten«, das ausgefüllt an die Staatsanwaltschaft und die Kriminaltechnische Untersuchungsstelle versandt werden soll: »Schamhaare auskämmen, Vergleichs-Schamhaare abschneiden, Verletzungen im Intimbereich bitte fotografieren, Blutentnahme zur Blutalkoholbestimmmung, Stempel des Arztes, Schweigepflichtentbindung«. Eine

ernüchternde Prozedur, die der vergewaltigten Frau klar macht, was ihr künftig bevorsteht, wenn sie bei ihrer Anzeige bleibt und darauf hofft, daß das an ihr begangene Verbrechen vom Staat bestraft wird: Sie wird als Objekt behandelt, ihr Körper ist Beweismittel, nichts sonst.

Daß es mittlerweile bei vielen Staatsanwaltschaften Spezialdezernate zur Bearbeitung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gibt, ist kein ausreichendes Indiz für eine »Wende«: Auch in den Spezialdezernaten werden oft nur die »aussichtsreichen Fälle« bearbeitet, wird mit behinderten Frauen, Migrantinnen oder Prostituierten anders verfahren als mit nichtbehinderten Deutschen – eine Situation, die sich in der Regel vor Gericht, wenn es überhaupt zu einem Verfahren kommt, zuspitzt. Der in den Materialien wiedergegebene Appell der Beauftragten für Frauenfragen der bayrischen Polizeipräsidien wirft ein Schlaglicht auf die tatsächlichen Zustände in den entsprechenden Ermittlungsverfahren: »Jede Frau, auch Ihre Frau, Schwester oder Freundin kann Opfer einer sexuellen Gewalttat werden. Verhalten Sie sich *deshalb* (Hervorh. O.T.) so, wie Sie es von einem Kollegen in der Situation erwarten würden.«

Die Materialien geben zwar auch einige wenige Erfahrungsberichte von Frauen wieder, die Anzeige erstattet haben, die systematische Kritik am Gang der Ermittlungsarbeit in Vergewaltigungsfällen fällt aber erwartungsgemäß recht harmlos aus und erweckt im übrigen den Anschein, als ginge es dabei bloß um ein Problem des Nicht-Wissens, des Ungeschicks der Beamten. Die Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung ist dagegen ausführlich und hebt auch die beiden Grundprobleme – restriktiver Gewaltbegriff und das dem Strafrecht zugrundeliegende Modell des Mannes als triebgesteuertes Wesen – hervor, erkennbare Konsequenzen für die Konzeption der Materialien hat das aber keine. Auch die »Lehrenden« bekommen nur den zweckoptimistischen Hinweis: »In der politischen Diskussion gibt es neue Tendenzen ...«

Dafür bekommen wir ausführliche Analysen der Polizeilichen Kriminalstatistik geliefert und lernen so wichtige Fakten wie: »Bei vergleichbaren Delikten werden Frauen seltener als Männner am Wochenende und zur Nachtzeit Opfer ... bei vergleichbaren Delikten werden Frauen auch bei den Bereicherungs-Gewalttaten ›gleichmäßiger‹ über den Tag verteilt Opfer als Männer.« Besonders gerne zitieren die Materialien die bayrische Kriminologin Wiebke Steffen, die uns in letzter Zeit mit erhellenden Analysen über andere Bereiche der Polizeilichen Kriminalstatistik aufgefallen ist: In einer 1992 im Auftrag des bayrischen Innenministeriums erarbeiteten kriminologischen »Feinanalyse der bayrischen Kriminalstatistik« versuchte sie nachzuweisen, daß selbst bei statistischer Bereinigung von ausländerspezifischen Delikten und einer Berücksichtigung unterschiedlicher Altersstrukturen von deutscher und nichtdeutscher Wohnbevölkerung die »Kriminalitätsbelastung« »der Ausländer« etwa dreimal so hoch sei wie die »der Deutschen«. Im »Stern« konkretisierte Steffen ihre wissenschaftlichen Thesen: »Albaner haben wahnsinnig hohe Belastungszahlen, und Russen sind stark im Kommen.«

Apropos Thesen. Die Materialien enthalten bemerkenswerte Ideen, wie mit Thesen überhaupt zu verfahren sei. Kurz vor dem Ende des gewichtigen Lehrgangsbandes kommen wir zu »Teil B/Baustein III« – es geht um Thesen zu den Ursachen der Gewalt gegen Frauen in Ehe/Partnerschaft/Familie: »Die Thesenblätter werden verdeckt in beliebiger Reihenfolge auf die Stühle verteilt. Sind mehr Teilnehmer/innen als einzelne Thesen in der Gruppe, werden einige Thesen doppelt ausgelegt. Bevor die Teilnehmer/innen die Thesen lesen, sollten die Lehrenden verdeutlichen, daß die Thesen provokant sind, aber auch den Zusammenhang mit gesellschaftlichen Vorstellungen deutlich machen.« – »These 2: Wären die Frauen tatsächlich gleichberechtigt, würde es weniger Gewalt gegen sie in der Ehe, Partnerschaft und Familie geben.« – »Die Teilnehmer/innen sollten die Thesen erst dann lesen, wenn sie sich für einen Stuhl entschieden haben.« Damit sich die schwer provokanten Gedanken etwas setzen können.

Polizeifortbildung – undankbar, aber wenigstens ein Geschäft. 4.000 Exemplare des Aktenwerkes durfte die Werbegruppe »Dynewski« im Auftrag des BMFSFJ produzieren. Und wenn jetzt 4.000 Lehrgänge mit jeweils 20 Teilnehmer/inne/n über eine Dauer von 3 Tagen stattfinden, wäre letztenendes auch für alle was gewonnen. Und sei's nur, daß außer den Vergewaltigern, die sowieso draußen bleiben, ein paar zehntausend »Asylbetrüger«, Drogendealer und Autodiebe einige unkontrollierte Tage verbringen könnten ...

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 7/95 über den Vormarsch der internationalen »Euthanasie«-Bewegung

Konkret 08/95, S. 34

Verena Krieger, Barbara Ritter

KomproMißstimmung

Als das Verfassungsgericht vor zwei Jahren seinen Spruch zum Paragraphen 218 verkündete, gingen noch am selben Tag etliche tausend Frauen empört auf die Straße. Nun hat eine ganz große Koalition einen »Kompromiß« zum Gesetz gemacht, der die Rechtslage für Frauen gegenüber der zweijährigen Übergangszeit unter den BVG-Richtlinien teilweise sogar verschlechtert – und er wird nurmehr schulterzuckend zur Kenntnis genommen

Mancher Frau mag es ja angenehmer sein, mit einem Abtreibungsstrafrecht leben zu müssen, das von der SPD-»Frauenfrau« Inge Wettig-Danielmeier persönlich mit ausgehandelt wurde, als mit einem Urteilsspruch alter Männer in roten Roben. Tatsache ist jedoch, daß das neue Gesetz nicht etwa ein Kompromiß zwischen Fristenregelungsbefürwortern und BVG-Urteil ist, sondern ein Kompromiß zwischen BVG-Urteil und rechten Lebensschützern. Verkauft wird das Verhandlungsergebnis mit dem Argument, nur so verzichteten die Abtreibungsgegner auf den erneuten Weg nach Karlsruhe. Bei diesem Gesetz haben sie dazu nun wahrlich keinen Anlaß mehr, eröffnet es ihnen doch neue Felder zur Drangsalierung und Kriminalisierung von Frauen.

Bedingung für den »Durchbruch« war die Regelung der Zwangsberatung im Strafgesetzbuch. Dabei herausgekommen ist ein extravaganter Strafrechtsparagraph, denn der Paragraph 219, in dem es um Beratung geht, benennt nicht etwa einen Straftatbestand und die Höhe des dafür vorgesehenen Strafmaßes, sondern ausschließlich das Ziel der Beratung: die Frau zum Austragen der Schwangerschaft zu bringen. Von einer »Letztentscheidung« der Frau ist dabei ebensowenig die Rede wie von einem ergebnisoffenen Beratungsgespräch. Jubel bei der CDU: »Das vorrangige Lebensrecht des ungeborenen Kindes von Anfang an. Das ist eben jetzt nicht mehr nur Interpretation, nicht lediglich Begründung. Vielmehr wird erstmals vom Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland diese ethische Grundposition ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen. Damit wird eine der bedeutendsten ethischen Grundfragen menschlichen Zusammenlebens ausdrücklich zum Inhalt unserer Rechtsordnung«, so Dr. Reinhard Göhner im Bundestag.

SPD und FDP verweisen beschwichtigend auf das Schwangerschaftskonfliktgesetz, das die näheren Umstände der Beratung regelt und deren Ergebnisoffenheit festhält. Die faktisch widersprüchlichen Aussagen beider Gesetze erzeugen eine Rechtsunsicherheit, die erneuten Klagen von Lebensschützern Tür und Tor öffnen. Infrage stehen dabei einmal mehr die Beratungsstellen, denen sie vorwerfen, das im Strafgesetz festgehaltene Ziel zu ignorieren und »Scheinberatungen« durchzuführen.

Völlig ohne Konsequenzen ist der scheinbar nicht justiziable Paragraph 219 nämlich nicht. So ist in seiner Begründung zu lesen: »Soweit überhaupt keine Beratung stattgefunden hat, eine solche Beratunggleichwohl bescheinigt wird, wird der Tatbestandsausschluß des 218 a Abs.1 nicht eingreifen, so daß sich die Schwangere nach 218 StGB und derjenige, der die falsche Bescheinigung ausstellt, wegen Beihilfe hierzu strafbar macht.« – Und das sollte vielleicht noch einmal deutlich gesagt werden: Der Klartext des Paragraph 218 lautet immer noch »Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.«

Wer dagegen die Vorschriften des Schwangerschaftskonfliktgesetzes durch Indoktrinieren und moralisches Bedrängen verletzt, verliert maximal die Anerkennung als »Schwangerschaftskonflikt«-Beratungsstelle. Und selbst das bedeutet keineswegs das Aus für solcherlei »Beratungen«. Das neue Gesetz hat nämlich ganz unauffällig und unbemerkt die Unterscheidung zweier verschiedener Typen von Beratungsstellen eingeführt: solcher, die nach dem Gespräch den erhofften Schein für einen straffreien Abbruch erteilen (Paragraph 8) – und solcher, die zwar schwangere Frauen »beraten«, ihnen aber keine Bescheinigung dafür ausstellen (Paragraph 3). Damit haben sich katholische Hardliner wie Dyba durchgesetzt, die den Beratungsschein als »Todesurteil für das ungeborene Kind« denunzieren und doch in den Genuß staatlicher Finanzierung für ihre Beratungsstellen kommen wollen.

Diese klammheimlich eingeführte Doppelregelung ebnet gleichzeitig Lebensschützervereinen den Weg, die in den letzten Jahren eigene »Beratungsstellen« aufbauten, mittels derer sie gezielt Einfluß und Druck auf ungewollt Schwangere ausüben können. Die Frauen geraten häufig über irreführend harmlose Zeitungsannoncen in deren Fänge oder aufgrund gezielter Empfehlung von Ärztinnen und Ärzten, die in nicht unbedeutender Zahl bei diversen Lebensrechtlern organisiert sind. Schon jetzt kassieren etliche solcher »Beratungsstellen« öffentliche Gelder über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder andere staatliche Förderprogramme und versuchen, die Anerkennung als offizielle Paragraph-218-Beratungsstellen zu erlangen.

Widersprüchliche Aussagen gibt es auch hinsichtlich der nicht unwichtigen Frage, wann und wie der zwangsweise beratenen Frau die Bescheinigung über das erfolgte Beratungsgespräch auszuhändigen sei. Nicht sie bestimmt nämlich, wann sie sich ausreichend beraten fühlt, sondern die Beraterinnen und Berater. Diese können neue Gesprächstermine anberaumen, was bedeutet, daß die Bescheinigung bis kurz vor Ablauf der 12-Wochen-Frist verweigert werden kann. Die bayerische Frauenministerin Barbara Stamm bedauert ausdrücklich, daß das Beratungsgesetz keine Mitwirkungspflicht der

Schwangeren vorsieht. Sie hat deshalb kurzerhand das Ausstellen des Beratungsscheines verboten, »wenn mangels Gesprächs- und Mitwirkungsbereitschaft eine Konfliktberatung nicht erfolgen konnte«.

Zum wahren Horrorprogramm können sich die Strafverschärfungen entwickeln, die der 218-Kompromiß für das soziale Umfeld der schwangeren Frau bereithält. Die SPD feiert es als ihren großen Triumph, daß diese Verschärfungen nicht zum Bestandteil des Paragraphen 218 geworden sind, sondern »nur« im Nötigungsparagraphen und beim Unterhaltsrecht stehen, aber für die Praxis dürfte das keinerlei Relevanz besitzen. Allein die öffentliche Diskussion um dieses Thema hat mehrfach Lebensschützer ermuntert, Ehemännern, Freunden und Freundinnen von Schwangeren mit einer Anzeige wegen Nötigung zu drohen. Vorerst wird es noch bei Einzelfällen bleiben, die von organisierten Gruppen betrieben werden. Aber es ist nicht auszuschließen, daß die Existenz des Straftatbestands »Nötigung zur Abtreibung« immer mehr ins allgemeine Bewußtsein durchsickert und zum Kampfmittel in Beziehungskrisen, Trennungen und Generationskonflikten avanciert. Es ist vorstellbar, daß sich eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Mißtrauens breitmacht, in der eine Frau sich gut überlegen muß, ob und mit welchen Worten sie der Freundin zum Schwangerschaftsabbruch rät; und in der es für Eltern zum Risikofaktor wird, nicht beglückt auf die Schwangerschaft ihrer minderjährigen Tochter zu reagieren.

Umgekehrt wird eine ungewollt schwangere Frau nicht in der Lage sein, sich auf den Nötigungs-Paragraphen zu stützen, wenn sie mit moralischen Vorhaltungen und Psychoterror zum Austragen gedrängt wird. Ein »Recht auf Privatheit« wie in den USA, das die Entscheidungsfreiheit der Frau schützt, ist für schwangere Frauen in der BRD nicht vorgesehen.

Ein Kompromiß zwischen Staat und Fraueninteressen ist dieses Gesetz ganz sicherlich nicht; ein Kompromiß zwischen verschiedenen Interessengruppen und Institutionen aber durchaus. So haben die Standesorganisationen der Ärzteschaft ihren Wunsch nach einem klar abgegrenzten Rechtsraum, innerhalb dessen sie agieren können, im wesentlichen durchgesetzt. Das Gesetz schreibt nun lediglich vor, daß sie der Frau vor dem Abbruch die Gelegenheit geben müssen, ihre Beweggründe darzulegen, sowie über die körperlichen und psychischen (!) Folgen des Eingriffs informieren müssen. Den Ärzten – wie den Frauen – nützt es auch, daß im Gesetz nun eindeutig die Verpflichtung der Länder festgeschrieben ist, für ein ausreichendes Angebot an stationären und ambulanten Abbruchmöglichkeiten zu sorgen.

Die eugenische Indikation ist abgeschafft. Damit sei die Forderung der Behindertenverbände erfüllt, war die einhellige Darstellung der neuen Regelung im Bundestag. In der Praxis ändere sich aber nichts, denn »diese Fallkonstellationen«, so heißt es in der Gesetzesbegründung, seien durch »die Formulierung der medizinischen Indikation aufgefangen« worden, die eine Abtreibung als nicht rechtswidrig erklärt, wenn die »Gefahr für das Leben« oder die einer »schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren ... nicht auf andere zumutbare Weise abgewendet werden kann«. Tatsache ist, daß sich an den eugenischen Interessen des Staates, an seiner »qualitativen« Bevölkerungspolitik kein Deut geändert hat. Mit der Formel »nicht zumutbar« werden aber die eugenischen Absichten diskret privatisiert und der Frau in die Schuhe geschoben. Der Staat treibt die Gen- und reproduktionstechnologische Forschung mit Eifer voran. Die pränatale Diagnostik wird weiter ausgebaut, und jeder Frau, die ein Kind bekommen will, im Namen der Vorsorge aufgedrängt.

Das neue Abtreibungsgesetz erweist sich im Ganzen als Dokument eines Stellungskrieges, dessen Frontverlauf sich verschoben und verkompliziert hat. Einerseits enthält das Gesetz staatliche Zugeständnisse an die Frauenbewegung, andererseits liefert es neue Instrumentarien, um diese effektiv zu unterlaufen. Zugeständnisse enthält es an zwei entscheidenden Punkten: Die Einsicht, daß Frauen sich durch Verbote nicht von einer Abtreibung abhalten lassen, mündet in einer mehr oder weniger verklausuliert formulierten Akzeptanz des letztendlichen Entscheidungsrechts der Frau (zwar nur innerhalb eines eingeschränkten Zeitraums, aber das ist für die Frauen selbst fast immer der relevante Zeitraum). Als zweites Zugeständnis mag die Streichung der eugenischen Indikation gewertet werden. Zwar reagierte die Regierung damit mehr auf die katholische Lobby als auf die Frauenbewegung; es ist aber unbestreitbar ein Punkt gewesen, den Feministinnen in den vergangenen Jahren vehement thematisiert und gegen die doppelbödige »Lebensschutz«-Argumentation gewendet haben. Die neuen Instrumentarien, die faktisch auf das Gegenteil einer Entscheidungsfreiheit der Frau zielen, heißen Zwangsberatung und Kriminalisierung des sozialen Umfelds sowie – im Sinne der Eugenik – pränatale Diagnostik und abermals »Beratung«.

Die Janusköpfigkeit des neuen 218-Gesetzes hat eine innere Logik: Gerade weil die reine Strafandrohung Abtreibungen nicht zu verhindern vermag, muß sie zurückgenommen werden, um mit besseren Mitteln dasselbe Ziel zu erreichen – wobei man die generelle Kriminalisierung als Zuchtmittel in der Hinterhand behält. Eine Zäsur ist dieses Gesetz, weil es den Kampf um die Abtreibungsfreiheit der Frauen auf eine qualitativ neue Basis stellt: Eine Frauenbewegung gegen den Paragraphen 218 wie die der Weimarer Zeit oder die der siebziger und achtziger Jahre in der BRD wird es nun auf absehbare Zeit nicht mehr geben. Der Diskurs hat sich in den letzten Jahren zunehmend von der strafrechtlichen und sozialpolitischen hin zur moralischen und psychologischen Ebene verschoben; diesem Prozeß hat das neue Gesetz einen vorläufigen Schlußpunkt gesetzt. Nicht das Abtreibungsverbot wird das politische Thema der nächsten Jahre sein, sondern seine konkrete Ausgestaltung, die Abtreibungs- und mehr noch die Beratungsrealität in Deutschland. Der Paragraph 218 selbst wird dann wieder zum Thema werden, wenn seine strafrechtlichen Bestimmungen zum Einsatz kommen, sprich:

Frauen vor den Richter gezerrt werden. Da das Gesetz dies ausdrücklich ermöglicht, ist ein neues Memmingen keineswegs ausgeschlossen. Wer behauptet, dies sei nun nicht mehr möglich, lügt.

Wieso eigentlich kam das Gesetz so plötzlich? Wer war daran interessiert, diesen »Kompromiß« zustande kommen zu lassen? Da ist zunächst das rechte Lager, das sich als hochgradig »politikfähig« erwiesen und zielstrebig die Chance zum Deal ergriffen hat: Schon eine Woche, bevor die überraschende Einigung der großen Koalition bekannt wurde, hat die Juristenvereinigung Lebensrecht – die bekanntlich schon beim Urteil des Bundesverfassungsgerichts maßgeblich mitgemischt hat – grünes Licht für eine »verfassungsrechtlich bereinigte Fristenregelung« gegeben. In einem halbseitigen Artikel der »FAZ« wurden die Bedingungen diktiert: Ihr Vorsitzender Büchner sei sich »darüber im klaren, daß es für absehbare Zeit eine Fristenregelung geben wird, die mit einer Indikationsregelung verbunden sein wird ... Um so genauer schaut Büchner auf die Ausgestaltung der Beratung ...«

Auch von offizieller katholischer Seite kam ein Placet: Noch vor der Abstimmung betonte der Leiter des Katholischen Büros in Bonn, Prälat Bocklet, daß er mit dem »Kompromiß« leben könne, für die zwei Drittel Katholiken in der Unions-Fraktion ein wichtiger Hinweis. Der CSU-Abgeordnete Gerhard Scheu benannte denn auch unumwunden den Hintergrund der Kompromißfreudigkeit der Union: »Heut hat mich ein Schreiben des Landeskomitees der Katholiken in Bayern erreicht, das macht meine Gewissensentscheidung leichter. Das Landeskomitee schrieb mir: ›Wir möchten alle Abgeordneten ermutigen, sich im Sinne der Worte Johannes Paul II. in der Enzyklika Evangelium Vitae, Nummer 73, für eine Schadensbegrenzung einzusetzen und eine Lösung zu unterstützen, die unter Beachtung der obengenannten Kriterien noch als das geringere Übel angesehen werden kann.‹«

Tatsächlich ist in der Papst-Enzyklika vom März diesen Jahres folgender Satz zu lesen: »In dem hypothetisch angenommenen Fall ist es einleuchtend, daß es einem Abgeordneten, dessen persönlicher absoluter Widerstand gegen die Abtreibung klargestellt und allen bekannt wäre, dann, wenn die Abwendung oder vollständige Aufhebung eines Abtreibungsgesetzes nicht möglich wäre, gestattet sein könnte, Gesetzesvorschläge zu unterstützen, die die Schadensbegrenzung eines solchen Gesetzes zum Ziel haben und die negativen Auswirkungen auf das Gebiet der Kultur und der öffentlichen Moral vermindern.«

An diese Empfehlung haben sich nicht alle gehalten. Etwa ein Drittel der Unions-Abgeordneten – soviele haben nämlich gegen den Kompromiß und für den Lebensschützer-Gesetzentwurf gestimmt – können sich einer besonderen Belobigung durch den Papst gewiß sein, denn prompt ließ die Vatikanzeitung das neue Gesetz als einen »tadelnswerten Kompromiß gegen das Leben« abkanzeln. Wenn das keine idealtypisch umgesetzte Doppelstrategie ist!

Eine Doppelstrategie hatten sich auch die Grünen vorgenommen: »kompromißfähig und politikfähig wie wir sind« (MdB Rita Grieshaber), legten sie einen Gesetzentwurf vor, der wortgetreu Passagen des BVG-Urteils zur Zwangsberatung übernimmt und sogar die eugenische Indikation beibehält. Bei Feministinnen innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen auf Mißbilligung gestoßen, verteidigten sie sich mit einem brillanten Argument: »Die Rolle, die wir in dieser Sachfrage einnehmen können, ist durchaus einer Regierungssituation vergleichbar« (Fraktionssprecherin Kerstin Müller). Schließlich werde zugleich die programmatische Forderung nach Streichung des Paragraphen 218 aufrechterhalten (dem PDS-Gesetzentwurf, der als einziger die ersatzlose Streichung des Abtreibungsverbots enthielt, stimmte aber nur die halbe Grünen-Fraktion zu). Es blieb ihnen daher nicht erspart, sich von der SPD-Abgeordneten Edith Niehuis vorführen zu lassen, die gegen den von den Grünen erweckten »Eindruck, sie hätten dem Parlament eine Vorlage vorgelegt, in der das Bild einer selbständigen, nicht belasteten Frau gezeichnet werde«, einfach aus deren Gesetzentwurf vorlas. Ihre »Zweigleisigkeit« (Müller) hat der Grünen-Fraktion also nicht nur eine gewaltige Blamage beschert; schlimmer noch (für sie selbst): Zum Mitregieren hat es diesmal nicht gereicht. Vielleicht lernen sie ja daraus und konsultieren beim nächsten Mal vor der Vorlage eines eigenen Gesetzentwurfs direkt die Lebensschützer – das liegt unabweisbar in der Logik ihrer eigenen Argumentation und ganz auf der Linie der allgemeinen Kompromißstimmung.

Was schließlich trieb die SPD an, und weshalb übten die Feministinnen in der SPD-Fraktion nicht den leisesten Widerstand? Es ist wahrscheinlich, daß die Angst vor dem rechten Lager und seiner Drohung, erneut vor das Verfassungsgericht zu ziehen, das ausschlaggebende Motiv war. Das bedeutet aber zugleich, daß die SPD eine Fortsetzung des gesellschaftlichen Konflikts um dieses Thema vermeiden und ihn auf parlamentarischem Wege so schnell wie möglich befrieden wollte. Das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung hat die sozialdemokratischen Schwestern, scheint's, stärker getrieben als die Fraueninteressen, denn faktisch geht der »Kompromiß« auf Kosten der Frauen.

Handlungsdruck bestand nach dem BVG-Urteil jedenfalls nicht. Die Richter hatten ja ein genaues Procedere ohnehin festgelegt, nach dem in der Übergangszeit verfahren werden mußte und das in mancher Hinsicht schlechter, in Bezug auf die noch nicht umgesetzte Kriminalisierung des Umfelds aber auch weniger schlecht gewesen war als das nun beschlossene Gesetz. Insofern gab es für die Opposition keinen Anlaß, eine schnelle Einigung zu betreiben.

Wir jedenfalls hätten es nicht als Manko empfunden, wenn der deutsche Staat nicht in der Lage gewesen wäre, die von ihm über Frauen ausgeübte Gewalt zum Gesetz werden zu lassen. In der Unmöglichkeit, einen 218-Kompromiß zu finden, lag

wenigstens noch die Chance, den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Interessen von Frauen und Lebensschützern ungeregelt zu belassen – anstatt den Lebensschützern gegen Zugeständnisse im Detail zur parlamentarischen Mehrheit und gesellschaftlichen Akzeptanz zu verhelfen.

Verena Krieger und Barbara Ritter arbeiten in der Bundeskoordination Frauen gegen § 218

Konkret 08/95, S. 37

Eike Stedefeldt

Der Instinkt fürs Abnorme

Im »Fall« Eggert hat sich das gesunde Volksempfinden durch den Mediendschungel geschlagen

Weder der Schwulenverband in Deutschland (SVD) noch der vergleichsweise linke Bundesverband Homosexualität (BVH) hielten es unlängst für nötig, die Bundestagsbeschlüsse zum Kriegseintritt und zum Paragraphen 218 zu kritisieren – als hätten beide Voten nichts mit tradierten Geschlechterrollen und somit alternativen Lebensweisen zu tun. Statt dessen befleißigten sich beide Verbände, ja nicht den vom »Spiegel« eröffneten Tanz ums Schwarze Schaf zu versäumen: Heinz Eggert, der nunmehr ehemalige sächsische Innenminister, habe Untergebenen in den Schritt gelangt, vermeldete die mediale Sittenpolizei. Männlichen Untergebenen, wohlgemerkt.

Unter der Parole »Schwulsein ist kein Totschlagargument« – aber was denn sonst in einem homophoben System? – warf der BVH am 29. Juni der »Wochenpost« vor, am selben Tag mit der Titelstory »Die Affäre Eggert« Politik und Homosexualität skandalisiert zu haben. Man monierte, für die Vorwürfe sexueller Belästigung gebe es bisher weder Beweise noch ausreichende Indizien, und – lieferte der Skandalmaschinerie, quasi als Fachorgan, bereitwillig den Stoff, aus dem Auflagenträume sind. »Daß der Minister schwul ist, hat durchaus keinen Neuigkeitswert ... Bisher war der Vorgang Eggert ein eher ermutigendes Beispiel dafür, daß auch Spitzenpolitiker schwul sein können.« Während der SVD-Sprecher und bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck der Hannoverschen »Neuen Presse« zumindest noch mitteilte, er sehe in der öffentlichen Reaktion »schwulenfeindliche Momente«, meinte der Sprecher des BVH, Jörg Rowohlt, für einen erfreulich selbstverständlichen öffentlichen Umgang mit Homosexualität habe bis dahin auch die Zurückhaltung der Presse gesprochen. »Bis dahin« hatte die derart Gelobte nicht mehr und nicht weniger getan, als das dahindämmernde gesunde Volksempfinden wachzuküssen.

»Es spricht einiges dafür, daß im Fall Eggert der schwer widerlegbare Vorwurf der sexuellen Belästigung benutzt wurde, um das eigentliche Totschlagargument, die Homosexualität, lancieren zu können«, schreibt in einem seltenen Anfall von Durchblick »Wochenpost«-Chef Mathias Döpfner. Besagter Totschläger kam ihm dennoch gerade recht, um sein Schwundblatt dem Sommerloch zu entreißen. »Bei der Homosexualität«, beklagt Döpfner, »klafft eine Lücke zwischen theoretischer und praktischer Toleranz. Im Dritten Reich endete Homosexualität im Konzentrationslager, heute zu oft noch in der Schmuddelecke.« Abgesehen davon, daß nicht die Homosexualität im KZ endete, sondern der Homosexuelle, wird die schwule Ecke gerade auch durch die theoretische Toleranz der Döpfners praktisch hübsch schmuddelig gehalten. Der Delinquent habe sich mit einem Troß von ehrgeizigen, in der Regel gutaussehenden jungen Männern umgeben, deren Arbeit jedoch oft zu wünschen übrig gelassen habe, kolportiert die »Wochenpost« und bedient ungeniert das Klischee des hypersexualisierten Monsters, das keine Gelegenheit ausläßt, sich auf Kosten anständiger Arbeit – und natürlich des Steuerzahlers – mit maskulinem Frischfleisch zu umgeben.

»Keine Offenheit ohne Not«, verrät der schwule Publizist Elmar Kraushaar in der »Tageszeitung« Realitätssinn: »Die spart man sich auf ..., bis sich damit Skandal und Schlagzeilen produzieren lassen.« Der prominente Outing-Befürworter muß es wissen und läßt sich Tage später ganzseitig hinter den »Wochenpost«-Skandaltitel plazieren.

»Schmuddel-Affäre« nennt am 26. Juni auch »Focus« das Opus delicti. Unter der süffisanten Headline »Quittung für Bruder Leichtfuß« – der Volksgenosse liest »warmer Bruder« – gibt sich das Magazin, das wie kein anderes die hohe Burda-Schule der völkischen Demagogie beherrscht, liberal: »Ureigenstes Persönlichkeitsrecht zählt hier nicht. In der CDU hüten prominente Homosexuelle ängstlich ihr offenes Geheimnis.« Eggert sei durch seine familiäre Art vor Feinden ungeschützt, »die nur darauf spekulieren, daß das Volk ›igitt‹ sagt. Denn zu vielen vermeintlichen Freunden hat Eggert es anvertraut: ›Ich mag auch Männer.‹ Diese Neigung aller Welt zu offenbaren weigert er sich.« Also muß »Focus« nachhelfen auf jene charmante Art, die nur darauf spekuliert, daß das Volk tatsächlich »igitt« sagt: »Bürgerliche Machtpolitiker fürchten die öffentliche Moral. Aus Angst, eine große Mehrheit lehne sexuelle ›Abnormität‹ instinktiv ab.« Damit Volkes Mehrheit sich auch weiter auf seine Instinkte nicht nur für sexuell Abnormes verlassen kann, erinnert »Focus« das Publikum genüßlich an »die Sache mit dem dunkelhäutigen Dresdner Sam Meffire, der Polizist wurde, um die Rechtsextremisten zu bekämpfen. Eggert zog abends mit ihm ›durch die Gemeinde‹ – und die Mißgunst der Kollegen verfolgte den ›Neger‹. Der hat den Dienst quittiert und ist im Verbrechermilieu gelandet. Der sächsische Polizeiklatsch verbreitet, Eggert habe Meffire ›nicht nur dienstlich gedeckt‹«. So widerlich, Volk, treiben es deine Hinterlader! Und vor drei Jahren habe Eggert nächtens in der Dresdner Neustadt einen armen Jungen aus den Fängen böser Skinheads herausgehauen. »Jetzt wird geraunt: ein Strichjunge womöglich?« – Natürlich ein Stricher, natürlich organisiertes Verbrechen, natürlich eine schwule Negersau. »Focus« läßt keinen Zweifel aufkommen.

Ausgiebig hat auch das »Neue Deutschland« am Skandal partizipiert. Für den Report »Sex-Affäre stoppt ›Pfarrer Gnadenlos‹« ist am 20. Juni die Titelseite gerade gut genug. Drei Tage später reicht Starreporter Marcel Braumann voyeuristische Details und politisches Ziel nach: »Hand am Hintern? Eggerts Rücktritt würde vielen helfen.« Über dessen

sexuelle Orientierung zu mutmaßen, traut sich die »Linke unter den Großen«, deren Moralauffassungen sich ansonsten tendenziell denen des Kolpingblattes annähern und deren Leserschaft sich durchaus noch an Zeiten erinnern könnte, als die linke Presse schon einmal glaubte, politische Feinde nicht argumentativ, sondern wie im Falle der SA mit antihomosexueller Denunziation bekämpfen zu müssen.

Dabei bot Eggert wahrlich bedeutendere Angriffsflächen: sein pathologisches Stasi-Verfolgungssyndrom, sein Polizeigesetz, das einer Militärdiktatur alle Ehre machte, seine reaktionäre Asylpolitik, die Auslieferung von Kurden an die Türkei oder auch nur seinen Urlaub an der Südostflanke der Nato. Doch all das ist für keines der Blätter Thema, denn sie alle sind ja auf der Höhe der Zeit: Das mit der sexuellen Belästigung ist nicht in Ordnung, aber Schwulsein ist okay – im Prinzip. Sicher dürfe so einer christlicher Innenminister sein, sicher auch CDU-Vize. Fraglich sei nur, ob Freistaats- und Parteiführung oder gar das gemeine Volk ihn dann noch akzeptieren würden, manipuliert stellvertretend für alle die »Sächsische Zeitung«. Um das wunschgemäße Nein kümmert sich die versammelte Journaille von »Bild« bis »ND«, und sei es so einfältig wie im »Tagesspiegel«, der am 1. Juli getreu seinem Anspruch »Rerum – Cognoscere – Nonsens« sinniert, welch Gewinn doch Eggerts Teilnahme an der weitgehend entpolitisierten Berliner Parade zum »Christopher Street Day«, dem lesbisch-schwulen Kampf- und Feiertag, wäre, »weil sie die weniger schrillen Schwulen« – sprich: die guten, biederen Schwulen – »davon überzeugen könnte, daß der Schritt in die Öffentlichkeit nicht nur Sache der Paradiesvögel sein muß, die sich ohnehin alles erlauben können«. – Die sich ja heutzutage alles erlauben dürfen«, liest der stramm heterosexuelle Volksgenosse und benickt zustimmend die Suggestivfrage, ob wir denn nicht eine offene, liberale Gesellschaft seien. »Über sein Liebesleben stürzt hierzulande keiner«, das weiß unser Volksgenosse so gut wie der »Tagesspiegel« – so lange es schön »normal« ist.

Eike Stedefeldt befaßte sich in KONKRET 7/94 mit der Homosexuellenpolitik des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

Konkret 08/95, S. 38

Gaby Hommel

Reibungsloses Räderwerk

Technokratisch und effizient funktioniert die Abschiebungsmaschinerie in Nordrhein-Westfalen. Die sozialdemokratische Handschrift ist unverkennbar und gilt als wegweisend für die Zukunft. Dem sauberen Konzept fehlte nur noch der grüne Touch

Als im Januar 1990 mehr als tausend Roma im »Bettelmarsch« durch Nordrhein-Westfalen zogen und – ähnlich wie zuvor bereits bei der Besetzung des KZ Neuengamme geschehen – mit dem unbequemen Verweis auf die Deportation und Vernichtung von »Zigeunern« während des Nationalsozialismus ein Bleiberecht für ihr Volk in Deutschland forderten, reagierte die Düsseldorfer Landesregierung auf bemerkenswerte Weise. Sie schickte ihren als liberal geltenden Innenminister Herbert Schnoor nach vorn und ließ ihn das öffentliche Versprechen abgeben, daß allen de facto staatenlosen Roma in NRW ein gesicherter Aufenthaltsstatus eingeräumt werde. Damit war dem heiklen Konflikt die Spitze genommen, die Betroffenen brachen ihre Protestaktion im Vertrauen auf das Ministerwort ab, das demokratische Publikum klatschte Beifall. Gleichzeitig jedoch begann hinter den Kulissen die Suche nach einem geeigneten Mittel, um die vorübergehend gestoppte Vertreibung der Roma zu einem späteren Zeitpunkt und ohne politischen Imageverlust über die Bühne zu bringen. Im Ergebnis entstand unter Federführung der Regierung Rau ein neuartiges Konzept für Massenabschiebungen, das bis heute Schule macht.

Damals firmierte es unter dem Namen »Reintegrationsprogramm« und kündigte die »freiwillige Rückkehr« von 1.200 Roma nach Mazedonien an, wo ihnen mit Hilfe von 40 Millionen Mark aus Deutschland Wohnung und Arbeit gegeben werden sollte. Unterstützt von der Bundesregierung und als »Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen« verkauft, galt das Vorhaben als beispielhaft für eine »Neue Flüchtlingspolitik«. Zumal sich seine Väter in der Düsseldorfer Staatskanzlei der tatkräftigen Mithilfe des Diözesanverbandes der Caritas in Essen versichert hatten, um die »humanitäre Durchführung« der Umsiedlung vor Ort zu gewährleisten. In der Folge konnten weder vereinzelte Stimmen, die auf die rassistische Diskriminierung von Roma in (Ex-)Jugoslawien hinwiesen, noch der vehemente Protest der Betroffenen die breite Akzeptanz des Modells verhindern. Seine praktische Umsetzung begann im Sommer 1991 – also gerade einmal 18 Monate, nachdem Sympathieträger Schnoor sein berühmtes Bleiberecht-Versprechen formuliert hatte – und ungeachtet der Feststellung des beteiligten Wohlfahrtsverbandes: »Es gibt entweder die Teilnahme am Reintegrationsprogramm, oder man läßt sich abschieben, oder man taucht ab.« Ein von der NRW-Landesregierung finanziertes und von Mitarbeitern der Caritas geführtes »Verbindungsbüro« nahm die zur Ausreise genötigten Roma in der mazedonischen Hauptstadt in Empfang und verteilte sie auf einige hastig errichtete Wohncontainer inmitten des sogenannten »Zigeuner-Ghettos« von Skopje. Dort harren einige von ihnen – notdürftig ernährt und vergeblich auf die versprochene Arbeit wartend – bis heute aus. Andere begaben sich bereits nach kurzer Zeit wieder auf den Weg, um ihr Überleben ein weiteres Mal in der BRD, den Benelux-Ländern oder Frankreich zu sichern.

Wie Nordrhein-Westfalens Staatsminister Wolfgang Clement, Urheber und Protagonist des »Reintegrationsprogramms«, in der begleitenden Presseerklärung bekennt, geschah die Zwangsumsiedlung rund eines Drittels der an Rhein und Ruhr lebenden Roma »im Bewußtsein der *historischen Verantwortung der Deutschen* für das Volk der Roma und Sinti«. Und mit gleicher Treffsicherheit stellt er fest: »Es gibt keine Landes-, keine Bundesregierung und keinen westeuropäischen Staat, wo in ähnlicher Weise versucht wird, den *Teufelskreis von Flucht, Umherziehen und Abschiebung* zu durchbrechen« (Hervorhebungen im Original!). Insofern wird das Projekt seine Bedeutung auch nicht verlieren, sondern als erste auf Regierungsebene angesiedelte, planmäßig betriebene und christlich abgesegnete Vertreibungsaktion von Roma in Nachkriegsdeutschland in die Geschichte eingehen. Darüber hinaus allerdings hat die Maßnahme, die erstmals auf einem finanziellen Vertrag mit dem (vermeintlichen) Herkunftsland einer Flüchtlingsgruppe basierte, ihren exklusiven Stellenwert eingebüßt und die von den Verantwortlichen ausdrücklich gewünschte »ansteckende Wirkung« gezeigt. Nachahmer finden sich mittlerweile selbst im benachbarten Ausland; zum Alltagsgeschäft geworden ist der an »Zigeunern« erprobte Handel jedoch einzig in der Bundesrepublik.

»Rückführungsabkommen« lautet die aktuelle Sprachregelung für entsprechende Deals, die – anders als es noch beim Pilotverfahren in Nordrhein-Westfalen der Fall war – nicht einmal mehr vorgeben, im Sinne und mit Einverständnis der Betroffenen zu erfolgen. Das zugrundeliegende Konzept ist von bestechender Einfachheit. »Menschen gegen Devisen« heißt das Motto, wie spätestens seit den Verträgen mit Rumänien, Bulgarien und Polen feststeht. Und ist über den Preis pro Kopf keine Einigung zu erzielen, kommt im Zweifel ein erpresserischer Wink mit der Entwicklungshilfe hinzu, um das Geschäft perfekt zu machen. Die jüngste Vereinbarung zwischen Bonn und Hanoi zum Transfer von 40.000 vietnamesischen Flüchtlingen und Arbeitsimmigrantinnen demonstriert die Wirksamkeit der Methode. Vergleichbare Repressalien gegenüber Indien, Pakistan und nicht zuletzt Algerien stehen an, um endlich auch diese Länder zur Wiederannahme ihrer geflüchteten Staatsbürger zu bewegen. Noch füllen diese die deutschen Abschiebeknäste, doch blickt die Innenministerkonferenz optimistisch nach vorn und tat kürzlich bereits den nächsten Schritt, um auch jene Flüchtlinge

außer Landes zu schaffen, deren Nationalität nicht feststellbar ist. Sie sollen in Zukunft an einen »der Gesamtregion zuzurechnenden Vertragsstaat« verkauft werden, womit die faschistische Forderung: »Reisfresser« nach Asien, »Nigger in den Busch« konkrete Gestalt annimmt.

Von einer solchen Fortsetzung des »Reintegrationsprogramms« konnten seine Initiatoren Anfang der neunziger Jahre nur träumen. Denn trotz der zur damaligen Zeit bereits auf den Weg gebrachten Effektivierung der Asylbürokratie kostete die Abschiebung von Flüchtlingen noch immer mehr Zeit, Geld und Verwaltungsaufwand, als allgemein für nötig befunden wurde. Probleme bereitete in diesem Zusammenhang vor allem die große Zahl von Armutsflüchtlingen, die – nach dem Fall der Mauer in erster Linie aus Osteuropa kommend – den Verlockungen der Marktwirtschaft erlagen und ihr Glück im »goldenen Westen« suchten. Also zog man die Stempel »Scheinasylant« und »Sozialhilfebetrüger« aus der Tasche, unter deren Stigma der Wunsch nach Einkommen und Konsum zum kriminellen Akt geriet. Ergänzend ergriff man eine Reihe von Notstandsmaßnahmen, um die solcherart Gebrandmarkten sozial zu isolieren und für alle deutlich sichtbar zu machen. Die absichtsvolle Schaffung von Elendsquartieren, wahlweise in Zeltstädten, Turnhallen, Schiffen oder ehemaligen Kriegsbunkern, gehörte dazu. Karge Essensrationen und Lumpen aus der Kleiderkammer, die Verweigerung medizinischer Hilfe und sonstiger Versorgung gaben den Betroffenen den Rest. Wer nicht gleich seine Sachen packte und weiterzog, dem blieb nichts anderes übrig, als Betteln oder Klauen zu gehen.

Auf diese Art bekamen schließlich auch die letzten Anhänger einer liberalen Flüchtlingspolitik – allen voran die Grünen und sonstige Vertreter möchtegern aufgeklärten Bürgertums – nachdrücklich unter Beweis gestellt, was etablierte Parteien und Medien, Gewerkschaften und Kirchen seit langem predigten: »Das Boot ist voll.« Jedoch schaffte erst der Pogrom von Hoyerswerda die ersehnte Möglichkeit, humanitären Ballast über Bord zu werfen. Mit dem ausdrücklichen Verweis auf den wachsenden Rassismus gingen zunächst die menschenwürdige Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sowie die Möglichkeit zur juristischen Überprüfung negativer Asylbescheide unter. Statt dessen wurden im Rahmen der Asylrechtsänderung vom Sommer 1992 die Zwangseinweisung von Asylsuchenden in Sammellager, die weitgehende Abschaffung von Sozialhilfezahlungen in bar sowie die Einführung der berüchtigten Schnellverfahren beschlossen, auf deren Grundlage die rechtskräftige Ablehnung von Asylanträgen binnen Monatsfrist zur gängigen Praxis geworden ist. Später folgte die Einführung der sogenannten »Drittstaatenregelung«, womit die Möglichkeit zur legalen Einreise von Flüchtlingen in die Bundesrepublik faktisch ausgeschlossen ist. Und am Ende fiel das bloß noch auf dem Papier stehende Grundrecht auf Asyl durch Änderung des entsprechenden Artikels im Grundgesetz.

Wegbereiter der Entwicklung war auch diesmal die Düsseldorfer SPD, die lange vor Verabschiedung des »Asylbeschleunigungsgesetzes« die Zeichen der Zeit erkannt und eine beispielhafte Umorganisation ihrer Ausländerverwaltung in Angriff genommen hatte, mit der die zum 1. Juli 1993 in Kraft tretenden Verschärfungen praktisch vorweggenommen wurden. Eine bahnbrechende Funktion kam hierbei dem »Vinckehof« in Castrop-Rauxel zu, dessen Nutzung als erste landesweite Massenunterkunft für Flüchtlinge bereits im Oktober 1991 angekündigt und ein knappes Jahr später durchgesetzt wurde. Wertvolle Schützenhilfe leistete das DRK Westfalen/Lippe, das sich auf Anfrage der Landesregierung bereitwillig zur Verfügung stellte, den Betrieb der Einrichtung zu übernehmen, und in weiser Voraussicht auf zukünftigen Bedarf eine sogenannte »Betreuungs-GmbH« gründete, unter deren Regie bis heute die Mehrzahl der Sammellager in NRW organisiert wird. Knapp zwei Dutzend dieser traurigen Stätten entstanden allein bis Frühjahr 1993, so daß noch vor Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes rund 10.000 Flüchtlinge an ausgesuchten Orten konzentriert werden konnten. Vorzugsweise an den Stadträndern, in ländlichen Gebieten oder Industriezonen gelegen, mit umfassenden Ein- und Ausgangskontrollen versehen sowie sämtlich unter Beihilfe eines Wohlfahrtsverbandes in Gang gehalten, funktionierten die nordrhein-westfälischen Camps von Anbeginn unauffällig und weitgehend störungsfrei. Skandalträchtige Publicitiy, die insbesondere den von Privatfirmen geführten Flüchtlingslagern in Süddeutschland und den neuen Bundesländern zu schaffen macht, konnte gänzlich vermieden werden. Und wo sich vereinzelter Widerstand regte – wie zeitweilig in der mit Giftstoffen verseuchten Kölner Unterkunft und im Ruhrgebiet geschehen – , sorgte die unheilige Allianz von professionellen Wohltätern und Flüchtlingsverwaltern umgehend für Gegenmaßnahmen. Angefangen von großzügigen Zugeständnissen bei der Verteilung von Unterwäsche, über Hausverbote gegen deutsche Unterstützergruppen und Anwälte, bis hin zur Strafverlegung von »Rädelsführern«.

Parallel zu den »Erstaufnahmeeinrichtungen« – wie die landeseigenen Sammelunterkünfte in der Amtssprache heißen – entstanden in Nordrhein-Westfalen fünf »Zentrale Ausländerbehörden«, kurz ZABs genannt. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Abwicklung von Asylverfahren durch eine Konzentration von Zuständigkeiten im Lande zu beschleunigen sowie die Durchführung von Abschiebungen zu effektivieren. Schon im April 1993 nahmen sie ihre Tätigkeit auf und verwalten seitdem sämtliche Lebensbereiche der in den Landeslagern festgehaltenen Flüchtlinge. Dem Doppelcharakter der Suprabehörden entsprechend, in deren Kompetenz sowohl ausländer- als auch sozialrechtliche Entscheidungen fallen, erfolgte eine Zusammenlegung der korrespondierenden Aufgabengebiete auf Landesebene im Geschäftsbereich des Innenministeriums. Dort koordiniert ein speziell eingerichtetes Referat seit Juli 1993 sämtliche Maßnahmen der Asylbürokratie in Nordrhein-Westfalen und unterstützt vor allem den reibungslosen Vollzug von Abschiebungen. Da ein großer Teil dieser Schmutzarbeit von den ZABs erledigt wird, gleichen die umzäunten und rund um die Uhr bewachten

Behördensitze kleinen Festungen. Wer hinein will, muß einen guten Grund nennen, Namen und Ausweis hinterlegen und im Falle einer etwaigen Beschwerdeführung mit seiner Entfernung rechnen. Das Personal besteht zum großen Teil nicht aus Fachkräften, sondern hat seine zweifelhaften Kenntnisse des Asyl- und Verwaltungsrechts in speziellen Schnellkursen gewonnen. Dennoch sind auch rechtswidrige Entscheidungen der Behördenmitarbeiter faktisch unumstößlich, da es keine direkte Kontrollmöglichkeit gibt und im Zweifel selbst richterliche Anweisungen mißachtet werden. Besonders verhaßt und gefürchtet ist in diesem Zusammenhang die ZAB in Münster, die – wie es der Sprecher des nordrhein-westfälischen Flüchtlingsrates formuliert – »sich stets dadurch hervorgetan hat, in vorauseilendem Gehorsam das Prinzip der Abschreckung und Abschiebung zu verfolgen«.

Den letzten Baustein zur Verfeinerung und Perfektionierung ihres Vertreibungsapparates fügte die Düsseldorfer SPD mit Eröffnung des bundesweit ersten Abschiebeknastes im Oktober 1992 ein. Die Inbetriebnahme eines halben Dutzends weiterer erfolgte Schlag auf Schlag, so daß zu einem Zeitpunkt, als andere Bundesländer noch mit der Isolierung von Flüchtlingen in Sammellagern beschäftigt waren, Nordrhein-Westfalen bereits mit ihrer massenhaften Inhaftierung beginnen konnte. Spektakuläre Protestaktionen vor allem von Seiten der Gefangenen folgten auf dem Fuß; doch ließen sich die Verantwortlichen weder durch eine Serie von Hungerstreiks und Selbstverstümmelungen noch durch die Dachbesetzung in Leverkusen oder die Geiselnahme in Kassel beeindrucken. Nicht einmal der Freitod eines jungen Sudanesen, der sich Weihnachten 1993 im Herner Abschiebeknast das Leben nahm, ließ Herbert Schnoor – damals noch Innenminister und Chef der in seinem Haus konzentrierten Ausländerverwaltung – auch nur für einen Moment innehalten. Seine einzige Antwort auf die zunehmende Kritik an den Sondergefängnissen bestand vielmehr in dem Versprechen, die Haftdauer der Insassen durch ihre beschleunigte Abschiebung zu verkürzen sowie die Haftbedingungen humaner zu gestalten. Zu diesem Zweck – man ahnt es schon – wurde das DRK eingespannt, das seit einem Monat die »wohlfahrtliche Betreuung« der Gefangenen in einem Drittel der nordrhein-westfälischen Abschiebeknäste besorgt. Die Haftanstalt in Büren, mit 600 Plätzen größter Abschiebeknast der Bundesrepublik, gehört dazu. Inmitten eines ausgedehnten Waldgeländes gelegen, bewacht von »Schwarzen Sheriffs« sowie einer Kompanie Bereitschaftspolizei, die extra zu diesem Zweck in die Nähe gelegt wurde, gilt sie nicht zufällig als Modell der Zukunft. Anstaltsleiter Peter Möller ist dementsprechend stolz und sucht gerne die Öffentlichkeit – mal, um auf Nachfragen einer Schulklasse die gefangenen Flüchtlinge mit »geliebten Kanarienvögeln« zu vergleichen, deren Flucht aus dem Käfig schließlich auch verhindert würde, mal, um die speziellen Sanktionsmaßnahmen in seinem Knast, darunter die international als Folter geächtete »Schaukelfesselung«, als Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge auszugeben.

Die Bilanz ihrer nahtlos ineinandergreifenden Abschiebemaschinerie faßte die Düsseldorfer Landesregierung bereits zu Beginn des vorigen Jahres in der lapidaren Feststellung zusammen: »In Nordrhein-Westfalen gibt es keine Abschiebungsdefizite.« Dabei ist es bis heute geblieben; und daran wird sich – wie der Koalitionsvertrag zeigt – auch unter zukünftiger Mitverantwortung der Grünen nichts ändern.

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 9/94 über die deutsche Abschiebepraxis

Konkret 08/95, S. 40

Clemens Nachtmann

Asche aufs Haupt

Abschied vom antinationalen Engagement? Entgegnung auf Oliver Tolmeins Beitrag »Bequeme Niederlage« in KONKRET 6/95

Der »organische Intellektuelle« der linken Szene findet seinen Daseinszweck darin, das, was alle sowieso denken, nochmal in unverwechselbarer Form auszusprechen. Dem linken Zeitgeist immer hart auf den Fersen, wird er keine Position einnehmen, ohne sich rückzuversichern, keine Aussage treffen, ohne sie gleich wieder zu relativieren, um so keine Fraktion seiner Zielgruppe zu verprellen. Wo er für Theorie plädiert, wird er stets anmahnen, darüber ja nicht die Praxis zu vergessen, wo er über Praxis sich verbreitet, wird er gleichzeitig zu tiefem Nachdenken ermuntern, wo er scheinbar eine radikale Position einnimmt, wird er sein Wort erheben, um eindringlich vor »Vereinfachungen« oder »voreiligen Schlüssen« zu warnen. Seine Position ist die des entschlossenen Einerseits-Andererseits, seine Spezialität sind daher die garantiert von keinerlei Sprachwitz oder Polemik belasteten, in Schmalz gemeißelten Sätze. Will er z.B. den harten Vorwurf erheben, wonach es sich beim Antinationalismus, wieviel diesem womöglich auch immer abzugewinnen sein mag, um eine Angelegenheit von Privilegierten handele, deren Radikalismus ihnen bloß ein Vorwand sei, um sich aus konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen herauszuhalten, dann wird er dies folgendermaßen ausdrücken: »Auch die scharfe, aber schematische Kritik kann so zu einer Form des Sich-Einrichtens werden, zumal nichtbehinderten, weißen Deutschen ... daraus keinerlei schwere Nachteile und Gefahren erwachsen müssen.« Der Satz stammt aus dem Artikel »Bequeme Niederlage« (KONKRET 6/95), in welchem der Verfasser, Oliver Tolmein, erneut seine unbestrittene Meisterschaft im Fach des ideellen Gesamtlinken unter Beweis stellt. Angesichts des erhaben-pastoralen Tonfalls, der den gesamten Text prägt, ist man dann doch etwas verdutzt, daß Tolmein den von ihm kritisierten Papieren – ein Aufruf sowie ein Flugblatt des antinationalen Bündnisses zum 8. Mai – »bierernste« Formulierungen vorwirft, bei denen »nicht nur die Spaßguerilla außen vor(bleibt)«. Ausgerechnet.

Tolmeins grundsätzlicher und in verschiedenen Variationen wiederholter Vorwurf an die Adresse des antinationalen Bündnisses ist jener Einwand, der sich immer dann einstellt, wenn Linke vor den unangenehmen Konsequenzen radikaler Einsichten zurückschrecken: mangelnde Differenziertheit. »Schematisch«, so Tolmein, sei die Deutschland-Kritik im Bündnisaufruf gehalten, »allmächtig und monolithisch«, »unbeeinflußbar und stetig«, »seltsam starr und leblos« erschienen dort die deutschen Verhältnisse, »verengt« sei die Analyse, ihr Ergebnis »stets vorgegeben«. Und wie soll statt dessen eine nichtschematische, differenzierte Analyse der deutschen Verhältnisse aussehen? Hören wir dazu einmal kurz in den Schnellkursus ›Einführung in das theoretische Differenzierungsvermögen‹ hinein, es referiert Oliver Tolmein: »Dabei spricht doch alles dafür, daß auch ›Deutschland‹ ein von Widersprüchen und unterschiedlichen, ja bisweilen gegensätzlichen Interessen geprägtes Land ist ...« Eine fabelhafte, eine großartige Erkenntnis. Nur: Was Tolmein als tiefe Einsicht präsentiert – die Existenz von gesellschaftlichenWidersprüchen und Interessengegensätzen hierzulande – , das halten schematisch denkende Antinationale für eine pure Selbstverständlichkeit, aus welcher aber noch lange nichts folgt, weshalb es guter Gründe bedarf, wenn man glaubt, auf einer Selbstverständlichkeit herumreiten zu müssen. Was also will der Autor uns klarmachen, wenn er betont, was niemand bestritten hat? Was ist das Bedeutsame an den von ihm beschworenen »Widersprüchen«? Aber so ernst nimmt Tolmein seine Entdeckung denn doch wieder nicht; was ihn am antinationalen Aufruf eigentlich stört, ist, daß dort »Widersprüchliches auf einen Nenner gebracht« werde, womit er nun freilich einräumt, daß dessen Verfasser die Existenz gesellschaftlicher Widersprüche sehr wohl gesehen haben – aber wahrscheinlich gilt ihm der Hinweis auf logische Ungereimtheiten ebenfalls als Ausdruck »schematischen« und »monolithischen« Denkens.

Wie dem auch sei: Tolmein hat am antinationalen Aufruf auszusetzen, daß in ihm der Unterschied verwischt werde zwischen den Vorkämpfern einer deutschen Weltmacht und denjenigen, die, mit welch zweifelhaften Mitteln auch immer, dagegen Widerstand leisten woll(t)en. Als »tristes Beispiel« für diese Einebnung führt er die Thematisierung der Lichterketten im Aufruf an. Wir befinden uns nun im Kurs ›Theoretisches Differenzierungsvermögen für Fortgeschrittene‹. Hier lernen wir, daß es höchst unzulässig ist, die Lichterketten mit der Formierung der deutschen Volksgemeinschaft in unmittelbaren Zusammenhang zu bringen, weil, so Tolmein, »der Wille der Leute auf der Straße, gegen rassistische Gewalt aufzutreten, evident« gewesen sei. In schöpferischer Abwandlung einer protestantischen Devise soll bei der Beurteilung sozialer Bewegungen also der gute Wille den Maßstab bilden und nicht deren tatsächliches Agieren, von dem doch auch Tolmein nur zu gut weiß, daß es im Falle der Lichterkettenbewegung die Rettung des »deutschen Ansehens« im Ausland und den Treueschwur zur FDGO zum Inhalt hatte. Aber egal, wer den guten Willen der Gutmenschen nicht ausreichend würdigt, kriegt von Tolmein aufs Brot geschmiert, daß es »z.B. für Flüchtlinge durchaus einen Unterschied macht ..., ob Feuer benutzt wird, um einen Molli zu entflammen, der ihnen das Dach über dem Kopf abbrennen soll, oder um eine Kerze zu entzünden, die jemand nächtens durch die Straße tragen will, weil er oder sie dagegen ist, daß Menschen abgefackelt werden«. Das ist, erstens, als Feststellung wiederum eine Banalität nicht gewöhnlichen Grades, zweitens aber, als

politische Aussage, demagogische Effekthascherei, die auf den Biedersinn derjenigen spekuliert, die immer schon wußten, daß es sich bei den Antinationalen um herzlose Zyniker handelt. Auch Tolmein aber dürfte bekannt sein, daß das Lichterkettenspektakel die Dankesgeste der Deutschen dafür war, daß ihr Staat sich endlich anschickte, das basisdemokratische »Ausländer raus!« des Mobs per Asylrechtsabschaffung in ein rechtsstaatlich-demokratisches »Keine Ausländer rein!« umzusetzen, so daß man doch gerne Aufklärung darüber erhielte, worin denn der erhebliche Unterschied für Flüchtlinge bestehen soll, wenn im einen Fall die Brandfackel als Mordwaffe des heimischen Mobs dient, während sie im anderen Fall als Gesinnungswaffe jene Kulisse illuminiert, vor der die Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer verfrachtet werden, wo schon die Folterspezialisten oder der ortsansässige Mob in Form z.B. islamistischer Halsabschneider auf sie warten.Wenn Tolmein dann meint, es gehe ihm »nicht um eine verspätete Rehabilitierung einer politischen Aktionsform«, dann ist das nichts als eine Schutzbehauptung: In Wirklichkeit geht es ihm um genau das.

Tolmeins Insistieren auf der Existenz gesellschaftlicher »Widersprüche« und sein Herauspauken der Lichterkettenbewegung zeigen vor allem eins: »Volksgemeinschaft« kann er sich offenbar nur nach dem Modell des historischen Faschismus vorstellen, als terroristische Ausschaltung gesellschaftlicher Konflikte, als restlose Uniformierung der Individuen. Genau dies hat der historische Faschismus auch besorgt, in seiner deutschen Variante so gründlich, daß die postfaschistische Demokratie der BRD auf die gewaltsame Niederhaltung gesellschaftlicher Widersprüche bequem verzichten kann. Mehr noch: Die Pluralität von Interessen, die Existenz und Austragung sozialer Konflikte, das Äußern von Protest etc. bilden keinen Gegensatz zum volksgemeinschaftlichen Konsens, sondern die Momente, durch die er sich reproduziert, seine Bewegungsformen selbst. Weit entfernt davon, ein Beleg dafür zu sein, daß die gesellschaftliche Formierung hierzulande noch nicht so fortgeschritten ist wie gedacht, sind Protestbewegungen nach Art der Lichterketten vielmehr deren bedeutendste Protagonisten; gerade der Nulltarif-Antifaschismus der notorisch Gutwilligen und Wohlmeinenden ist es, der das Einschmelzen faschistischer Denkformen in den »Konsens der Demokraten« vorbereitet und selbst betreibt. Irgendwie ahnt wohl selbst Tolmein diesen Zusammenhang – es bedarf, so schreibt er, »zugegebenermaßen keiner großen Mühe«, nach Belegen für den hiesigen Volksgemeinschaftskonsens zu suchen. Den Zusammenhang tatsächlich herzustellen, hieße freilich, auf das Gerede von Opposition und Widerstand zu verzichten, weshalb Tolmein es letztlich dann doch vorzieht, den volksgemeinschaftlichen Konsens als Ausgeburt eines »phantastische(n) Vorstellungsvermögens« der Aufruf-Autoren, also als Hirngespinst hinzustellen. Das alte antikritische Schema: Der Bote wird für die Botschaft haftbar gemacht.

Was Tolmein über die angebliche Geburt der Volksgemeinschaft aus dem Vorstellungsvermögen ihrer Kritiker schreibt, entspringt nicht seiner Phantasie, sondern ist das veredelte Echo dessen, was einem aus Publikationen wie z.B. dem autonomen Krampfblatt »Interim« entgegenschallt – die Ansicht, daß die Benennung der realen Volksgemeinschaft diese überhaupt erst »konstruiere«, ist dort das Grundmuster der Kritik an den Antinationalen. Im selben Moment, wo aus dem Antinationalismus endlich Konsequenzen für radikale Gesellschaftskritik gezogen werden, große Teile der Szene dabei aber kalte Füße bekommen, tritt der organische Szeneintellektuelle Tolmein auf, um mit dem Gewicht dessen, der – so wird er in KONKRET 6/95 vorgestellt – 1990 die Zeitung »Nie wieder Deutschland« mitinitiiert hat, nun seine ehemaligen Schützlinge, die ihm aus dem Ruder zu laufen drohen, unter dem sicheren Beifall der linken Gemeinde wegen ihrer »schematischen« Analysen zu verwarnen.

Was ihn freilich nicht darin hindert, selber zum kruden Deterministen zu werden, wenn es gegen die Antinationalen geht. Ein »Forum für weiße deutsche Männer« nennt Tolmein den antinationalen Kongreß, als wäre dies ein Einwand von irgendeinem Belang, wenn es um inhaltliche Kritik geht. Natürlich lebt dieser Anwurf von der unter Linken beliebten Unterstellung, daß man qua Geschlecht, Hautfarbe und Staatsangehörigkeit zwangsläufig auf eine bestimmte Sicht der Dinge festgelegt sei – so, als stünde es einem nicht frei, die zufälligen Bedingungen seiner Existenz kritiklos hinzunehmen oder aus ihnen kritisch auszubrechen; als wäre Erkenntnis eine direkte Folge ihrer partikularen und zufälligen Entstehungsbedingungen und nicht die Folge von deren Überschreitung. Ginge es nach Tolmein, so bliebe vom Antinationalismus nicht mehr übrig als ein paar leere, unverbindliche Gesten: Lasset uns widerstehen, ein starkes moralisches Profil abwerfen und als weiße deutsche Männer Asche auf unser Haupt streuen, auf daß uns unsere humorresistente Betroffenheit erhalten bleibe, die uns gleichzeitig davon abhält, irgend etwas ernst zu meinen.

Clemens Nachtmann ist ein weißer deutscher Mann und lebt in West-Berlin

Konkret 08/95, S. 42

Jochen Baumann, Andreas Benl

Kulturkrampf

Stefan Reineckes Darstellung der Neuen Rechten in UNI-KONKRET 2/95 (»Machtfaktor? Medialer Hype?«) als »selbsternannte Avantgarde auf der Suche nach einem Betätigungsfeld« und als »virtueller Medienhype« folgt einem verbreiteten Muster feuilletonistischer Ignoranz. Die Neue Rechte wird isoliert und exotisiert. Daß dazu kein Anlaß besteht, zeigen die Debatten um den 8. Mai

Glaubt man den Apologeten des neuen Deutschland, so kommen die zivilisatorischen Potentiale der Bundesrepublik seit 1989 erst richtig zur Geltung. Der ehemalige »Pflasterstrand«-Autonome Reinhard Mohr konstatiert in der »FAZ« (9.6.95) eine »neue deutsche Normalität«, die aber gerade nicht in der Aggression gegen das Ausland und die Ausländer liege. »Gegen manchen Augenschein, auch angesichts der rechtsextremen Gewalttaten der vergangenen Jahre, hat sich eine zivile Normalität im Wortsinn eingebürgert ... nicht dumpfe Geschichtsvergessenheit, sondern disparate Gegenwärtigkeit ist ihr vorherrschendes Kennzeichen.« Sein Kollege Joscha Schmierer, der von Mao bis Kohl immer schon auf der Seite der Sieger stand, kritisiert die ursprüngliche Orientierung der Neuen Linken an den Verlierern der Geschichte – von Pannekoek bis Adorno, die ihnen den Blick auf die zivilgesellschaftlichen Prozesse der BRD verstellt habe. »Die Gesellschaft ist inzwischen ›kontingenztolerant‹ und politikabstinent« (»Kommune« 4/95).

Wo es so zivil zugeht, hat sich wohl auch Stefan Reinecke in seinem Beitrag »Machtfaktor? Medialer Hype?« für UNI-KONKRET 2/95 gedacht, da kann die sogenannte Neue Rechte nur noch als Kuriosum oder als Medienprodukt abgehandelt werden. Denn: »Nicht umsonst spielt sich der ganze Zauber im Feuilleton ab. Er interessiert unter Aspekten der Macht niemand« (Schmierer). Daß der liberale Antifaschismus so ein Gedöns um die Neue Rechte macht, ärgert Reinecke, und er hat recht damit, nur ganz anders, als er meint.

Anstatt die totalitarismustheoretischen Kategorien eines liberalen Antifaschismus zu kritisieren, dessen Interesse hauptsächlich darin besteht, eine extremistische Peripherie von der demokratischen Mitte der Gesellschaft klar abzugrenzen, dreht er sie nur um. Wo der staatstragende Antifaschismus gefährliche Drahtzieher am Werk sieht, die den freiesten Staat auf deutschem Boden unterwandern wollen, da nimmt Reinecke, in derselben reduktionistischen Fixierung auf Zitelmann und Konsorten, nur jämmerliche »Papiertiger« jenseits der relevanten Diskurse der Macht an. »Was ist neu an der Neuen Rechten?« fragt er sich und entdeckt die Distanzierung von der altrechten Nazinostalgie und den neorassistischen Ethnopluralismus als Elemente der Modernisierung rechter Ideologie. Tatsächlich kritisierten Ethnopluralisten wie z.B. Henning Eichberg in den 70er und 80er Jahren die Rassenhierarchie der Nazis und proklamierten eine gleichberechtigte Pluralität der Kulturen, die sich gut mit linkem Befreiungsnationalismus und alternativem Kulturalismus vertrug. Der historische Faschismus erschien in dieser Optik nur als Unterabteilung des »industriegesellschaftlichen Kolonialsystems« (Eichberg), dessen Zentrum nicht in Deutschland, sondern in den USA liege.

Ein solches Konzept ist mit der Radikalisierung nationalistischer Staatspolitik seit 1989 und dem Niedergang der Neuen Sozialen Bewegungen bzw. ihrer Integration in den nationalistischen Konsens jedoch obsolet geworden. Die »Junge Freiheit« als informelles Zentralorgan der Neuen Rechten hat diese Entwicklung längst nachvollzogen. Das bis Mitte 1993 unter der Leitung des Nationalrevolutionärs Stefan Ulbrich stehende Ressort »Ethnopluralismus« wurde in »Nationalitätenfragen« umbenannt, der Schwerpunkt liegt wieder auf deutscher Volkstumspolitik in Osteuropa. Der Staat als Entscheidungsinstanz darüber, »wer dazugehören soll und wer nicht« (Konrad Adam, »FAZ«, 7.6.95), ist wieder ins Zentrum auch der neurechten Debatte gerückt. Denn der positive Bezug auf deutsche Kultur allein genügt nicht, wenn er nicht mit einer Rehabilitierung der Geschichte staatlicher Herrschaft in Deutschland verbunden wird. Der Apologie traditioneller deutscher Großmachtpolitik stehen jedoch die NS-Verbrechen im Wege. Das deutsche Identitätsproblem ist auch das der Neuen Rechten: »Wenn die deutschen Ideale durch Auschwitz nicht verraten, sondern in Auschwitz ihre Erfüllung gefunden haben, dann erscheint jeder Rekurs auf dieses Potential ausgeschlossen« (»JF« 14/95).

Die »Junge Freiheit« übernimmt in dieser Frage inzwischen selbst die Aufgabe, zwischen Gut und Böse zu trennen, um sich fit für das Aufmischen der Zivilgesellschaft zu machen. Die neue parteipolitische Option FDP zwingt auch die »JF« zu einem offensiven Bekenntnis gegen den Nationalsozialismus. Die Generallinie wurde rechtzeitig vom Chefredakteur persönlich vorgegeben: Am 17. Februar schrieb Dieter Stein, daß »eine junge deutsche Rechte einem verheerenden Irrtum erliegen würde«, wenn sie sich durch Leugnung der Judenvernichtung »zum Konkursverwalter des Nationalsozialismus und seiner Untaten machen läßt und ihr politisches Schicksal an Entlastungsversuche des NS-Terrors knüpft«. Das Dritte Reich solle nämlich, so Stein, nicht das »letzte Wort der deutschen Geschichte« gewesen sein, und einem »nationalen Anspruch« stünden Holocaustleugner im Wege. Gleichzeitig wird eine »Einordnung« des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte verlangt und Nolte als Vorbild vorgeschlagen: Der leiste diese Historisierung im Gegensatz zu Armin Mohler, weil er den Nationalsozialismus in die Geschichte eines »europäischen Bürgerkriegs« integriere.

Nach diesem Muster exportiert der »JF«-Autor Schüßlburner die Shoah als angloamerikanische Tat ins feindliche Ausland, indem er behauptet, daß der Hitlersche Antisemitismus nur ein Versuch war, die Rassentrennung der USA mit dem englischen »sozialistischen Darwinismus« zu verbinden und noch zu übertrumpfen, und somit keineswegs deutsch gewesen sei (»JF« 44/94). Der leicht depressive Chefideologe der »jungen Rechten«, Roland Bubik, ordnet in diese Linie »die totale Niederlage« der Deutschen am 8. Mai 45 ein: Der Nationalsozialismus habe seine Wurzeln »geographisch außerhalb Deutschlands« gehabt, und der »perfide« Ideenklau bei der »Konservativen Revolution« sei eine einzige Unverschämtheit gewesen (»JF« 14/95).

Die Hauptdifferenz zwischen solchen Verschwörungstheorien und der nationalen Ideologieproduktion von Regierung und Medien besteht in der anderen Relation von Mittel und Zweck. Zitelmanns neuer Hoffnungsträger Nationalliberalismus ist eben nur eine Option für die Neuformulierung eines nationalen Konsenses. Denn die Nationalliberalen sind »eine Minderheit, nicht jedoch eine Randgruppe« (Eckhard Fuhr, »FAZ«, 7.6.95). Wolfgang Schäuble empfiehlt »diskussionswürdige Argumente« der Neuen Rechten für harte Zeiten, wenn »die schiere Vernunft allein nicht ausreicht, um auftauchende Mühsal zu akzeptieren und zu bewältigen«. Sein Identitätsangebot ist nur pragmatischer: »Ich nehme alles an Gemeinschaft, was ich kriegen kann: Werte, Familie, Tradition und die Nation« (»SZ«, 28.12.94). Auch Schäuble weiß jedoch, daß im vereinten Deutschland die Verpflichtung der Bürger auf nationale Identität als Schnittstelle, »wo sich das Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Gewaltmonopol des Staates verbindet«, nicht hinter dem von der Postlinken vor kurzem noch so gefeierten Patchwork der Communities verschwinden darf.

Die Differenzen zur Neuen Rechten sind strategischer, nicht prinzipieller Art. Panajotis Kondylis, »Criticón«- und »Junge Freiheit«-Autor, wirft ihr in der »FAZ« nationalistische Nabelschau vor, da sie in ihrem intransigenten Antiamerikanismus nicht erkenne, daß für die Erringung der deutschen Hegemonie in Europa die Unterstützung der USA unentbehrlich sei, »so wie ihre Interventionen in der Vergangenheit dieselbe zweimal verhindern konnten« (»FAZ«, 27.4.94). Dies ist auch die Position des »größten Historikers Deutschlands« (»Bild«), Arnulf Baring, dem sein Atlantismus als Differenz zu neurechtem Antiamerikanismus zugute gehalten wird.

Und während Zitelmann und Co. nur empört und beleidigt auf jeden Widerstand gegen ihren Aufruf »Gegen das Vergessen« reagierten, konzentrierte sich der »FAZ«-Kommentator Fuhr in seiner Verteidigung desselben auf die Herausarbeitung der Hohlheit des liberalen Gegenstandpunkts. »Diejenigen, die die Deutschen jetzt ausschließlich befreit sehen möchten, legten bislang Wert darauf, daß die Nationalsozialisten nicht wie eine Räuberbande von außen über die Deutschen gekommen seien, sondern aus ihrer Mitte. So war es ja auch« (»FAZ«, 12.4.95). Eine Position, die dies leugnet, um die Befreiung der Deutschen feiern zu können, bewegt sich selbst schon auf nationalistischer Basis und versucht, die Deutschen zu gewinnen, indem sie sie zu Antifaschisten umlügt.

Jenseits des vordergründigen Streits zwischen der »Gegen das Vergessen«- und der »Die Freiheit hat Geburtstag«-Fraktion ist die allgemeine Übereinstimmung in Fragen von Geschichte & Identität unübersehbar geworden: »Die Daten rund um den 8. Mai, vom Konzentrationslagerterror über Wehrmachtsverbrechen bis hin zu Bombennächten und Entnazifizierung, alle diese Geschehnisse wurden der offiziellen Politik entrissen – und dies mit einer Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit, wie es niemals zuvor in den letzten 50 Jahren gewesen war«, schreibt Anita Kugler in der »Taz« (10.5.95). Besonders freut sie, daß nicht mehr der rote Großvater erzählt, sondern die 68er endlich dem braunen zuhören und, durch »Lebenserfahrung und Wissen« milder geworden, selber »in Tagebüchern und Fotoalben« kramen, »ohne gleich zu moralisieren«. »Dieses Niveau ist nicht rückgängig zu machen.«

Das findet auch Dieter Stein: »Vielleicht ist der Tag ein Anlaß, um im Familienkreis Erinnerungen aufzufrischen, in Fotoalben zu blättern und Eltern und Großeltern zu fragen, wo sie den Tag des totalen Zusammenbruchs erlebt haben« (»JF« 18/95). Die Linie der »JF« ergänzt sich wiederum hervorragend mit Arnulf Barings Totalitarismustheorie neuer Prägung aus der »FAZ« (3.5.95): »Terror im Vergleich ... Bilder aus Schreckenszeiten – Kolyma und Auschwitz, Hiroshima und Verdun«. Wolfgang Schäuble übertrifft mit seinem Lob des Endkampfs der Wehrmacht im Osten sogar noch die Aussagen von »Gegen das Vergessen«. Daß sein Name nicht unter dem Aufruf steht, gegen den er inhaltlich gar nichts einzuwenden habe, ist keine bewußte Abgrenzung. »Ich bin gar nicht gefragt worden.« Wer nun die »kulturelle Hegemonie« in dieser »offenen Mediengesellschaft« (Reinecke) hat, ist tatsächlich fraglich, aber auch unerheblich, wo es nichts mehr zu streiten gibt.

Die Distanzierung der Regierungspolitik und ihrer Medien von Personen, Parteien oder Diskursen der Neuen Rechten findet praktisch nur noch auf der Ebene der politisch-organisatorischen Konkurrenz statt. Sie legitimiert den realen Rechtsruck der Gesellschaft und schafft gleichzeitig ein imaginäres Anderes als Korrektiv der vermeintlich dekadenten Demokratie. Konrad Adam formuliert in seiner Eloge auf den Nationalliberalismus die in jedem bürgerlichen Nationalstaat (und in der postfaschistischen BRD sowieso) schon angelegten Tendenzen zur negativen Aufhebung der kapitalistischen Konkurrenz im Staatsnationalismus als Kampfprogramm gegen einen vermeintlich entarteten Liberalismus in der bundesdeutschen Politik: Der Staat »muß von seinen Bürgern verlangen, daß sie im anderen mehr erkennen als das Wirtschaftssubjekt oder den Produktionsfaktor, mehr als den Konkurrenten, den Ungenossen oder den Feind. ... Das

Grundgesetz gilt eben nur im nationalen Rahmen, so daß der Verfassungspatriotismus, das neue Glaubensbekenntnis aller guten Deutschen, am Ende immer wieder auf den herkömmlichen Patriotismus hinauslaufen muß« (»FAZ«, 7.6.95).

Die aufgekratzten Normalitätsdiskurse der zum nationalen Liberalismus bekehrten Linken ein Jahr nach dem Asylkompromiß und kurz vor dem ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr erinnern hingegen an die Erfindung der Zivilgesellschaft Ende der 80er Jahre, als das Alternativmilieu endgültig die BRD zu seinem Staat machte, um das rot-grüne »Reformprojekt« einzuleiten. Daraus wurde nichts, und bekanntlich haben sich seit 1989 der deutsche Staat und seine Zivilgesellschaft von Rostock bis Mannheim nicht sehr freundlich gezeigt. Diese Tatsache darf aber nicht ausgesprochen werden, wenn das Modell Realpolitik nicht in Frage gestellt werden soll. In der Zivilgesellschaftsideologie ist für intellektuelle Neofaschisten kein Platz vorgesehen; der Markt der Diskurse selbst sei schließlich eine zivile Einrichtung und nicht das Regulativ, das seit 1989 eine nationale Grundhaltung voraussetzt, wenn man um einen Platz an der Mediensonne kämpft.

Die etwas altbackene Form des neurechten »Kulturkampfs« gilt dem neodemokratischen Feuilleton schon als Garant dafür, daß sich dessen Inhalt nicht durchsetzen kann. Eine historische oder aktuelle Realität, die dem Sprechakt vorausgeht, kann und darf nicht mehr wahrgenommen werden. Gesellschaftskritik schrumpft auf idealistische Diskursanalyse zusammen. In ihrer Projektion gesellschaftlicher Machtverhältnisse auf die neutrale Ebene des Kulturkampfs wissen sich der etablierte Konservatismus, die Neue Rechte und ihre virtuellen Gegner einig: »Souverän ist in der Mediendemokratie, wer über den Auslegungszustand der politischen Begriffe verfügt« (Ulrich Schacht). Nur so ist es möglich, daß Linksliberale ihre Gelehrtenrepublik mit der gesellschaftlichen Realität verwechseln, während Rechte sich von einer »Deutschen Ordnung« antifaschistischen Typs verfolgt wähnen.

Die Neue Rechte ist weder die verfolgte Avantgarde in spe, die sie gerne wäre, noch der Drahtzieher der faschistischen Unterwanderung der Demokratie, sondern vielmehr Stichwortgeber nationaler Sinnstiftung in Deutschland. Ihr hegemoniepolitischer Opportunismus macht sie zum Gradmesser für den Stand der autoritären Formierung in der BRD. Der »last exit FDP« (Reinecke), den Zitelmann und seine Freunde vorläufig genommen haben, hat ihnen immerhin die Anerkennung als »demokratische Rechte« und unverzichtbarer Bestandteil des deutschen Liberalismus eingebracht.

Jochen Baumann und Andreas Benl sind Mitarbeiter des Projekts für Faschismusforschung an der FU Berlin

Konkret 08/95, S. 44

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Intro

Wer je gezweifelt hat, ob »Kunst & Gewerbe« – Titel dieser Seiten – geeignet seien, die Kustode für die hierzulande ebenso effektvoll wie effektiv ein jedes Kunstgewerbe in den Schatten stellende Kulturbetriebsamkeit abzugeben, ist in den letzten Tagen womöglich in einer Weise von der Weisheit der Redaktion überzeugt worden, welche die bislang aus rein marktwirtschaftlichen Gründen angepeilte Leser-Blatt-Bindung bei diesem Teil der Leserschaft feudale, ja religiöse Züge annehmen lassen sollte. Dabei mag es Zufall sein, daß die Reichstagsverhüllung, der Streit ums Holocaust-Denkmal, die Love Parade sowie, diese Ereignisse unter »medizinischen, psychologischen und gesellschaftlichen Aspekten« beleuchtend, die Neuerscheinung des Büchersommers – *Wechseljahre für Fortgeschrittene* – um die gleiche Zeit Aufmerksamkeit erheischen – , indes dürfte solcherart zufällige Konstellation nach alter Regel das Notwendige zur Erscheinung bringen. Sozusagen regierungsamtliches Gewicht erhält diese Erwägung durch den Umstand, daß der Kanzler der Deutschen, der nach offiziöser Geschichtsschreibung schon vor fünf Jahren einer der wenigen gewesen sein soll, die die Zeichen der Zeit erkannt haben, nun wieder einer der wenigen ist, bei denen es richtig tickt: Weder die Reichstagsverhüllung noch das siegreiche Wettbewerbsmodell des HolocaustDenkmals wollte er sehen, in die Love Parade hat er sich nicht eingereiht, und daß der weitsichtige Staatsmann in dem im Verlag für Akademische Schriften erschienenen Buch *Wechseljahre für Fortgeschrittene* Rat suchen wird, ist nicht zu erwarten. In dieser Hinsicht immerhin haben die Deutschen ein Regierungsoberhaupt, das sie nicht verdienen.

Kraftwerk der Phantasie

Das »größte Kunstereignis des Jahrhunderts« – so Berlins Kultursenator Rohloff-Momin über die ingenieurdiplomreife Reichstagsverhüllung – hat, wie richtig kalkuliert worden ist, Heerscharen von Kunstereignis-des-Jahrhunderts-Touristen in den Bannkreis gezogen. »5 Millionen Menschen kamen, tanzten, sangen, schmusten. Kunst oder nicht – keiner hat mehr danach gefragt«, resümierte »Bild«. Offenbar ein anderes Verhüllungspublico hat der »Tagesspiegel« ausgemacht. Die paar Stofflappen um des Reichstags Fassade hätten »ein Kraftwerk der Phantasie ans Netz« gehen lassen. Kunst oder nicht: Diese Diskussionen würden »in der von Christos Verhüllungs-prinzip völlig beherrschten Berliner Baustellenlandschaft, inmitten von Kränen und abgespannten Folien, mit größter Leidenschaft geführt«.

Wem glauben angesichts derartiger, Pluralismus und Pressefreiheit so nachdrücklich bestätigender Meinungsverschiedenheiten? Ohne einen Tapeziertisch,einen eigenen, ist die ominöse Frage wohl nicht zu klären. Die Künstlergruppe »Künstlerische Kreativität« jedenfalls hat anläßlich der Reichstagsverhüllung »alle Berliner und auswärtigen Gäste« eingeladen, ihren eigenen Tapeziertisch – »ein Symbol der Bürgerbewegung: Bringen Sie Ihren Tisch mit, Ihre Meinung, Ihren Mut« zum Reichstag zu karren, um dort gemeinsam »einen langen Frage-und-Antwort-Tisch aufzubauen«. Die womöglich ernstgemeinte, indessen von niemandem ernstgenommene Aktion »Tausend Tapeziertische vor dem Reichstag« (T.T.T.) beabsichtigte, »in spielerischer Art und Weise ... kreative und fachliche Potentiale« zusammenzuführen, die am »1. Juli 1995 (2061 Tage nach dem Fall der Mauer)« einmal keine Tapetenrollen ausrollen, sondern statt dessen die »Herausforderung übernehmen, entstandenes Bewußtsein weiterzutragen, d.h. durch Lösung und Auflösung von gedanklichen Räumen, Grenzbereiche nach unterschiedlichen Ebenen der Zeit und der Entwicklungsabläufe in Zeiträumen zu reduzieren oder gänzlich aufzulösen«. Wie der Tapetenkleister im Wassereimer, so löst sich wohl das meiste auf: durch Auflösung. Und inder Tat hätte das durch Christos Aktion in die Welt gesetzte Frage-und-Antwort-Palaver am besten vor Ort, am Tapeziertisch unter der Deutschlandfahne, ausgetragen werden sollen. Das »Ziel« der kreativen Gruppenkünstler – »Grenzräume – Toleranzräume« zu begrenzen und zu tolerieren und am Ende wieder zu räumen – wäre sicher erreicht worden, ebenso das »Anliegen«, bei dem »überlagerte Spannungen und Erinnerungen, die in ihrer Struktur die Sehnsucht nach Klärung innerer Widersprüche beinhalten und auch Riße (!) des Menschen zur Gesellschaft klären, ... bewältigt werden«.

Allein, Kunst ist nicht nur heiter, sondern auch vergänglich, Christos Jahrhundertkunst insbesondere, wobei der temporäre Charakter seines Projektes stets die »darin beschlossene Vergänglichkeitsmahnung mitzubedenken« (»Tagesspiegel«) anheimstellt. Auch das Leben ist kurz und stellt anheim, darin beschlossene Vergänglichkeitsmahnungen mitzubedenken, wozu offenbar das Buch *Wechseljahre für Fortgeschrittene*, das man, wie aus der Ankündigung des Verlages für Akademische Schriften hervorgeht, »an beliebiger Stelle aufschlagen kann«, reichlich Material, nämlich einen »Fächer aus Tatsachen, Wissen und Reflexion«, bietet. In der Kunst wie im Leben gibt es »Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Älterwerden«. Fortgeschrittene im »Christo-Fieber« oder inden »Wechseljahren« – Frauen und Männer – nehmen diesen Vorgang aber erst als Erfahrungswert, wenn sie darin Einbeschlossenes nicht nur mitbedacht, sondern auch gefühlsmäßig

nachvollzogen haben: »Erst wenn Menschen – Frauen und Männer – diesen Vorgang gefühlsmäßig nachvollziehen, wird er zum Erfahrungswert.«

Platte für Deutschland

Naturgemäß, so ist man versucht zu denken, tun sich die Deutschen schwer, in ihrer Hauptstadt ein nationales »Holocaust-Denkmal« zu plazieren, das sie nicht wollen. Der siegreiche Wettbewerbsentwurf der Künstlergruppe um Christine Jackob-Marks, der eine Grabplatte mit den Namen der 4,2 Millionen ermordeten Juden vorsieht, ist inzwischen Anlaß einer weiteren Gedenk-Debatte geworden, die zunächst einmal eine Verschiebung der Entscheidung darüber, an welchem Monument sich das nationale Gedenken aufrichten soll, bewirkt hat. Nicht nur dem Kanzler ist die monumentale Grabplatte zu monumental – für den Vorsitzenden der Jury, die die Denkmalentwürfe auswählte, Walter Jens, eine »nationale Schande«. Simon Wiesenthal bezweifelt, daß überhaupt 4,2 Millionen Namen von ermordeten Juden bekannt sind. Was tun? Alle Juden noch einmal antreten und einen Zählappell durchführen lassen, was doch eine typisch deutsche Lösung wäre, ist nach Lage der Dinge nicht möglich.

Daß die wie immer vollständige Addition von Namen auf einer schiefliegenden Grabplatte im Grunde jenen banalen Verwaltungsakt aufzunehmen scheint, der die Shoa möglich gemacht hat, und daß nun allen Opfern mittels Namensnennung gedenkmäßig eine Art Gerechtigkeit widerfahren soll – vergast, doch aktenkundig – , daß dies als »nationale Schande« erkannt würde, ist weder von Walter Jens noch sonst einem Gedenkbeauftragten zu gewärtigen.

Lea Rosh jedenfalls rechtfertigte den Entwurf von Frau Jackob-Marks mit der nun wahrlich decouvrierenden Bemerkung, auch der Holocaust sei »gigantisch und monumental« gewesen. Nach der Logik dieser Sinnesart müßte das Deutschland von heute wieder vollständig die faschistische Diktatur inklusive Vernichtungskrieg und Besatzungsterror praktizieren, um ein adäquates Gedenken zu ermöglich. Auf diese Weise wäre auch, durchaus begrüßenswerter Nebeneffekt, der Erhalt der gegenwärtig dem Verfall preisgegebenen Konzentrationslager gewährleistet. Warum Künstler Besinnungsattrappen entwerfen lassen, wenn ihr Einsatz im Arbeitsdienst der Erinnerung viel besser auf die Sprünge helfen könnte?

Offen gesprochen

Schleichwerbung für ein Buch zu machen, dessen Lektüre »die Selbstwahrnehmung, älter zu werden«, befördert, ist vielleicht das beste Mittel, von ihm abzuraten – doch eines dürfte auch gewiß sein: Eher kommen wir in die Wechseljahre und schreiten darin fort, als daß ein Kunstgewerbe-Aufsichtsamt sich des Vorstehenden annimmt und das »Überangebot an Information auf Handfestes überprüft« wie diese an jeder Stelle aufschlagbare Neuerscheinung. »Es wird Zeit«, schließt eine bereits in der »Frankfurter Rundschau« veröffentlichte Rezension, »daß auch beim Thema Wechseljahre endlich offen gesprochen wird.«

Konkret 08/95, S. 45

Michael Scharang

Die Antwort

Für Ernst Jandl
zum 70. Geburtstag

Ist
wie Sie reden
deutsch?

Wir jedenfalls
reden anders.

Statt Erdäpfel
pflegen Schlagobers
wir zu sagen
statt Karotten
Paradeiser nämlich.

Auch ist zum Glück
das Von
bei uns verboten.

Von Quark deshalb
kann nicht die Rede sein.
Wir reden Topfen.

Das ist
wie jedes Landeskind
gelernt hat zu erklären
österreichisch.

(abgedruckt in Rubrik » Kunst & Gewerbe «)

Konkret 08/95, S. 46

Regina Behrendt

New York, New York

Brigitte Reimann, Hoyerswerda und die Architekturdebatte in der DDR – Fragmente einer Sprache der Plattenbauweise

Hoyerswerda 1962: Die Architektin Franziska L. wird ihrem ausscheidenden älteren Kollegen vorgestellt. Die Baustelle Hoyerswerda ist ihr zukünftiger Arbeitsplatz:
»Was Sie hier sehen, meine junge Freundin, ist die Bankrotterklärung der Architektur. Häuser werden nicht mehr gebaut, sondern produziert wie eine beliebige Ware, und an die Stelle des Architekten ist der Ingenieur getreten.«
»Und wer ist der Bauherr?«
»Das Volk – jetzt!« antwortet Schafheutlin, der verantwortliche Architekt.
»Das Volk. Verzeihen Sie, lieber Kollege, das ist Lyrik.«

Hoyerswerda 1963: Ein Straßenrinnsal tief, tief unten am Grunde einer Stahlbetonschlucht. »Manhattan?« »Nein. Moskau«, sagte Franziska. »Kennen Sie Moskau?«
»Küchen werden abgeschafft«, sagte sie. »Das Haus der Zukunft. Großküchen. Ein Restaurant im 20. Stock.«
»Familien werden auch abgeschafft«, sagte Franziska.
»Kleinbürgerlicher Radikalismus«, sagte Trojanowicz.
Brigitte Reimann: *Franziska Linkerhand*

Im Dezember 1991 steht Hoyerswerda, die Stadt, die zu DDR-Zeiten vor allem durch ein riesiges Braunkohlekombinat geprägt war, in allen Schlagzeilen: Fast drei Tage lang terrorisieren 600 Deutsche ein Wohnheim für mosambikanische und vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter – mit Ketten, Baseballschlägern und Flaschen, mit Pflastersteinen und Molotowcocktails. Erst am 3. Tag bietet die Polizei eine Hundertschaft zum Schutz des Heimes auf. Während in den Medien das Ereignis hämisch (»im Osten gibt es mehr Gewalt«) und von Linken entsetzt kommentiert wird, taucht plötzlich in beinahe jeder – bürgerlichen wie linken – Beschreibung das Wort »Plattenbau« auf: Faschistische Aktivitäten, rassistische Überfälle – in der Ex-DDR scheinen sie mit der Plattenbauweise ursächlich zusammenzuhängen.

Dieser Verknüpfung einer spezifischen Architektur mit faschistischen Pogromen setzten auch Linke, die später in Rostock-Lichtenhagen gegen die rassistischen Angriffe demonstrierten, nichts Nennenswertes entgegen. Ihr Abscheu vor den Neubaugebieten der DDR aber zeugte nicht nur von einer Unreflektiertheit gegenüber der ei-genen »westlichmetropolitanen« Lebens- undSichtweise, er entsprach auch der von den Westmedien propagandistisch ausgemalten Atmosphäre von grauen Häuserzeilen, Stasispitzeln und Thüringer Rotwurst, mit der schließlich die politisch konsensfähige Aussage »Die DDR war ein KZ« unterlegt wurde.

Die Wahrnehmung von Kunst und Architektur vollzieht sich im Kontext bestimmter sozialer Diskurse und Praxen. Die Komplexität moderner Architektur, die Form & Funktion, Symbol & Zweck, Technik & »Ideologie« umfaßt, entzieht sich einer Betrachtung, die glauben (machen) möchte, Bauwerke entstünden in einem sozialen Vakuum. Bauherrenschaft, politischen Zweck und diskursiven Zusammenhang zu hinterfragen, ist schon deshalb wesentlich, um zu erklären, warum bestimmte Formen für eine bestimmte Zielsetzung gewählt wurden und welche Bedeutungen sie haben. Westdeutsche Linke, die in mehr oder weniger gut ausgestatteten Altbauwohnungen und Szenevierteln leben und von dort aus die Plattenbausiedlungen des Westens, wenn überhaupt, mit sozialarbeiterischem Blick betrachten, zeigen nur, daß sie ästhetisch und emotional ebenso an »ihre« Gesellschaft gebunden sind wie die Menschen der DDR, die die neuen Wohnungen damals als Errungenschaft und Sieg der Arbeiterklasse feierten.

Die industrielle Bauweise, die den Stil der neuen, geplanten Städte prägt, mobilisierte im gesellschaftlichen Kontext der DDR der 60er Jahre Ideen der sozialen Veränderbarkeit, der Schaffung neuer Räume in einer neuen Gesellschaft: Hochhäuser entreißen den Menschen dem mühseligen, erdverhafteten Dasein; nie wieder wegen ein paar armseliger Kartoffeln auf allen Vieren rumkrauchen (vielleicht auch: nie wieder im Schützengraben?). Das industriell gefertigte Hochhaus gilt mitsamt der neuen Fernheizung ein für allemal als Zeichen des Stadtlebens und der Industriearbeit als vorherrschender Lebensform.

Der Blick aus der BRD auf den Wohnungsbau der DDR aber ist nicht vom Kontext des Kampfes gegen einen Staat zu trennen, der proklamierte, er sei ein Staat der Arbeiterklasse. Auch damit hängt zusammen, daß den DDR-Plattenbauten durchaus vergleichbare Siedlungen in den USA, England oder Westdeutschland selbst (etwa die Hamburger Großsiedlung Osdorfer Born) hierzulande seit den 80er Jahren gelegentlich zwar »problematisiert« worden sind, daß über sie aber niemals das vernichtende Urteil gefällt wurde, sie produzierten faschistische Verhaltensweisen.

In Brigitte Reimanns Roman *Franziska Linkerhand* (1974 in der DDR und drei Jahre später in Westdeutschland erschienen) wird anhand der Erlebnisse einer jungen, streitbaren Architektin die Entstehungsgeschichte von Hoyerswerda beschrieben, der ersten Stadt der DDR, die vollständig aus industriell gefertigten Bauteilen errichtet wurde. Reimann, die als Schriftstellerin tageweise auch im Braunkohlenkombinat »Schwarze Pumpe« in Hoyerswerda arbeitete, beschreibt in ihrem Roman und den zehn Jahre nach ihrem Tod (1983) veröffentlichten Tagebüchern und Briefen ihre Zerrissenheit zwischen idealistischem Anspruch (»Schöne Häuser für Menschen mit schönen und noblen Gedanken«), der Suche nach neuen, sozialistischen Lebensformen, die vor allem die kleinbürgerlich beschränkte Orientierung auf die Familie aufheben sollten, und ihrem Verständnis für die ökonomischen Bedingungen des Wohnungsbaus: Immerhin wurden, nachdem die Grundzüge der Industrialisierungspolitik einmal festgelegt waren, allein in Hoyerswerda für 50.000 Menschen, vorwiegend Beschäftigte des Kombinats, Wohnungen binnen kürzester Frist benötigt. Auf Beschluß der SED sollte die Wohnungsfrage vor allen anderen sozialen Fragen vordringlich gelöst werden.

*

Aus dem Tagebuch von Brigitte Reimann: *12.9.59: Vorige Woche waren wir in Hoyerswerda, wir fuhren auf gut Glück, um dem albernen und fruchtlosen Briefwechsel ein Ende zu machen. Hoyerswerda ist überwältigend, das Kombinat von einer Großartigkeit, daß ich den ganzen Tag wie besoffen herumlief. Beschreibungen will ich mir hier versagen; Hoyerswerda und das Kombinat werden noch oft genug – falls dies literarisch überhaupt zu bewältigen ist – in Erzählungen oder sogar in einem Roman auftauchen. ... Man fuhr uns den ganzen Tag in der Neustadt herum; ich war bezaubert von den bunten Wohnblocks, von dem gewaltigen Bauvorhaben begeistert. Eine schöne, moderne Stadt wächst hier, und ich werde ihr beim Wachsen zusehen ...*

12.1.60: Jetzt fühlen wir uns schon ein bißchen besser hier; man gewöhnt sich ja so rasch an eine neue Umgebung; und unsere Wohnung ist wirklich sehr hübsch, und am angenehmsten ist die Fernheizung. ... Von unserem Küchenfenster aus können wir eine Straße entlangblicken und zusehen, wie das Haus am Ende der Straße buchstäblich von einem zum anderen Tag um ein Stockwerk wächst. Natürlich wird nur mit Großplatten und Kränen gearbeitet. Es ist schon eine tolle Stadt – wenn sie bloß nicht so weit weg wäre von Burg...

13.1.60: ... nächtens fotografieren wir unsere Wohnung. Dan ist so stolz auf sie und möchte die Bilder an seine Eltern und Geschwister schicken, damit sie sich überzeugen können, daß man nicht nur im Westen modern baut, sondern auch das »arme Reich des Ostens« – wie sein Bruder es nennt – was zu bieten hat. Heute kommt hoffentlich der Mann mit dem Nagel-Colt, um uns die Haken für Bilder und Spiegel in die Wände zu schießen. Bis jetzt haben wir noch nichts aufhängen können, kleinere Nägel will Dan selbst eindübeln, und er wird es bestimmt schaffen. Dan hat sich durch die Arbeit wieder die Handgelenke ruiniert. Wir beschimpfen uns jeden Tag wegen der blödsinnigen Idee, als armselige kleine Wracks in einen industriellen Schwerpunkt zu marschieren. Ihr müßtet mal die Tiefbau-Athletinnen sehen, die in unserer Straße schippen. Die pusten uns glatt um.

*

In Reimanns Hoyerswerda-Roman fühlt sich die Architektin Franziska Linkerhand von ihrem Lehrmeister und Mentor Reger verraten und mit dem Problem alleingelassen, neue ästhetische und soziale Maßstäbe mit den ökonomischen Vorgaben des Massenwohnungsbaus in Übereinstimmung zu bringen. Dieser Roman-Mentor ist in der Realität der im Januar 1995 verstorbene »Ex-Chefarchitekt« der DDR, Hermann Henselmann, gewesen, mit dem Brigitte Reimann eine heftige, freundschaftliche Auseinandersetzung führte. Henselmann war einer der wenigen Architekten der sogenannten radikalen Moderne, die nach 1945 in der DDR arbeiteten – die vielen vor den Nazis geflohenen Bauhaus-Architekten blieben zumeist in den USA. Henselmann hatte sich in den 20er Jahren ästhetisch am puristischen Stil Le Corbusiers orientiert – in den 30er Jahren baute er im Geiste der Avantgarde kleinere Familienhäuser in der Schweiz. Nach 1945 wollte Henselmann in der DDR als Direktor der Weimarer Hochschule für Baukunst und bildende Kunst sowie als Leiter des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst eher an den Ideen der klassischen Moderne als an denen des *Neuen Bauens* (Verzicht auf historisch ableitbare Formen) anknüpfen. Mit den Bauten des Hochhauses an der Weberwiese und vor allem der Stalinallee setzte sich in der DDR vorübergehend ein klassizistischer Stil durch, der sowjetischen Vorbildern entsprechen sollte (Schmuckelemente, Pilaster und Balustraden). Erst seit 1965 zeigt sich in repräsentativen Bauten wie dem Fernsehturm und dem Haus des Lehrers in Berlin eine Hinwendung zum Funktionalen.

In den ersten Jahren der DDR wurde vor allem im Bereich des Designs lebhaft und kontrovers diskutiert. Es gab – anders als im Westen – eine große Nachfrage nach Programmatik, Auseinandersetzung und Zukunftsplanung. Am Anfang der Designgeschichte der DDR stand das Bauhaus – die Richtung des herben Funktionalismus: »Wir brauchen ein Produkt, das für heute fast die Endform, die letzte Form, das letzte Resultat und die letzte Wahl aus einer ganzen Reihe von Versuchen ist – wir wollen eine letzte Form – eine industrielle Form« (zit. nach: *SED – Schönes Einheits-Design*). Dieses radikale Programm einer »geläuterten Form«, die »erzieherisch« auf die Menschen einwirken sollte, scheiterte aber schon Anfang 1950, als Partei- und Staatsführung eine »Rückerinnerung an die Werte unserer Heimatkunst« forderten. Man sprach sogar

von einem »neuen deutschen Stil«, der Elemente des »heimischen Kunsthandwerks« unters Staatsvolk bringen sollte, dessen Umsetzung aber schnell mit der technisch aufwendigen Produktion in »großer Serie« kollidierte. Anfang der 50er Jahre wiederholte sich so in der DDR, weniger heftig, aber mit denselben Konsequenzen, der Ende der 20er Jahre in der Sowjetunion entschiedene Streit zwischen Avantgardekunst/Moderne und der staatlich geforderten Kunst des »sozialistischen Realismus«, die vor allem den Zusammenhalt des »Vaterlandes« gewährleisten sollte. Die von dem Bauhaus-Architekten Scharoun begonnene Anlage »Wohnzelle Friedrichshain« wurde nicht beendet. Begründung: Der Stil der sogenannten Moderne sei dem Sozialismus abträglich – »formalistisch, konstruktivistisch und kosmopolitisch«. Dementsprechend wurde das Bauhaus schon bald als Ziehschule des »westlich-dekadenten Formalismus« scharf abgelehnt.

Damit war das Dilemma perfekt: Einerseits konnte man aus politisch-ideologischen Gründen nicht unmittelbar an den klassizistischen Stil preußischer Architektonik, in der die Herrschaft eines überwundenen Systems sich ausdrückte, anschließen, andererseits aber schloß die »sozialistische« Kunst, der Klassizismus nach sowjetischem Vorbild, eine überwiegend industrielle Bauweise aus und war damit für die DDR schlicht zu teuer, d.h. er verstieß gegen den Grundsatz der SED »Sozialistisch bauen heißt ökonomisch bauen«. Dieser »pragmatische« Grundsatz, nach dem damals die akute Wohnungsnot bewältigt werden sollte, geriet nun auch ins Zentrum der Architekturdebatte, zumal mit der Einführung von Standardisierungs- und Normierungsverfahren das Bild vom Künstlerarchitekten grundsätzlich in Frage stand. Die unmittelbare Nützlichkeit, die massenhafte Wohnungsbeschaffung vorwiegend für die industriellen Standorte, die das Fundament eines neuen Lebens bilden sollten, wurden bald auch zum Kriterium der Form. So kam es, daß sich in den Bauten zwar nicht die Ideen, aber die Gestaltungselemente der Moderne und des Bauhauses gleichsam hinter dem Rücken der Partei- und Staatsführung durchsetzten: Die industrielle Bauweise ließ sich hervorragend mit den abgelehnten »kosmopolitischen« Stilmitteln des Bauhauses realisieren!

Henselmann, der am Bau der klassizistisch geprägten Stalinallee beteiligt war, die für einige Jahre als Beispiel sozialistischen Bauens galt, mußte schließlich 1963 auf der 7. Plenartagung (»Ideologische Fragen des Städtebaus und der Architektur«) Selbstkritik wegen individualistischer Abweichungen leisten: »Ich habe, das war mir bisher ungenügend bewußt, immer noch zu sehr den Typ eines Architekten vor Augen, der als individueller Projektant Bauwerke schafft. Wenn man sich jedoch den Aufbau der großen Bauindustrie vor Augen hält, wie er sich gegenwärtig vollzieht, wird diese Veränderung auch unser Berufsbild beeinflussen. ... Den Hauptgrund für meine fehlerhafte Haltung sehe ich in der Unterschät-zung des Massenbaus für die Entwicklung der sozialistischen Baukunst, die ich viel zu formal aufgefaßt habe. Aus dieser formalen Einschätzung heraus entstand eine Unzufriedenheit und falsche Einstellung zu dem, was bisher in unserer Republik auf dem Gebiete der Architektur geleistet wurde, und eine Überschätzung (!) dessen, was in den Volksdemokratien gebaut wurde. Ich habe nicht genügend beachtet, daß die Bauten in den Volksdemokratien, die ich als architektonische Leistung schätze, zum großen Teil in herkömmlichen Methoden gebaut wurden, und ich habe nicht genügend die Folgerichtigkeit und Beharrlichkeit, mit der wir in unserer Republik das industrielle Bauen enwickeln und um seine Durchsetzung kämpfen, beachtet.«

Bis heute ist nicht vollständig geklärt, ob nicht schon die Gliederung und Ausstattung der sieben- bis neungeschossigen Bauten der Stalinallee unmittelbar auf den Standard US-amerikanischer Siedlungen der 20er Jahre zurückgeht oder ob sie eher sowjetischen Vorbildern folgt, die während der 30er Jahre ihrerseits nach amerikanischem Muster weiterentwickelt worden waren. Unübersehbar ist jedenfalls, daß in die Architektur der Plattenbauten auch US-amerikanische Einflüsse, die sich mit eigenen »sozialistischen Technikutopien« vereinbaren ließen, eingegangen sind. Anders als im Westen ging es in der DDR nicht von vornherein darum, die »arbeitende Klasse« in normierte Wohnzellen wegzupacken. Es kam zu Auseinandersetzungen, die Brigitte Reimann exemplarisch zur Sprache gebracht hat. Ihre Romanfigur Franziska Linkerhand ist zwischen den Architekten Schafheutlin (im Buch verantwortlich für den Bau von Hoyerswerda), Reger (der sich aus der Massenproduktion heraushält und an repräsentativen öffentlichen Bauten arbeitet) und ihrer eigenen Suche nach Einklang von gesellschaftlicher Vision und architektonischem Ausdruck hin- und hergerissen:

Zwischen zwei Blöcken erblickte man eine kurze gerade Straße und die gleichen Wohnsilos, die gleichen Fassaden, Türen und Dachfirste unter den im diesigen Himmel segelnden Antennen. Kein erleuchtetes Fenster schmückte die stummen Häuserfronten, und als Franziska sich umdrehte, erschien ihr das Restaurant in seinem Dunst von Wärme und Helligkeit so freundlich wie ein dicker Kachelofen, und der Radau, der durch ein offenes Fenster drang, der heisere Gesang wehte über den Anger wie ein bunter Räuberfetzen, gehißt von den Lebenden und von den Nichtschläfern, und sie versöhnte sich mit der bleichen Ludentype, magnetisch angezogen von einer Zuflucht für fröhliche und gesellige Leute inmitten dieser Schlafkammern aus Beton.

»Sie haben vorhin eine abfällige Bemerkung über die Stadt gemacht«, sagte Schafheutlin; er gab ihr Gelegenheit zu leugnen: »Ich kann mich verhört haben.« »Ich sagte: ›Einfach das Letzte.‹« Er ging forsch und gewichtig wie über Deckplanken, er wiegte seinen gedrungenen Körper. »In Zukunft behalten Sie Ihre vorschnellen Urteile bitte für sich. Diesmal will ich noch davon absehen, die Kollegen zu unterrichten, sie würden gekränkt sein, ja, sehr gekränkt ... Wir tun unser Bestes. Erst wenn Sie unsere Probleme in Ihrer Gesamtheit erfaßt haben, können Sie begreifen, warum wir auf

unsere Leistungen stolz sind, auf die erste Stadt, die ausschließlich mit vorgefertigten Elementen und mit Hilfe der modernsten Technik gebaut wird. Für sachliche Kritik sind wir aufgeschlossen, aber wir haben keine Zeit, uns um das elegante und unfruchtbare Geschwätz von Miseretheorien zu kümmern.« Sie schwieg, und er fügte milder hinzu: »Das ist Neuland für Sie, ich verstehe. Bei Professor Reger werden Sie kaum die richtige Einstellung zum industrialisierten und typisierten Wohnungsbau gefunden haben.«

Das mußte ja kommen, Reger und seine Unklarheiten, der Plattfisch hatte nichts vergessen, er war Geist vom Geiste, vielmehr Ungeist der Leute, die Reger angegriffen hatten. »Ich weiß schon, worauf Sie anspielen«, sagte Franziska und blieb stehen, »und falls es Sie interessiert: ich finde die ganze Plenartagung eine Schweinerei, und ich finde, daß Reger in seinem kleinen Finger mehr Verstand und Phantasie hat als alle diese Buchhalter der Baukunst, diese akademischen Formelkrämer, die sich bekreuzigen, wenn sie seinen Namen hören, weil er an ihren Totempfählen rüttelt.« Sie vergaß seine Launen eines eitlen Despoten, die lärmenden Auftritte und ihre eigenen Zweifel an seiner Unfehlbarkeit; sie warf sich mit ausgebreiteten Armen vor ihren Lehrer: »Reger, was denken Sie, der ist doch nicht blind, der protestiert nicht gegen die Idee der Serienproduktion. Aber er hat das Gefühl für Qualität, wie Corbusier sagt, er protestiert gegen die grauenhafte Gleichgültigkeit der Häuserfabrikanten und ihre Selbstzufriedenheit, er spricht über Mängel, prellt zu weit vor und kriegt eins aufs Maul ...« – »... und baut ein Gewandhaus auf«, sagte Schafheutlin. »Er redet, und wir arbeiten, das ist der Unterschied.«

In Reimanns Roman wird auch der Zusammenhang zwischen dem planerischen »Pragmatismus« und dem Einverstandensein mit den tradierten Zuständen thematisiert: *Sie musterte die Möbel, die Schlingpflanzen in pyramidenförmigen Bambusgestellen, die Lampen, dreiarmige Kronleuchter, die unbarmherzig weißes Licht über einen genau in die Zimmermitte gerückten Tisch gossen, und Stehlampen mit roten Seidenschirmen: wo die Gardinen zurückgezogen waren, konnte sie Bilder erkennen, Heide und Hirsche, kolorierte Fotos und bemalte Bastmatten, bleiche Reiher im Schilf ... »Die Hausierer neulich bei uns im Block«, sagte sie, »was nehmen die für so Zeugs?«*

Franziska L. wendet sich gegen die *Geschmacklosigkeit*, den Spießermief, der sich wieder Bahn bricht bzw. neuen Ausdruck findet im Rahmen des sozialistischen Realismus, verbunden mit regionalistischen und kleinbürgerlichen Attributen. Nicht zuletzt das nun beschworene »nationale Erbe« von Luther über Friedrich den Großen bis Bismarck hinterläßt hier seine Spuren. Mit dem Rückgriff auf vermeintlich »progressive nationale Traditionen« und »fortschrittliche Heimatkunst«, die den neuen Staat immer häufiger legitimieren sollten, war auch das Interesse an der Infragestellung und Aufhebung bürgerlicher Lebensformen weitgehend erledigt. Hirschgeweihe und Försterbilder waren der SED letztlich lieber als eine gegenüber der deutschen Beschaulichkeit kritische Ästhetik. Das Angebot der SED an die DDR-Bevölkerung, sich einfach als Nation der besseren Deutschen zu fühlen, durfte nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Möglich blieb die Kritik an der »pragmatischen« Wende im DDR-Wohnungsbau, wenn sie als »konstruktiv« eingestuft wurde. So konnte zum Beispiel Brigitte Reimann 1963 einen Artikel in der »Lausitzer Rundschau« veröffentlichen, der damals viel Aufsehen erregte: *... und gewiß wäre es überflüssig, einen Meinungsstreit zu entfesseln darüber, ob Küssen eine angenehme Beschäftigung ist und verliebte Leute auch in der nüchternsten Straße eine Zuflucht für ihre Zärtlichkeiten finden. In Wahrheit zielte meine Frage, die ich bei der Diskussionsrede im Nationalrat stellte, auf etwas anderes: auf den Mangel an Atmosphäre, an Intimität in unserer Stadt, Hoyerswerda. ... Wir leben in einer Stadt aus dem Baukasten: eine schnurgerade Magistrale, schnurgerade Nebenstraßen, standardisierte Häuser, standardisierte Lokale (man ist nie ganz sicher, in welchem man denn nun sitzt), standardisierte Kaufhallen ... Die Straßen, obgleich nur für Durchgangsverkehr gedacht, sind zudem unpraktisch: sie ignorieren die Erfindung des Autos. Eine Stadt der Typenbauten kann zum Problem werden, denn die Umgebung, die Architektur, prägt das Lebensgefühl des Menschen im gleichen Maße wie Literatur, Malerei, Musik, Produktionsprozeß, Physik und Automation. Das Leben besteht nicht nur aus den 8 Stunden Arbeitszeit. Es gibt kein Theater, kein Kino, es gibt kein Tanzlokal. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß eine Stadt modern wird durch die Freude am privaten Wohnkomfort. ... Eine Zeitlang habe ich mich einer übertriebenen Empfindlichkeit verdächtigt, weil mich die langweiligen Fassaden der Magistrale bedrücken (nein, es macht keinen Spaß, dort entlang zu bummeln, es gibt nicht einmal Schaufenster zu besehen), und weil ich den Ausblick auf eine Kolonne von Müllkübeln und Leinen voll trocknender Wäsche nicht schön finde, der trotz Grünflächen einen Eindruck von kleinstädtischer Enge hervorruft.*

Mit der Standardisierung des Wohnungsbaus war auch in der DDR die Errichtung von hunderttausenden neuen Wohnungen möglich geworden. Weil die SED jedoch maximales Wirtschaftswachstum und »Aufbau des Sozialismus« für das gleiche hielt, kamen aus der Produktivkraftsteigerung im Wohnungsbau keine relevanten emanzipativen Impulse. Ein technizistisch verkürzter Begriff von Produktivkraftentwicklung hatte schon die Vorstellungen der alten Arbeiterbewegung geprägt, und in diesem Sinne organisierte auch die SED, die das Privateigentum an Produktionsmitteln weitgehend abgeschafft und ihren Staatsbürgern soziale Sicherheit per Verfassung garantiert hatte, die Bereitstellung von Massengütern und die allgemeine soziale Versorgung: Der technisch-industrielle Fortschritt sollte mit der Verbesserung der Konsumstandards (von einer anderen Verwendung der eingesparten Arbeitszeit war nicht die Rede) den sozialen Fortschritt bringen, und der

soziale Fortschritt würde schließlich den kulturellen und ästhetischen befördern. Die mit dieser Konzeption verbundene gesellschaftliche Arbeitsteilung und betriebliche Taylorisierung schloß eine Auseinandersetzung über Richtung und Umfang der zu befriedigenden Bedürfnisse bzw. über Umfang und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit nicht mit ein. Die Maßstäbe ließ man sich von der ökonomischen und militärischen Konkurrenz der kapitalistischen Länder diktieren, nicht nur, weil deren Druck nicht zu ignorieren war, sondern auch, weil man das vom Kapitalismus vorgegebene »Weltniveau« selbst für ein attraktives Kriterium hielt.

Diese wenig radikale Perspektive wirkte sich auch in der Architektur aus: Während die Aufmerksamkeit auf die Normierung und Standardisierung des industriellen Fertigungsprozesses konzentriert wurde, blieb es ganz selbstverständlich bei der wohlbekannten Einteilung in Wohn-, Schlaf-, Kinderzimmer und Küche, d.h. bei der Aufrechterhaltung der familiären Lebensform. Die Linearität der Straßen und die Gleichförmigkeit der Häuser, einstmals von den sogenannten Avantgardisten in Westeuropa und der Sowjetunion (z.B. Karl-Marx-Hof/Wien 1927, Miljutin/Moskau) als Zeichen von Flexibilität und Ablehnung hierarchischer Symbolik konzipiert, geriet im realsozialistischen Kontext zur Machtsymbolik industrieller Arbeit, die von einer »Arbeiterklasse« ausgeführt wird, deren emanzipatives Potential bei der Aufrechterhaltung des Arbeitsprozesses verkümmert.

1962 schreibt Brigitte Reimann einen Brief an das »Neue Deutschland«: *Ich war als lernbegierige Schülerin zu den Arbeitern gegangen, zu einer Klasse von Heroen. Allmählich merkte ich aber, daß viele nicht über ihre Lohntüte hinausblickten, daß es Streit wegen der Prämien gab, daß Solidaritätsmarken gedankenlos geklebt wurden, daß Tüftler, von denen ich glaubte, sie opferten ihre Abende um der Sache willen, in Wahrheit auf den materiellen Gewinn spekulierten, daß auf Versammlungen anders geredet wurde als unter vier Augen, und – was mich am meisten befremdete – daß die Wünsche und Ziele sich bei vielen in der Ansammlung von unerläßlichen Requisiten eines gehobenen Lebensstandards erschöpften. Der Fernsehapparat muß sein, der Kühlschrank und, als Krone des Ganzen, der Trabant. Wie ist es möglich, daß Menschen, die im Betrieb Aktivisten und Neuerer sind, zu Haus die Filzlatschen anziehen und sich begnügen? Die Ursache für diese Zwiespältigkeit muß ich noch ergründen.*

Die standardisierte Serienproduktion löste das Problem der akuten Wohnungsnot und des als Folge der geplanten Industriestandorte entstandenen punktuellen Bedarfs, aber die Architektur der DDR war nicht in der Lage, im Massenwohnungsbau die Logik der Moderne zu korrigieren, die ja auch eine Logik von Zweckmäßigkeit, Hygiene und ökonomischer Rationalität ist. Die Plattenbausiedlungen auch der DDR sprechen zweifellos eine Sprache der Macht. Aber das bedeutet nicht, daß Plattenbauten in Ost und West ununterscheidbar wären. Waren sie in der DDR von Menschen bewohnt, die offiziell im Mittelpunkt der Gesellschaft standen – die sozial heterogen belegten neuen Wohnungen waren übrigens begehrt, und »verdiente« Werktätige hatten da oft die größeren Chancen – , so befinden sie sich seit der Wiedervereinigung an der Peripherie der Gesellschaft, also genau dort, wo die westlichen Plattenbausiedlungen von Anfang an angesiedelt wurden.

Im Westen bedeutet Plattenbau selten etwas anderes als Endstation – für Sozialhilfeempfänger, Immigranten, sogenannte »kinderreiche« Familien und andere »soziale Problemfälle«, die auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten wenig oder keine Chancen mehr haben. Zumeist wird diesem Ausleseprozeß der kapitalistischen Gesellschaft mit sozialarbeiterischem Vokabular und Einsatz begegnet – in Frage gestellt wird er nicht: »Not und Gewalt sind Alltag auf dem ›Affenfelsen‹. 6500 Bewohner leben auf engem Raum, Beton versperrt den Blick. Auf breiter Front stehen Hochhäuser wie ineinander verkeilt. Bis zu 60 Meter hohe Plattenbauten...« (die »Hamburger Morgenpost« am 10.6.95 über eine lokale Großsiedlung). Die Medienberichte über die westdeutschen Ex-Neubausiedlungen gleichen sich alle: schlechte Wohnungen = schlechte soziale Lage = Gewalt. Reißerisch wird eine »Ghettoisierung« beschworen, die weder Kenntnisnahme noch Kritik der Individuen und ihrer Haltungen zuläßt, die vor allem aber niemals soziale Ausgrenzung als Konsequenz des kapitalistischen Prinzips kenntlich macht. Hinsichtlich der Plattenbausiedlungen in der ehemaligen DDR sind sich hingegen alle sicher, daß sich in ihnen die ganze Niedertracht des Sozialismus vergegenständlicht hat.

Regina Behrendt ist Mitarbeiterin der Zeitschrift »17° C« und lebt in Hamburg. Eine erweiterte Fassung ihres Beitrags wird in »17°C« Nr. 11/95 erscheinen

Konkret 08/95, S. 51

Stefan Ripplinger

Alles Theater

Über die Entfesselungskünste des Dramatikers Heiner Müller

Ein neueres Orgien-Mysterien-Theater habe es sich, hört man, zur Aufgabe gemacht, die Dämonen des kollektiven Unbewußten zu entfesseln, den »(Neo)Nazi-in-mir« (D. Kuhlbrodt) auf die Bühne zu stellen, um, möglicherweise, mittels dramatischer Rebirthing-Therapie heilsame Wirkung zu erzielen. Das klingt so fürchterlich, daß ich mir das vorsichtshalber nicht ansehe; darin bin ich mit ca. 99 Prozent der Bevölkerung einig, die ebenfalls nicht wissen wollen, was im Theater passiert. Schon allein aus diesem Grund scheint es mir schwer vorstellbar, daß von den Stücken oder Inszenierungen der Castorf, Müller, Schleef und Schlingensief Gefahr ausgeht – selbst wenn wahr ist, was ihre Kritiker und Befürworter über sie berichten.

Ewas anderes macht mich stutzig: daß das Theater nie vorbei sein soll. Frank Castorf etwa nennt (im ORB) ein Pogrom die »große Theaterveranstaltung in Rostock-Lichtenhagen«, was, nach allem, was der Mann sonst zum besten gegeben hat, die Frage aufwirft, ob er dabei gern Regie geführt hätte? Handelt es sich bloß um eine déformation professionelle, wenn Regisseure und Dramatiker die Welt als eine große Volksbühne ansehen und anfangen, wie ihre eigenen Figuren zu reden?

Heiner Müller hat als *Drucksache 16* des Berliner Ensembles (Alexander Verlag, Berlin) u.a. ein »Gespräch mit jungen französischen Regisseuren« veröffentlicht, in dem die fassungslose Frage der Franzosen: »Ist das Ihr Ernst?« die einzige Stelle ist, an der man sich nicht in einem Müller-Stück wähnt. In der Tat, ist das Ihr Ernst, Herr Müller?: »Hitler war schlecht in Geographie, er hat mitten in Europa gemacht, was ein anständiger Europäer nur in Afrika oder in Asien oder in Lateinamerika macht. Genozid war normal in Kolonien, aber in Europa nicht mehr üblich.«

Wer derlei Monströsitäten als rationale Behauptungen nimmt, macht sich lächerlich. Die irre Vorstellung, »Hitler« habe einen »Genozid« ins Werk gesetzt und sich dabei im Kontinent geirrt, verweist auf die ungehemmte Entfaltung alter Phantasmata vom Wahnsinnigen, der ein Volk verführte. Dazu paßt die im Anschluß erzählte »Legende«, Hitler habe nach dem Anschluß von Österreich ein kleines Dorf evakuieren und zerstören lassen: »Und es soll das Dorf gewesen sein, wo eine von Hitlers Großmüttern begraben lag. Es lief das Gerücht um, daß diese Großmutter eine Liaison mit einem Juden hatte.« Aus der »Legende« wird sogleich eine Geschichtsdeutung: »Auch daraus resultierte die Energie von Hitler, seine Angst und sein Haß auf das eigene jüdische Blut, das er zu haben glaubte.«

Ron Rosenbaum hat die Legende von Hitlers jüdischem Großvater kürzlich in der Zeitschrift »New Yorker« (1.5.95) als eine aus einer Vielzahl von Hitler-Legenden aufgegriffen (sie ist übrigens auch Basis einer kruden psychoanalytischen Theorie von Alice Miller, wonach Hitlers Vater, aus Haß auf seine eigene jüdische Abstammung, den Sohn mißhandelt und ihn dadurch zum Monster gemacht habe). Diese Hitler-Mythen, stellt Rosenbaum fest, haben fast alle eines gemeinsam: Immer soll ein Jude/eine Jüdin an des armen Adolf – und in der Folge an Deutschlands – Unglück schuld sein. Auch Müller schafft diese Verbindung, wenn er fabuliert, der deutsche Antisemitismus beruhe auf dem »uralten« (nämlich aus dem ersten Jahrtausend unserer Zeitrechnung stammenden) »Trauma« der Germanen (den Vorfahren der Nazis also), sich als »auserwähltes Volk« von dem der Juden bedrängt gefühlt zu haben. Christliche Missionare hätten den Germanen eingeredet, auserwählt zu sein. Dann seien aber »hundert Jahre später« die Juden nach Europa gekommen, um diesen Anspruch ebenfalls zu erheben. »Es kann nicht zwei auserwählte Völker geben, also mußte eines weg. Das ist völlig irrational, aber das haben die Nazis aus dem nationalen Unterbewußtsein wieder hochgeholt.« Müller weiß, was Nazis fürchten. Und nun der schreckliche Verdacht Hitlers, ein halber Jude zu sein! Vielleicht war er es sogar: Die »Terminologie der Nazis« sei, so Müller, »häufig jüdisch« gewesen, »zum Beispiel das ›Tausendjährige Reich‹, ein jüdischer Terminus«. Fehlt noch, daß die Juden sich selbst umgebracht haben.

Rosenbaum schreibt zu Recht, die flottierenden Hitler-Theorien erzählten uns weniger etwas über Hitler als über die, die diese Theorien ins Spiel bringen. Und über die augenblickliche Verfassung der Opinion leaders erfährt man am meisten aus ihren Müller-Theorien.

»Tatsächlich sind gerade Müllers Überlegungen zu Auschwitz so anstößig wie schwer widerlegbar«, schreibt Peter Hamm in der »Neuen Zürcher« (8./9.7.95) und hat dabei jene, auch in der *Drucksache 16* wiederholte »Überlegung« im Auge, Auschwitz sei »das Modell dieses Jahrhunderts und seines Prinzips der Selektion. Alle können nicht überleben, also wird selektiert.« Letztlich ist alles Auschwitz, und Auschwitz ist unausweichlich. Als ob man es sich nicht schon hätte denken können, gibt es darauf laut Müller keine politische, »wahrscheinlich nur eine religiöse Antwort«: »Gnade.« Aber wer gewährt Gnade vor Müller – und vor allem vor seinen Interpreten?

Peter Glotz, der fürchtet, Müllers »süffiger Geschichtszynismus (werde) Proselyten machen«, beschwört in der »Woche« (23.6.95) das »westdeutsche Establishment«, gegen »Müllers Thesen« aufzutreten, wie etwa die, der Nationalsozialismus sei die »größte historische Leistung der deutschen Arbeiterklasse« gewesen, und die Amerikaner hätten ihre Erkenntnisse

über die KZs geheim gehalten, weil sie angeblich mit den IG Farben »in enger Geschäftsverbindung« standen. Aber warum sollte ausgerechnet das westdeutsche Establishment mit diesem Müller-Müll aufräumen? Es hat Müller seines süffigen Geschichtszynismus wegen groß gemacht. Muß es auch noch in diesem neuesten Stück von Müller mitspielen?

Das Beunruhigende an diesem und anderen Sprechern des »nationalen Unterbewußtseins« sind nicht ihre Stücke und ihr Gefasel, sondern daß so viele sich ihrem Theater als Statisten zur Verfügung stellen wollen.

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 7/95 über die »Operation Beutekunst«

Konkret 08/95, S. 52

Layla Dawson

□ Die Last des braunen Mannes□

Über den britisch-pakistanischen Schriftsteller Hanif Kureishi und seinen neuen Roman □ Das schwarze Album□

»Etwa zwanzig weiße männliche Jugendliche jagten einen bengalischen Studenten, ... sie stießen seinen Kopf so lange wie einen Fußball umher, bis sich seine Kopfhaut vom Schädel löste ...«
»Guardian«, 11.7.1994

Die Art, wie wir unser Haar tragen, unseren Busen entblößen, unser Gesicht bedecken, unseren Arsch abwischen, zum Essen Messer, Gabel, Stäbchen oder die Hände benutzen, kann uns ebenso wirksam wie ein Designerlabel von ›denen‹ unterscheiden – dich von mir. Sei es das Gebot, Ziegenfleisch zu essen, oder der Glaube, einem Mann, der in einer Höhle halluzinierte, wäre über einen direkten Draht Gottes Wort geoffenbart worden, oder auch die Pilgerfahrt nach Mekka, bei der man sich in ein großes weißes Leinentuch hüllt und Leib und Leben in einer Massenhysterie riskiert – all das ist nicht verdrehter als die Überzeugung, ein Keks und roter Wein seien ein kannibalistisches Mahl, der Verzicht auf Zucker in der Fastenzeit sei eine moralische Handlung wie die Wallfahrt nach Lourdes, bei der gläubige katholische Mädchen jedes Jahr sexuell belästigt werden. Es ist wieder die Zeit für Kreuzzüge – Ungläubige gegen Gläubige, zur Tarnung von Machtpolitik und dem Anspruch auf bestimmte Handelszonen.

»Dieser Ort und die Vergangenheit, das ist wie ein Krake. Von einem Fangarm hast du dich gerade befreit, da wickelt sich schon ein anderer um dich« (*Borderline*). Haroon, der Sohn des pakistanischen Immigranten, spricht nicht nur für diejenigen, die zwischen zwei Welten geraten sind, sondern auch für die Europäer, die Gefangene ihrer Kolonialgeschichte und der Kreuzzüge sind. Die Vergangenheit klebt an uns, und sie hat viele Gesichter.

»Beschreibung ist immer schon ein politischer Akt ... Der schwarzamerikanische Schriftsteller Richard Wright hat einmal geschrieben, daß schwarze und weiße Amerikaner einen Krieg über die Natur der Wirklichkeit führen« (Salman Rushdie). Für einige in Großbritannien geborene Asiaten, die, kaum Weltbürger geworden, diesen Status schon wieder verlieren, beschreibt Hanif Kureishi diese andere Realität. Die Personen und Dialoge in seinem Werk stellen in ihrer überbordenden Cross-culture-Vitalität eine Provokation dar – für die politische Korrektheit in »Rasse«angelegenheiten und den paternalistischen, linksliberalen Erzieher ebenso wie für den 19. Jahrhundert-Denker, der den Platz des braunen Eingeborenen in einer überlegenen weißen Gesellschaft kennt: Vorzugsweise serviert er das Essen oder macht den Dreck des weißen Mannes weg. Die Elterngeneration der Immigranten konnte noch als Neuankömmlinge klassifiziert werden, bei ihren Kindern ist das Bild verschwommener. Diese Menschen, deren Pässe den Stempel »Aufenthaltsrecht in Großbritannien« enthalten und die ungehinderten Zutritt zur Europäischen Union haben, lassen sich nicht mehr einfach in die Schubladen zweiter Klasse (Braun, Gelb oder Schwarz) packen. Eine berufstätige westindische Frau in London ist Lichtjahre von ihrer Mutter entfernt, die in den 50er Jahren nach ihrer Ankunft in England erstmal ein paar Tage in einer Telefonzelle schlief.

Ein ›anderer‹ sein, d. h. ethnisch kein Europäer, bedeutet immer noch, mit Klischees zu kämpfen. Wie sehen diese Klischees aus? Liberale Europäer halten sich gerne für ausländerfreundlich, sie erwarten allerdings, daß die Fremden anders sind. Wenn sich ethnische Charakteristika mischen, dann bedrohen sie die europäische Vorstellung von Identität und Überlegenheit. Eine Deutsche ist verwundert darüber, daß ich ein derart perfektes Hochenglisch spreche, wo ich doch – sie sucht nach Worten – so asiatisch aussehe.

»Shahid fühlte sich an seinen Onkel Asif erinnert, einen pakistanischen Journalisten (für seine Kritik an der Islamisierungspolitik saß er unter Zia eine Zeitlang im Gefängnis), der gerne behauptete, daß die Bewohner des Subkontinents die einzigen seien, die heutzutage gutes Englisch sprechen. ›Sie gaben uns die Sprache, aber nur wir wissen, wie man sie benutzt‹« (*The Black Album*).

Arroganz wird ein Reflex der Verteidigung. Wenn man abgelehnt oder nicht akzeptiert wird, wenn die eigene Existenz in Frage gestellt wird durch eben die Briten, die ja selber Ergebnis einer jahrhundertelangen Vermischung verschiedenster Einwandererströme sind – wüßten sie nur um ihre eigene Geschichte – , so produziert das einen Wall von Ressentiments. Während Kureishi an seinem *Black Album* schrieb, besuchte er britische Colleges. Zu der Zeit war gerade die Fatwa über Rushdie verhängt worden. Kureishi traf auf fundamentalistische asiatische Studenten, die antisemitisch, frauen- und schwulenfeindlich waren. Der Versuch womöglich, den Überhang an alten Rechnungen zu begleichen? Seht nur, auch wir können verletzen!

Hanif Kureishi wurde 1954 in England als Sohn einer englischen Mutter und eines moslemischen pakistanischen Vaters geboren und wuchs keinen Steinwurf entfernt von mir auf, in einem ähnlich gemischten Haushalt inmitten jener trüben Londoner Stadtauswucherung, die er in *Der Buddha aus der Vorstadt* und in *Birds of Passage* beschrieben hat: »Wir

besitzen angenehme Häuser mit Gärten. Wir sind weder integriert noch ausgeschlossen. Hier draußen leben wir in Frieden und scheren uns nicht um den Rest der Welt. Wir haben keinen Sinn für Gemeinschaft, doch wir sind tolerant, nicht gefühllos. In den Vororten herrscht eine Art freundlich-friedlicher Rechtschaffenheit, die mir gefällt. Und es herrscht dort eine oberflächlich-kalte, selbstgefällige Anständigkeit, die mir den Magen umdreht.«

Sein Vater arbeitete beim pakistanischen Hochkommissariat in London, bei dem auch mein Vater in den frühen 50ern Unterschlupf gefunden hatte. Das Stipendienwesen funktionierte damals noch. Unsere Generation erhielt eine vollständig vom Staat finanzierte Universitätsausbildung. Kureishi studierte Philosophie am King's College in London, las H.G. Wells, war begeistert von James Baldwin und hörte David Bowie. Abgesehen von seinem genetischen Cocktail ist er ein gebildeter Mittelschichtsbrite.

»Im Frühherbst 1980 ging ich zum Büro von Max Stafford-Clark im Royal-Court-Theater, um über dieses Stück zu sprechen ... Ich war alles andere als angetan von der Idee zu einem Projekt über asiatische Immigranten in Großbritannien. Ich befürchtete, daß ich etwas schreiben sollte, was außerhalb meiner Erfahrung lag« (*Borderline*).

Man ist versucht, in dem fiktiven Erzähler des *Black Album* autobiographische Züge zu sehen. Da ist der intellektuell interessierte eurasische Student, den seine weiße englische Professorin in die Rolle des Gespielen drängt; der Etikettierungen zu vermeiden sucht; der nicht nach seiner Haut beurteilt und nicht durch Familientraditionen erpreßt werden möchte. Da ist der Schriftsteller, der gerne den unbeteiligten Blick von außen einnähme, aber hin und hergerissen ist zwischen beiden Seiten, da er weder zur einen noch zur anderen gehört. Da sind die rassisch motivierten Überfälle und die Versuche, die asiatische Seele zu kidnappen. Als es dem stotternden marxistischen Professor nicht gelingt, die Sympathie der moslemischen Fundamentalisten zu gewinnen, die Gott in einer Aubergine zu finden glauben, versucht er ihre Anerkennung zu erlangen, indem er sie an Fanatismus übertrifft. Die bittere Rache an einer Gesellschaft, die ihn gut bezahlt, aber ignoriert und in der er wirkungslos bleibt? Die Fundamentalisten haben nur Verachtung für ihn übrig. Kureishi hat einmal geäußert, daß er die endlose Diskussion der Linken, wie er sie an der Universität erlebt hat, leid ist. Selbst darin, in seinem Mißtrauen gegen Intellektuelle, ist er englisch.

In »Sammy und Rosi tun es«, wo Kolonialismus auf Sozialarbeit stößt, oder in »Mein wunderbarer Waschsalon« mit seinen ersten Anzeichen von Thatchers Privatisierungspolitik führt die Handlung trotz aller sozialen Probleme noch zu einem optimistischen Ausblick. Bei *The Black Album* dagegen kann man sich kaum vorstellen, es stünden den Figuren nach der letzten Seite des Romans überhaupt noch irgendwelche Möglichkeiten offen. In Kureishis jüngstem Film, »London Kills Me«, der in der Hausbesetzerszene spielt, als diese schon nicht mehr politisch, sondern nur noch verkommen ist, bilden Popmusik und Drogen schon die Kulisse, und das verschärft sich noch in *The Black Album*, wo beide Verhängnis und Erlösung zugleich bedeuten.

Die dekonstruierten Landschaften von Kureishis ersten Stücken, Filmen und Büchern sind bevölkert von weißen und dunkelhäutigen Briten, von Inländern und Immigranten und »britisch Geborenen« – einer Mischung, die sich immer von neuem immer wieder anders definieren läßt: als fundamentalistisch, kapitalistisch, moslemisch, als Halal-Fleisch und Schweinefleisch essende nichtreligiöse Moslems, als weiße oder farbige sozialistische Intellektuelle, als Mitglieder der schwatzenden Klasse, als pakistanische Dissidenten, als besitzlose Slumbewohner, als mehr oder weniger gebildete, freiheitlich oder konservativ denkende Traditionalisten. Der wohlsituierte Pakistani mit reichen Freunden in London und reichen Verwandten in Karatschi hat für rangniedrigere religiöse asiatische Fanatiker beider Kontinente ebenso viel Verachtung wie für einen Weißen der Arbeiterklasse, der im Dreck und von Sozialhilfe lebt. Die Menschheit in ihrem Chaos ist nicht multikulturell, sondern vielgesichtig, immer gleichzeitig Teil der Vergangenheit und Gegenwart; ein einzelner Mensch kann leibhaftig gewordene Geschichte sein.

»... der Immigrant ist, wie der Flüchtling und der politische Gefangene, eine Art moderner Jedermann ... die Probleme von Rasse, Immigration, Integration und kolonialem Erbe sind eng mit anderen Problemen und Einstellungen verbunden; sie sind wie Risse in einer Wand, durch die man Landschaften betrachten kann« (*Borderline*). Ein jüngerer Kureishi entdeckt, was ein älterer Rushdie schon geschrieben hat. »Ein Immigrant ist vielleicht die einzige Sorte Mensch, die frei von den Fesseln des Nationalismus ist (von dessen häßlichem Bruder, dem Patriotismus, gar nicht zu reden). Es ist eine mühselige Freiheit.«

Noch in der düstersten Szenerie bewegt Kureishi sich allerdings leichtfüßig zwischen Rasse, Sex and Drugs and Rock'n'Roll mit schnellen Gedanken und satirischer Schärfe: »Pakistani in England mußten jetzt alles leisten können, sie mußten siegreiche Sportler und gute Nachrichtensprecher sein, sie mußten Geschäfte und Unternehmen führen, und sie mußten eure Frauen vögeln. ›Euer Land ist von den Kanaken übernommen worden!‹ Er nannte das ›Die Last des braunen Mannes‹« (*The Black Album*).

Schon 1961 sah Frantz Fanon eine Zukunft voraus, in der die unterdrückte und enttäuschte Dritte Welt nicht mehr zwischen dem guten, liberalen Weißen und dem rassistischen Kolonialisten unterscheiden würde. Alle Weißen sehen gleich aus. Weder Internationalisten noch all die Orient- und Afrika-Seminare an westlichen Universitäten, all die Mischehen und

Pauschalreisen nach Bali haben den Westen erziehen oder jenes Abgleiten in Verallgemeinerungen verhindern können. Verzerrte Ansichten von Nichteuropäern zum Amüsement des weißen Mannes; Zigeunermusik, schwarze Jazzmusiker, Steptänzer oder Boxer, Suzie-Wong-Sextourismus, süße hungernde braune oder gelbe Babies auf Spendenaktionspostern, weiße Phantasien über die Länge eines schwarzen Schwanzes, all die verdeckten ökonomischen Abhängigkeiten der Habenichtse von den Habenden. Der angelsächsische Begriff von der »Last des weißen Mannes« ist eine saubere, opportunistische Verdrehung der Logik. Edward Said schreibt (in *Orientalism*, 1979), daß es die Aufgabe dieser verlogenen Bilder war und ist, die moralische, gesellschaftliche und künstlerische Rechtfertigung für den Imperialismus und die ihm zugrundeliegende Ideologie zu liefern. Und der Mensch des Westens starrt gebannt auf diese verzerrten Bilder. Es sollte uns nicht verwundern, wenn Fundamentalisten demnächst unsere Konsumhaltung durch ihr religiös begründetes Verhalten ersetzen wollen. Ein alter Rowan-Atkinson-Witz geht so: »Ich esse einen Vindaloo-Curry genauso gern wie jeder andere, aber jetzt besitzen wir das Rezept ...«

Ähnlich wie Philip Roth von Juden kritisiert worden ist, könnten Pakistani Kureishi vorwerfen, daß er sein eigenes Nest beschmutze, indem er Asiaten als Miethaie und Homosexuelle, als Drogensüchtige und sogar als Kriminelle darstellt. Der pakistanische Vater, der »Buddha aus der Vorstadt«, macht sich die Ahnungslosigkeit der englischen Mittelschicht zunutze, indem er die Vorurteile seiner Nachbarn bedient. In »Sammy und Rosie tun es« wird der Vater, der das tolerante und gentlemanhafte Großbritannien seiner Studentenzeit nostalgisch verklärt, in seinem eigenen Land zu einem Tyrannen. Weit davon entfernt, Lösungen anzubieten, versucht Kureishi möglicherweise, sich so vom Rassismus und seinen Kategorien zu emanzipieren.

The Black Album erzählt in unterhaltender Form von einer Katastrophe, die schon begonnen hat. Die Zeit des rationalen Argumentierens und humanen Handelns ist vorbei. Es wird nicht mehr das Loblied der Integration gesungen, denn man zweifelt an ihrer Wirksamkeit. Kureishis Figuren sind emotionale Bomben, die als Hedonisten aussteigen, zu Opfern werden oder sich dazu entschließen, das raffinierte Spiel der Ausbeutung zu erlernen, um es noch besser zu spielen. Kricket ist das längst nicht mehr.

Die Rechten sagen, das Boot ist voll. Kureishis Werk stellt die Frage, ob wir, die privilegierten Ausbeuter, in unserer blinden Selbstgefälligkeit womöglich das Boot ganz und gar verpaßt haben.

Aus dem Englischen von Christel Dormagen

Literaturhinweis:

Hanif Kureishi in Deutsch: *Der Buddha aus der Vorstadt*, Kindler 1990; *Das schwarze Album*, Kindler 1995

Nur in Englisch: *Borderline*. Methuen, London, Royal Court Writers Series, 1981; *Birds of Passage*. Amber Lane Press, London, 1983; *Outskirts, The King and Me, Tomorrow-Today!* John Calder Ltd., 1983; *London Kills Me*. Faber and Faber, 1991

Salman Rushdie: *Imaginary Homelands.* Granta Books, 1991

Layla Dawson sprach für KONKRET 6/95 mit dem Architekten Zvi Hecker

Konkret 08/95, S. 44

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ihr jungen Redenschreiber von auf Pfaff
studierten deutschen Polizeiministern!
Wenn euch die Dienstherrn duzend setzenzu
mit Hallo Didi
Grüßdich Wölfchen
Prosit Raini
Tschüß mein Siggi
So laßt dies nicht mit euch geschehn
Entsetzt euch
siezend eure Dienstherrn
und:
Sagt NEIN!

o&/

Ihr jungen hübschen Redenschreiber von
auf Pfaff studierten deutschen Polizeiministern!
Wenn eurer Dienstherrn siegelring-
geschmückte Pranken sich in euerm
Schwanen-
nacken niederlassen
(wie eines Bussards Fang das Mäuschen krallt)
So laßt dies nicht mit euch geschehn
Entwindet euch und
laut:
Sagt NEIN!

o&/

Ihr jungen hübschen smarten Reden-
schreiber von auf Pfaff studierten
deutschen Polizeiministern!
Wenn euch nach einem Lehrgang des
finalen Rettungsschusses eure Dienstherrn
(weil die Einzelzimmer ausgebucht sei(n)
in die Vierbettsuit'
(des Landgasthofes
locken wollen
So folget ihnen nicht:

Sagt NEIN!

o&/

Ihr jungen hübschen smarten vifen
Redenschreiber von auf Pfaff studierten
deutschen Polizeiministern!
Wenn sich die Dienstherrn euerm Munde
nähern
Mit Zungen tropfend naß wie aus dem
Eimer rausgezogne Feudel
Und sie in eure Schlünder zu versenken
trachten
Dann gibts für euch nur eins:
Sagt NEIN!

o&/

Ihr jungen hübschen smarten vifen süßen
Redenschreiber von auf Pfaff studierten
deutschen Polizeiministern!
Wenn eure Dienstherrn brünstig sich an
euern stonewashedjeansbedeckten Schenkeln
schubbern und mit hündischbettelnd
aufgerissnen Augen flehen
ihnen das Gemächt nach Kräften abzugreifen
Dann gibts für euch nur eins:
Sagt NEIN!

o&/

Denn ihr, ihr jungen hübschen smarten
vifen süßen Redenschreiber von auf Pfaff
studierten deutschen Polizeiministern!
Ihr müßt unbehelligt sein und bleiben
Und frei von Dienstherrns Duzen Tatschen
Züngeln Schwanzamschwanzereiben
Bei euerem des reinen Menschengeistes ganz
bedürfendem Geschäft:
Dem Polizeiministerredenschreiben

Wo sind die Zigeuner geblieben
(von Irma Holder)
Sie kamen jedes Jahr in unser Dorf

und holten bei uns Heu für ihre Pferde
ein wunderschönes Mädchen war dabei
Farbenbunt war ihr Gewand
und sie las mir aus der Hand
Daß ich irgendwann im Leben glücklich werde

Wo sind die Zigeuner geblieben
ihre Pferde – ihre Wagen
ihre Lieder singt der Wind

Wo sind die Zigeuner geblieben
mit der Glut von ihrem Feuer
starb der Rest von Abenteuer
um den wir heute ärmer sind

Der alte Primas lebt heut in der Stadt
er wohnt in einer grauen Mietskaserne
manchmal nimmt er die Geige aus dem Schrank
und spielt für sein Enkelkind
spielt von Freiheit und vom Wind
und sein Blick geht dabei traurig in die Ferne

Wo sind die Zigeuner geblieben
ihre Pferde – ihre Wagen
ihre Lieder singt der Wind

Wo sind die Zigeuner geblieben
mit der Glut von ihrem Feuer
starb der Rest von Abenteuer
um den wir heute ärmer sind

Die Bilder einer farbenbunten Welt
sind wie ein Licht in seinen trüben Tagen
Ein Kind hört ihm mit großen Augen zu
wenn er sagt: Spiel du mein Lied
wenn es mich einst nicht mehr gibt
und vergiß nicht, du sollst immer wieder fragen

Wo sind die Zigeuner geblieben

mit der Glut von ihrem Feuer
starb der Rest von Abenteuer
um den wir heute ärmer sind

Wo sind die Zigeuner geblieben

ihre Pferde – ihre Wagen
ihre Lieder singt der Wind

Wo sind die Zigeuner geblieben
mit der Glut von ihrem Feuer
starb der Rest von Abenteuer
um den wir heute ärmer sind

Kleine Anfrage an Frau Irma Holder, Schlagerdichterin in 71116 Gärtringen

Sehr geehrte Frau Holder!

Sie fragen in Ihrem (bei Ralph Siegel zu München verlegten, von Frau Angela Wiedl vorgetragenen und in Funk und Fernsehn derzeit häufig aufgeführten) Lied nach dem Verbleib der Zigeuner.

Ich frage Sie:

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die Sinti und Roma durch das »Blutschutzgesetz« von 1935 den Juden als »Artfremde« gleichgestellt und aus der deutscharischen Volksgemeinschaft ausgegrenzt wurden?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß damals, mit noch verhohlenem Blick auf die systematische Ausrottung, die »Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle« den Auftrag erhielt, Sinti und Roma administrativ zu erfassen?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß noch vor 1939 tausende Sinti und Roma in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald deportiert wurden?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die Verfolgung der Sinti und Roma durch das deutsche NS-Regime im Zweiten Weltkrieg zum Genozid wurde?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern eine halbe Million Sinti und Roma von der SS ermordet wurden?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die überlebenden Sinti und Roma nach 1945 durch die Bank unentschädigt blieben, dafür aber fortdauernder Diskriminierung ausgesetzt waren?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die von den andern Bundesländern übernommene »Bayrische Landfahrerordnung« von 1953 erst siebzehn Jahre später ihrer Grundgesetzwidrigkeit wegen kassiert wurde?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß zum Beispiel in der Polizeifachschrift »Die neue Polizei« der Kriminalsekretär Rudolf Uschold in einem Aufsatz »Das Zigeunerproblem« an die »allgemein bekannte Tatsache (erinnerte), daß zigeunerische Personen weitgehend kriminell und asozial sind und daher oft mit dem Gesetz... (durch) Betteln, Diebstahl, Betrug, Urkundenfälschung und Wahrsagerei in Konflikt geraten«?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß zum Beispiel Gewerbetreibende der niedersächsischen Gemeinde Jork unlängst auf den Stiel gestellte Straßenkehrbesen als Totems gegen diebische Zigeuner vor ihre Läden postierten?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß die Nackenmuskulatur deutscher Stadt- und Landgemeinderäte, konfrontiert mit dem Wohnwagenstellgesuch von Zigeunern, infolge unaustreibbaren Ekels vor dieser weder Werte schöpfenden noch den Rasen mähenden, sondern lediglich zu gefälschten Teppichen wie deppert geigenden Truppe augenblicks versteinert?

Ist Ihnen schließlich nicht bekannt, daß, in Erinnerung der faktischen Glut der deutschen Verbrennungsöfen, in denen eine halbe Million Zigeuner geblieben sind, deutschen ZigeunerschlagerfuzzInnen so ungeheuerliche Zeilen wie »Mit der Glut von ihrem Feuer/ starb der Rest von Abenteuer/ um den wir (wir, Himmlers Enkel) heute ärmer sind« so lange um die Ohren gehauen gehören, bis sie glühen?

Konkret 08/95, S. 56

Heike Runge

Das Feuilleton erkl□ rt den Krieg

Rechtzeitig zum Eintritt der Deutschen in den Balkankrieg promotet der Literaturbetrieb einen monumentalen Landserroman: Lothar-G□ nther Buchheims □ Die Festung□

Einst ein existenzphilosophischer Begriff, verkauft man unter dem Label >Authentizität□ heute Bücher ursprünglich als literarische Gegenkategorie zum selbstgenügsamen Ästhetizismus des L'art pour l'art formuliert wurde, dient seit einiger Zeit der Etikettierung, wobei es zunächst vor allem gesellschaftskritisch-emanzipativ gemeinte Bücher waren, die unter dieser Kategorie subsumiert worden sind, darunter nicht zuletzt allerlei unausgegorene, halbrohe Werke, denen jede ästhetische Organisation, jede diskursive Durchdringung des Stoffes fehlte, die aber aufgrund ihres vermeintlich manifesten Wahrheitsgehaltes und unmittelbaren Wirklichkeitsbezugs – zu Unrecht – beachtet wurden. Jetzt drängen mit dem Scheinargument der Authentizität offen oder verdeckt chauvinistische Geschichtsdarstellungen breitenwirksam auf den Buchmarkt, die, wie John Sacks als »wahre Geschichte« ausgegebene Kolportage *Auge um Auge*, politische Ressentiments höchst wirkungsvoll zu bedienen verstehen.

Die jüngste, flächendeckend verteilte Mogelpackung dieser Machart stammt aus dem Hamburger Verlagshaus Hoffmann und Campe: Lothar-Günther Buchheims auf 1.470 Druckseiten aufgeschwemmter Landserroman *Die Festung*. »Die Ereignisse«, heißt es im Vorwort, »die in diesem Buch geschildert werden, trugen sich zwischen Frühjahr und August 1944 zu. Sie sind authentisch.« Mit der Einschränkung – aus der Diskussion um Sack hat man schließlich gelernt – , daß die »Personen, so wie ich (Buchheim, H.K.) sie schildere, nur in meiner Vorstellung ... existieren««

Der Dummenfang gelingt: »Authentischer als jeder Tatsachenbericht« (Verlagswerbung), wird Buchheims kolportierender Kriegsbericht »über die famosen Kerls auf der U96« (»Die Helden sind wieder da«, »Express Halle«) im bundesdeutschen Feuilleton als historisches Dokument rezipiert, mit dem wir »reichlich verspätet die Chance (erhalten)« sollen, »eine kollektive Gedächtnislücke zu schließen« (»Die Woche«). Vollkommen nebensächlich erscheint im Jahr des deutschen Gedenkrauschs die Frage, mit welchem geschichtsklitternden Schwurbel die porös gewordenen Köpfe da eigentlich aufgefüllt werden. Daß es mit der vom Verlag propagierten Ideologiefreiheit dieses »Urstroms des Berichts« (»Die Welt«), der angeblich »nicht verwendbar (ist), in welchem Streit auch immer« (»Badische Zeitung«), so weit nicht her ist, fiel denn in der Presse zunächst auch weiter gar nicht auf. Der lauthalse Abschied des Feuilletons von jedem kritischen Erkenntnisinteresse an Buchheims Kriegsbuch, auf das ziemlich exakt jener von Karl Hugo Sclutius in den zwanziger Jahren geprägte Begriff der »Pazifistischen Kriegspropaganda« paßt, erstaunte dann letztlich nur noch den Autor selbst, der, in Verkennung der geänderten politischen Lage im neuen großen Deutschland, eine ähnlich polarisierende Diskussion wie vor 22 Jahren um seinen Best- und Longseller *Das Boot* vollkommen unnötigerweise erwartet hatte. Der »verquaste Haß« (Buchheim über die literarische Kritik) blieb diesmal aus. Schon die kümmerliche Feststellung, daß Buchheim mit seiner Darstellung des »bombengeschundenen Deutschland« (Verlagstext) keinerlei nazistische Demagogie verbinde, war Grund genug, ein Kriegsbuch zu protegieren, das die ehrenrettende Idee von der Kluft zwischen grundanständigem Soldatentum und moralisch verkommenem Naziunwesen in nie dagewesener Ausführlichkeit populistisch inszeniert. Tenor: »Am Arsch – im Arsch. Alles ist im Arsch: Uns haben sie böse in die Scheiße geritten.«

»Einen solchen Text über den Krieg gibt es nicht ein zweites Mal«, jubelte Lothar Menne, Programmchef bei Hoffmann und Campe. Grund des Jubels: »Wir erreichen Scarlett-Dimensionen.« Tatsächlich übertrifft der Werbeetat für *Die Festung* noch den für die Windjammer-Schmonzette *Scarlett*. Die für eine bundesweite Anzeigen- und Radiowerbekampagne aufgewendete Summe von 750.000 DM gilt als die höchste, die je ein deutscher Verlag in eine Buchpromotion investiert hat. Zielgenau am 27. April 1995, eine Woche vor dem 50. Jahrestag der Zerschlagung Nazideutschlands, auf den Markt geworfen, wurden dem Projekt »Bestseller« mit einem breiten feuilletonistischen Trommelfeuer die Flanken gesichert. Innerhalb der endlosen Aneinanderreihung massenhafter Grußadressen an den »Kriegsberichterstatter« (»Die Zeit«), »Kriegsmaler« (»Generalanzeiger«), »Leutnant« (»Leipziger Volkszeitung«), »Vielfachmillionär« (»Der Spiegel«), »Erfolgsautor« (»Bild«), »Teufelskerl« (Bayerischer Rundfunk), »Workoholic« (Radio Bremen) tat sich »Die Woche« besonders hervor. Sechs Tage vor dem Verkaufsstart präsentierte sie auf vier Seiten das »Multitalent« Buchheim überlebensgroß: Buchheim als Aufmacher, Buchheim im Vorabdruck, Buchheim im Interview. Eine Schmierenkomödie, die nur vor dem Hintergrund der gemeinsamen Zugehörigkeit von »Woche« und Hoffmann und Campe Verlag zum Konzern des Thomas Ganske zu verstehen ist.

Die unlösbare Aufgabe, dem »Woche«-Publikum die historische Dimension des Landserromans per Leitartikel zu erschließen, fiel dabei dem »Faschismusexperten« Rolf Schneider zu. Reichlich verspätet wachse der »deutschen Belletristik« nun doch ein »großes und viele beschäftigendes Epos über den Zweiten Weltkrieg zu«, freute sich Schneider und erinnerte an die »angemessene Spiegelung (des ersten Weltkriegs) in Deutschlands schöner Literatur ... in den Romanbüchern Erich Maria Remarques, Arnold Zweigs und Ludwig Renns«. Eine Parallele, die sich in der Tat aufdrängt,

allerdings weniger unter den von Schneider intendierten erinnerungsästhetischen Gesichtspunkten als unter publizistisch-historischen:

Etwa seit Mitte der zwanziger Jahre, im Klima der offen betriebenen Remilitarisierung Deutschlands, beschäftigte sich die bürgerliche Presse zunehmend mit dem Kriegsroman als einem Genre, das sich im undefinierten Mittelfeld der »Neuen Sachlichkeit« entwickelte, ohne einer erkennbaren politischen Richtung zuordenbar zu sein. Gleich der *Festung* als »Antikriegsbücher« vermarktet, erschöpften sich die Schriften in punktuellen Beschreibungen subjektiver Fronterlebnisse, häuften Fakten an, die sich qua Material selbst vermitteln sollten. Soziale und ökonomische Kriegsvoraussetzungen klammerte der Oberflächenrealismus aus. Schwer auszumachen ist dabei jener Scheitelpunkt, an dem die Aufarbeitung des ersten Weltkriegs in die geistige Vorbereitung des zweiten umschlägt. Schulbildend wirkte Ludwig Renns neusachlicher Roman *Krieg* (1928), der eine Lawine ähnlich gestrickter Publikationen auslöste, die selbst, wenn sie als Antikriegsbücher intendiert waren, wohl eher einen »kriegsgewöhnenden« (Alfred Kantorowicz) Effekt erzielten. An der Massenwirksamkeit des in ihrem Societäts-Verlag erschienenen Buchs von Renn hatte die von der IG-Farben gestützte »Frankfurter Zeitung« maßgeblichen Anteil, die bald zum Promoter der zunächst affirmativen, später chauvinistischen Literatur wurde. Soviel zur Parallelität in »Deutschlands schöner Literatur«!

Ein singuläres Ereignis der Buchheim-Rezeption stellte die im »Börsenblatt des deutschen Buchhandels« vom 23.5.95 veröffentlichte Kritik des u.a. für die »FAZ« tätigen Publizisten Matthias Wegner dar. Wegner zeichnete darin die Kontinuitätslinien der schriftstellerischen Arbeit Buchheims, des ehemaligen – im Sinne Goebbels höchst erfolgreichen – Kriegsberichterstatters und jetzigen Bestsellerautor nach. »Neid«, »Mißgunst« und »Denunziation«, empörte sich der Hoffmann und Campe Verlag und jagte dem einsamen Ausreißer mit drei (bislang erschienenen) Repliken hinterher (siehe dazu den nebenstehenden Beitrag von Walter Boehlich).

Unter umgekehrten Vorzeichen, doch mit ähnlichem Ergebnis lief das Kräftemessen der Kritiker bei der »Süddeutschen Zeitung« ab. Nachdem die *Festung* in zwei Ausgaben jeweils ganzseitig zum »besten Kriegsbuch« seit Kritikergedenken gekürt und ein strammer Gruß an den Autor ergangen war (»Kotau, Kamerad«), wurden die anderslesenden Teile der Redaktion in streiflichtartige Meinungskästchen verbannt, wo sie unzensiert gegen Krieg und Kriegsliteratur stänkern durften – allerdings unter Vermeidung des Namens Buchheim. »Kein Schnellfick«, hatte zuvor Karl Heinz Kramberg, tief in die Materie eindringend, erklärt, »kommt der illusionären Zufriedenheit gleich, die ein Soldat an der Front, von Agonien umringt, in Augenblicken der Ruhestellung empfindet. Gefechtspausen rufen Langeweile hervor. Sie auszukosten macht keine Freude, aber man fühlt sich wenigstens leben und gleitet in Wunschlosigkeit. Was will der Mensch mehr?«

Das Authentische offenbart sich im restaurativen Milieu des Feuilletons und seiner Lesarten des Kriegsbestsellers, für den gilt, was Kurt Tucholsky anläßlich seiner Ablehnung von Erich Maria Remarques Kriegsbuch *Im Westen nichts Neues* formuliert hatte, daß man »bei großen literarischen Erfolgen, die man für gefährlich hält, den Leser angreifen (muß), nicht den Autor«.

Lothar-Günther Buchheim: *Die Festung*. Hoffmann und Campe, Hamburg 1995, 1.472 S., 78 Mark

Heike Runge ist Redakteurin der»Jungen Welt« und lebt in Berlin

Konkret 08/95, S. 57

Walter Boehlich

Opfer oder Täter?

Während fast überall die Kassen der Buchhandlungen klingeln, 78 Mark für 1.470 Seiten in die zugehörigen Fächer einsortiert werden – ein ansehnlicher Betrag, der dem Preis, aber nicht dem Wert des verkauften Buches entspricht – , während also überall dank Buchheims neuem Monumentalschmöker die Kassen klingeln, wird unbemerkt von der Öffentlichkeit im »Börsenblatt für den deutschen Buchhandel« ein heftiger Streit über Autor, Buch und Vermarktungsmethoden ausgefochten, der durchaus von allgemeinem Interesse ist und nicht auf die professionellen Leser dieses Verbandsorgans beschränkt bleiben sollte.

Eröffnet hat ihn Matthias Wegner mit einem Meinungsartikel, in dem einige wichtige Fragen erörtert worden sind, die weder Buchheim noch seinen Verlag ruhig schlafen lassen konnten. Es geht dabei um die Rolle des Autors als Kriegsberichterstatter und als Verfasser eines von Peter Suhrkamp 1943 gedruckten, aber nie ausgelieferten Buches mit dem Titel Jäger im Weltmeer. Wer Buchheim auch nur ein ganz klein wenig kennt, weiß sofort, wer diese Jäger waren, die deutschen U-Boote natürlich. Wegner, der im Besitz eines der wenigen erhaltenen Exemplare sein muß, spricht von einer »heroischen Verklärung des U-Bootkrieges«, während Buchheim jede Verklärung weit von sich weist und darauf besteht, immer schon ein entschlossener Nazigegner gewesen zu sein. Zudem, sagt er, habe er dieses Buch nur auf Drängen Suhrkamps geschrieben, der mit ihm seinen Verlag vor der drohenden Schließung habe retten wollen.

Das wird halb und halb oder auch ganz so gewesen sein, nur widerspricht die simpelste Logik dann Buchheims Unschuldsbehauptung. Suhrkamp war gefährdet, sein Verlag war gefährdet, und wenn beide vielleicht etwas retten konnte, dann doch allenfalls endlich ein Verlagswerk im Sinne der Überwacher und Peiniger. Ein Antikriegsbuch oder ein antifaschistisches Buch hätte Suhrkamps Lage nur noch verschlechtert, nur ein Buch aus dem Geiste der Kriegspropagandisten hätte sie, unter Umständen, bessern können. Ein solches Buch muß Suhrkamp in den Jägern im Weltmeer gesehen haben, und daran kann auch Buchheims Rekurs auf den »hochdekorierten Frontkämpfer« Suhrkamp nicht das mindeste ändern. Der Krieg, in dem er dekoriert worden war, war nicht der Krieg der Nazis. Suhrkamp war kein Mythiker des Krieges als Männererlebnis.

Buchheim dagegen war Kriegsberichterstatter, und was immer seine wahren oder verborgenen Meinungen gewesen sein mögen: Ein Kriegsberichterstatter, der den Krieg oder die Kriegstreiber angeprangert hätte, wäre nicht lange Kriegsberichterstatter geblieben. Wer immer sich dieser Beschäftigung widmete oder widmen mußte, bestärkte, ob er wollte oder nicht, den sogenannten Durchhaltewillen, kämpfte auf seine Weise für das Überleben der Nazis. Eingesehen hat das kaum einer von ihnen, und zu viele von ihnen habe später reuelos und friedlich Karriere gemacht. Auch Buchheim, dessen Faszination vom Kriege in jeder Zeile seinen Pazifismus Lügen straft. Noch heute will er nicht wahrhaben, worin er verwickelt war, als Täter, sondern sich nur als Opfer sehen.

Konsequent ist er über Matthias Wegner hergefallen und hat diesen stillen Mann einen »publicitysüchtigen Tausendsassa« genannt, als wäre das nicht eher er selbst. Sein Verleger hat sich ihm angeschlossen, von Rufmord geredet, auch von Niedertracht, und darauf verwiesen, daß man »Stellen«, wie Wegner sie bei Buchheim gefunden habe, leicht auch bei Hemingway oder Mailer finden könne. Bloß, muß man ihm entgegnen, sind diese beiden zwar auch der Faszination des Krieges erlegen, aber sie haben nicht für eine so kriminelle Sache gestritten wie Buchheim. Und, sie konnten schreiben. Buchheim dagegen kann wohl mancherlei, nur schreiben kann er nicht, nicht einen einzigen durchdachten deutschen Satz, trotz mancher Lektorenhilfe. Ich muß gestehen, daß ich nach etwa dreißig Seiten das Weiterlesen aufgegeben habe, weil ich nicht vorhatte, wie der Mathematiker Gauß über der Lektüre eines unerträglichen Buches zu sterben.

Mag K.H. Kramberg immerhin versichert haben, er habe nie ein besseres Kriegsbuch gelesen, ich bestehe darauf, nie ein schlechteres in die Hände bekommen zu haben, wenn ich einmal von den Büchern der Nazibarden absehe. Da hilft auch der Einwand des Irenikers Heinz Friedrich nicht weiter, der postuliert, man müsse Buchheim nehmen, wie er sei, denn anders gebe es ihn nicht, und der in Buchheims Schinken einen Versuch sieht, sich von dem Trauma Krieg zu befreien – was kaum gelingen kann, wenn einer die Kritik an sich und seinen Tathandlungen so entschlossen ausklammert und nachträglich den, der ihn darauf aufmerksam macht, einen Denunzianten schimpft, mit dem Hinweis darauf, daß es in der Nazizeit einen »gängigen Mahnspruch« gegeben habe: »Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant«. Matthias Wegner ist kein Lump, und der »Mahnspruch« war damals schon hundert Jahre alt. Er stammt vom Dichter des Deutschlandliedes.

Walter Boehlich schrieb in KONKRET 4/94 über Alejo Carpentiers Roman »Le sacre du printemps«

Konkret 08/95, S. 58

Kay Sokolowsky

Proteus Ali

Woher rührt die Faszination für den größten Schläger aller Zeiten? – Jan Philipp Reemtsma hat ein Buch über den Stil des Boxers Muhammad Ali geschrieben

Daß er ein ganz Großer, ja der Größte aller Zeiten war, wußte und sagte niemand besser als er. Daß er ein rares Einzelstück gewesen ist, nämlich ein Genie des Prügelns, eine nachgerade mythische Gestalt, einer, der keinen kalt gelassen hat und dessen Name sogar denen, die vom Boxen noch weniger verstehen als Hans-Joachim Rauschenbach, einen, nein: den Begriff abgab, den sie sich von diesem Sport machten und machen – daß Muhammad Ali »mehr als ein Champion« gewesen ist, scheint sonnenklar. Warum also ein Buch, noch ein Buch darüber schreiben? Zumal sich in der Ära Maske, wo das Boxen die Landsleute begeistert wie seit Schmeling nicht mehr (und aus ähnlichen Gründen), Jan Philipp Reemtsma, der Autor, dem bösen Verdacht aussetzt, auf einer Welle surfen zu wollen, der redliche Menschen vor allem den Zusammenbruch wünschen; incl. einer klatschenden Bauchlandung all der TV-Zombies, die die Schaumkrone bilden.

Aber es ist natürlich überhaupt nicht sonnenklar, warum Muhammad Ali »mehr als ein Champion« gewesen sein soll. Sondern erst einmal die Sorte Legende, die sich um alle außerordentlich erfolgreichen Sportler zu ranken beginnt, sobald sie über den Sportteil hinaus Schlagzeilen machen. Eine Promotionsmasche, die gerade bei Henry Maske, dem langweiligsten Mann zwischen Frankfurt und Oder, völlig groteske Formen angenommen hat. Und modisch an *Mehr als ein Champion* ist nur, daß Klett-Cotta den Druck jetzt riskiert; vor zwei Jahren noch hätte das Lektorat vermutlich kalte Füße bekommen und mit freundlichen Grüßen abgelehnt.

Ohnehin bedient den Trend sehr schlecht, wer solche Sätze in sein Vorwort schreibt: »Es gibt da wohl kein Drumrumreden. Der Fortschritt, wo es ihn gibt, ist einer weg vom Hauen-ins-Gesicht.« Reemtsmas Dilemma liegt zwischen seiner Begeisterung für Muhammad Ali und dem Abscheu, den ein aufgeklärter Kopf vor atavistischen Angelegenheiten wie dem Boxen zu empfinden hat. Sich und seinen Lesern zu erklären, wie man Ali bewundern kann, ohne der überwältigenden Brutalität des Metiers zu verfallen, daran müht sich Reemtsma über 170 Seiten ab. »Der Mensch ist, Huizinga hin oder her, nicht dort erst Mensch, wo er spielt, und ein Mann ist es nicht dort recht eigentlich, wo er sich auf den Kopf schlagen läßt.«

Woher dann also die Faszination für den größten Schläger aller Zeiten? Reemtsma braucht lange Umwege, um darauf zu antworten; der längste führt »über den Stil des Boxers Muhammad Ali« (so der Untertitel des Buchs). Der Autor will seine Passion eben nicht mit der tadellosen Haltung Alis zum Vietnamkrieg (»I ain't got no quarrel with the Viet Cong«) – die ihn den Titel als Schwergewichtsweltmeister und drei Jahre lang die Profilizenz kostete – und ebensowenig mit Alis vehementer Opposition gegen das weiße Amerika rechtfertigen. »Nur weil Muhammad Ali ein großer Boxer war, war er auch manches andere. ... Man sah seine Boxkämpfe nicht an, weil sie etwas anderes waren als Boxkämpfe, aber weil es *diese* Boxkämpfe waren, waren sie etwas anderes als alle anderen Boxkämpfe.«

Wenn man jenseits der blutig-routinierten Metaphorik der Boxjournalisten, der hypervirilen Attitüde Hemingways und auch jenseits des Chirurgenjargons der Fachliteratur eine sachliche und zugleich spannende Art, vom Faustkämpfen zu schreiben, gar nicht mehr erwartet hat, zeigt Reemtsma, daß es doch geht, und wie. Die planvoll übers Buch verstreute Nacherzählung des für Reemtsma (aber nicht nur für ihn) großartigsten aller Ali-Fights, 1975 in Manila gegen Joe Frazier, bringt das rare Kunststück fertig, immer bei der Sache zu bleiben und doch nie zu langweilen. Das Problem, das sich jedem stellt, der Sportler bei ihrem Treiben beschreibt: äußerst begrenztes Vokabular und die Riesendiskrepanz zwischen erzählter und Erzählzeit – löst Reemtsma, indem er gar nicht erst versucht, das Vokabular zu erweitern (Metaphern für »Schlag« und »Treffer« haben bei restlos konkreten Ereignissen nichts verloren, sie halten bloß auf), und durch kurze Sätze. Jeder Hieb ein Punkt. Diese Prosa macht fast so viel Tempo wie ihr Held.

Einzigartig ist Alis Stil nicht wegen jener Elemente, die tumbere Beobachter bis zum Überdruß beschworen haben: das »Tanzen« um den Gegner, die Provokationen durch niedrige Deckung und höhnische Grimassen. Das Geheimnis dieses Stils steckt, so Reemtsma, in den schnellen, unberechenbaren Schlagkombinationen Alis, in seinen ebenso riskanten wie rasanten Angriffen auf bzw. unter die Deckung des Gegners. Andere Boxer lauern auf ihre Gelegenheit, darauf, ihren »Lieblingsschlag« setzen zu können. Ali versucht, durch seine Kombinationen »so eine K.o.-Situation *herbeizuführen* ..., solche Augenblicke der *Dominanz* zu erreichen«. Alles, was er sonst im Ring anstellt – ob er in die Seile zurückweicht, um den Gegner zu locken (das berühmte »rope-a-dope«), oder stur in der Mitte stehenbleibt, ob er bewußt Treffer kassiert, um den anderen zu verunsichern (Ali besaß enorme Nehmerqualitäten), oder jedem Hieb aus dem Wege geht – alles dient dem Ziel der vernichtenden Schlagfolge. »Wo Ali groß und überzeugend siegte, gelang es ihm, seinen Stil ... je nach Gegner zu variieren, ja, wenn es sein mußte, scheinbar völlig umzustellen.«

Dominanz und Variabilität – ein äußerst gefährlicher Boxstil, der Ali über die Jahre zermürbt hat; ein äußerst selbstbewußter Stil, wie ihn sich nur ein Ausnahmetalent leisten konnte, einer, der auf den Höhepunkten seiner Laufbahn

schneller dachte und überraschender taktierte als Sonny Liston, Floyd Patterson, George Foreman, Joe Frazier, von den nicht ganz so großen Boxern zu schweigen. Wäre Ali tatsächlich nur ein »Großmaul« gewesen, er hätte nicht den geballten Haß aller Rednecks auf sich gezogen. Unerträglich mußte ihnen sein, daß hier ein Genie im Ring stand und seine Überlegenheit offen demonstrierte. »Seit Ali nicht mehr boxt, erkennt der Fan, der addict, daß er all die Jahre gar nicht beim Boxen zugesehen hat, sondern dabei, wie eine eigenartige Persönlichkeit ... sich eines Genres bediente, um sich der Welt zu exponieren.«

Dominanz und Variabilität, Selbstbewußtsein und Genie, vorgeführt von einem Schwarzen: Wie tief dieser Mann das weiße Amerika verstört hat, wird – und darum geht es im besten Kapitel des Buchs – besonders deutlich an den fünf Filmen der »Rocky«-Serie. (Dieser Abschnitt ist geradezu ein Modell gelungener Filmanalyse, so straff und witzig, so reich an gescheiten Beobachtungen, daß jedes Referat ihm Gewalt antäte. Dürfen Rezensenten Rezensierte im voraus um Entschuldigung bitten?) In »Rocky« I-IV tritt als zweite Hauptfigur ein schwarzer Boxweltmeister namens Apollo Creed auf, der eine kaum verhohlene Allegorie Muhammad Alis abgibt. Die Serie erzählt, wie der weiße Boxer Rocky Balboa sich erst den Titel, dann den Stil und schließlich die Seele Creed/Alis aneignet; im fünften Teil folgt der Sturz Ali/Balboas.

Creed, der in Shorts aus dem Stoff des Sternenbanners in den Ring steigt, steht für das »falsche« Amerika, »in dem das Bild ›Muhammad Ali‹ das bestimmende gewesen war/wäre/werden würde«. Rocky, der Repräsentant des »richtigen« Amerika, muß ihm (was im dritten Film buchstäblich passiert) diese Hosen ausziehen, damit Creed/Ali erträglich, ein Freund, ja eine Vaterfigur wird, und damit er, Balboa, weitere Bedrohungen des »richtigen« Amerika – den superbösen superschwarzen Clubber Lang und die rote Kampfmaschine Ivan Drago – abwehren kann. Die »Rocky«-Filme verwandeln den großen schwarzen Alptraum Ali in die »große weiße Hoffnung«.

»Die Figur ›Muhammad Ali‹«, schreibt Reemtsma, »war ein kollektives Erlebnis, das – natürlich in Verbindung mit dem Vietnamkrieg, dem sich Ali verweigerte und der als ›nationales Trauma‹ öffentlich bezeichnet worden ist – die USA vor, sagen wir ganz neutral: Bewältigungsprobleme stellte.« Sylvester Stallone brauchte nur zwei Filme – »Rambo« I und II – , um das »nationale Trauma« so zu bewältigen, daß sein Publikum ihm – in »Rambo III« – die Metamorphose des gedemütigten Veteranen in den unbesiegbaren GI abkaufte, der Afghanistan von den Soffjets säubert. Mit Ali aber waren Stallone und seine Zuschauer erst nach fünf Filmen fertig. »Wie ist es möglich«, fragt Reemtsma (mit Freud), »daß ein einzelner Mensch eine so außerordentliche Wirksamkeit entfaltet?«

Der Grund liegt im Boxstil Alis, in Dominanz und Variabilität, in der Selbstverständlichkeit, mit der Ali seine Taktiken wechselte, um eine Situation herbeizuführen, die er, und nur er, beherrschte, d.h. um seinen Gegner so zu stellen, daß er ihn ausknocken konnte. »Diejenigen, die im Archaischen aufgehen, die Tysons aller Gewichtsklassen, sind nur für den regressiven Kick gut und für die Frage, die man dann doch bald aus den Augen verliert: wer der amtierende Champion sei?« Muhammad Ali aber ist nie als Prügler berühmt gewesen (der er doch auch war), sondern als einer, der »geradezu poetisch« boxte, mit A. S. Neill zu reden. Reemtsma entdeckt im Stil des Boxers Ali die Vorschau auf einen ganz neuen Typus Mensch, das »dissoziierte Individuum«.

Einer der Wege, historisch der jüngste, aus dem Problem, die eigenen Triebansprüche und die Ansprüche des Sozialverbandes, in dem ein Mensch lebt, zu koordinieren, besteht darin, Individualität auszubilden, d.h. den Widerstreit »von Triebansprüchen und Kulturforderungen sozusagen in der eigenen Brust auszutragen« und auszubalancieren. Daraus entwickeln sich Neurosen, aber auch eine individuelle Biographie, Charakter und Tugenden wie die Fähigkeit zur Arbeitsteilung, Abstraktionsvermögen und Selbstdisziplin. »Der Triumph des Kapitalismus ... und der Siegeszug der balancierten Individualität gehen Hand in Hand.« Zuweilen aber regrediert das »balancierte Individuum« und läßt sich vom Sozialverband vorschreiben, wie es sich mit ihm zu arrangieren habe; es wird wieder zum »assoziierten Individuum«, weil die Balance ihm zu schwer wird oder sich nicht länger lohnt: »Der Wille des Führers tritt an die Stelle des eigenen Gewissens.«

Je unüberschaubarer Technologie und Verwaltungsapparate die Gesellschaften gestalten, desto heikler wird die Balance; und weil durch Regression auf Dauer erst recht nicht mit den immer komplexeren Strukturen fertigzuwerden ist, entwickelt sich das »dissoziierte Individuum«. Es hat keinen »Kern« mehr, keine Identität; »es bewegt sich gleichsam flächig zwischen verschiedenen Identitäten« und paßt sich den Unüberschaubarkeiten durch je angepaßte Reflexe und Verhaltensänderungen an. »Das Urbild des dissoziierten Individuums ist der sich ewig wandelnde Proteus«, und seine bislang populärste Ausprägung war Ali. Die Faszination, die sein Bild auf so viele ausgeübt hat, »ist von der Verfaßtheit dieser Vielen nicht zu trennen. Sie sind Übergangstypen, die ihre Zukunft als social fiction in Form eines 15-Runden-Matchs vorgenossen.«

Diese »kleine anthropologische Spekulation« ist natürlich nur so haltbar wie die Freudsche Theorie, von der sie abstammt; und der empirische Grund, auf dem beide, Freud wie Reemtsma, stehen, scheint mir erheblich zu dünn, um darauf Ausflüge in die Zukunft der Menschheit zu unternehmen. Bedenkenswert ist die Spekulation gleichwohl, und als Erklärung dafür, warum Muhammad Ali »mehr als ein Champion« gewesen ist, wirkt sie so plausibel wie verführerisch. Außerdem dürfte es

ziemlich unmöglich sein, diesem singulären Phänomen, das ein Jahrzehnt lang nicht nur die Boxwelt in Atem hielt, anders als spekulativ beizukommen.

»Das Boxen«, schreibt Reemtsma, »ist nach Alis Ende was es vorher gewesen war, eine langweilige Prügelei, in der, hier und da, Spannung ensteht.« Die ausgezeichnete Monographie, die sein bewußt »proteisches« Buch neben der mustergültigen Boxreportage, neben anthropologischem und Filmessay auch enthält, erinnert die, die damals »dabei« waren, daran, was für ein Spektakel dieser erstaunliche Mann geboten hat. Und die Nachgeborenen, die das Kasperletheater um Maske und die Farce um George Foreman für den Inbegriff des Boxens halten müssen (RTL behauptet es ja laut genug), können aus Reemtsmas Buch mehr als eine Ahnung gewinnen, welch ein erregendes Schauspiel dieser Muhammad Ali gewesen ist.

Jan Philipp Reemtsma: *Mehr als ein Champion. Über den Stil des Boxers Muhammad Ali*. Klett-Cotta, Stuttgart 1995, 180 S., 32 Mark

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 6/95 über den Showtalker Alfred Biolek

Konkret 08/95, S. 60

Michael Nauert

Zurück in die Zukunft

Ist Retro jetzt auch im Fußball in? Eine neue Zeitschrift heißt »Verlängerung«, und ein neues Buch fordert: »Holt Euch das Spiel zurück«

Wieder mal gab es in der letzten Saison mehr Fußball im Fernsehen als je zuvor, und wieder mal wurde er von dynamischen jungen Männern in bunten Sakkos als noch bunteres und noch fröhlicheres Spektakel inszeniert. In der Sommerpause vermißt man diese das Leben strukturierenden Sendungen, auch wenn das Ziel dieser gemeinsamen Bemühungen des Fernsehens und der Vereine klar ist: Der Massensport Fußball soll endgültig als Teil der Entertainmentindustrie etabliert werden und ein angenehmes Werbeumfeld für Produkte aller Art abgeben. Widersprüche oder eine Spannung, die über die sich immer wieder selbst reproduzierende des Wettkampfbetriebes hinausgeht, sind nicht erwünscht. Es geht um eine Show, die nichts mit dem richtigen Leben zu tun haben soll.

Innerhalb ziemlich klar definierter Grenzen ist es aber immer noch die Entscheidung derjenigen, die das Leben leben, was mit diesem zu tun hat und vor allem in welcher Form. Für den Fußball und für Sendungen wie »ran« heißt das, daß es verschiede-ne Rezeptionsformen gibt – affirmative, gleichgültige, skeptische, ironische oder spielerische – , über die sich dann unterschiedliche »Szenen« identifizieren lassen (bzw. umgekehrt). Und natürlich gibt es auch die völlige Ablehnung des SAT1-Umgangs mit Fußball. Dieser Haltung nämlich entstammt die Motivation für eine neue Fußballzeitschrift, die mit »Lesegeschichten« gegen den »weltweiten Unterhaltungstaumel« angehen will. Sie erschien erstmals Ende der letzten Saison und heißt »Verlängerung«, was sich darauf bezieht, daß jene dreißig Minuten Extraspielzeit nach einem Unentschieden von den TV-Sendern bei Liveübertragungen nicht gerne gesehen werden, weil sie den Sendeplan durcheinanderbringen, womit sich zumindest hier das Spiel noch »gegen die Vermarkter durchsetzt«.

Längere Texte über Fußball, gleichgültig ob als Ergänzung zum Fernsehen und zum weithin unterschätzten »kicker« oder als Gegenpol dazu gedacht, sind zunächst einmal eine gute Idee. Der Fußballjournalismus leidet bekanntlich nicht unter mangelnder Daten- und Informationsfülle, sondern an oberflächlichen Analysen des Spiels selbst und an unbefriedigender Anbindung an den Rest des Lebens. Ob dem allerdings ein »Ort der Besinnung« abhelfen kann, der dazu beitragen will, daß »die Menschen und die Ereignisse, die den Fußball so spannend und liebenswert machen, uns über den Tag erhal-ten bleiben«, wie das Vorwort ganz ernst-haft ankündigt, ist wohl eher zweifelhaft. Auf gewisse Defizite in Sachen Spritzigkeit weist auch schon der Untertitel von »Verlängerung« hin: »Das andere Fußballmagazin«.

Die Texte sind zwar allesamt besser als Vorwort und Untertitel, leidlich aktuell sind aber gerade einmal zwei Artikel: einer über den SC Freiburg und Volker Finke, wie man ihn vorher aber überall schon lesen konnte, und 17 Seiten über Borussia Dortmund, die zum größten Teil aus einer ausführlichen Dokumentation der Hinrunde bestehen – weshalb auch immer. Ansonsten gibt es einen Günter-Netzer-Beitrag des notorischen Helmut Böttiger, diesmal als Interview, etwas über den bevorstehenden Abriß des HSV-Stadions und jede Menge Erinnerungen und Ausgrabungen, unter anderem über Tasmania Berlin, Wismut Aue, Schwarz-Weiß Essen oder den FK Pirmasens. Das alles ist für sich genommen nicht weiter uninteressant, nur warum es für Fußballnostalgie auch noch eine Zeitschrift geben soll, erschließt sich daraus nicht. Es gibt nämlich schon eine ganze Reihe von Büchern, die solche oder ähnliche Sichtweisen jenseits des TV-Boulevardstils und der textarmen WM-Bilderbücher augenscheinlich relativ erfolgreich propagieren. Die meisten davon sind in den beiden Verlagen erschienen, die sich jetzt für »Verlängerung« zusammengetan haben, nämlich im Essener Klartext Verlag und im Agon Sportverlag aus Kassel.

Als Bindeglied zum Mainstream könnte man in diesem Genre Quizbücher wie *Olé, Olé, SGE* oder *Wer ist am Ball?* (beide Eichborn Verlag) mit ihrer Sammlung von Obskuritäten und Rekorden betrachten. Anders als das Fernsehen, das dem amerikanischen Sport seine Statistikbegeisterung abgeschaut hat, sind diese aber nicht der Tagesaktualität verpflichtet, in der auch die lustigsten Details (»Club X ist die Mannschaft mit den wenigsten Kopfballtoren nach Eckbällen von links in der zweiten Halbzeit«) zum sofortigen Vergessen bestimmt sind. Statt dessen konstruieren sie über das Kultivieren von Anekdoten und Erinnerungen eine Form von Geschichtlichkeit, die es überhaupt erst erlaubt, im Fußball mehr zu sehen als bloße Unterhaltung: eine Analogie des Lebens beispielsweise.

Echte Basisarbeit leisten in dieser Hinsicht auch manche Bücher von Fans für andere Fans, in denen mehr akribische Arbeit steckt, als man vernünftig begründen könnte. Es mag noch einigermaßen naheliegen, eine Reihe über »Deutschlands große Fußballmannschaften« (Agon Sportverlag) aufzulegen, die Statistiken zu allen Spielen, allen Toren und allen eingesetzten Akteuren der jeweiligen Vereinsgeschichte durch die Biographien der Stars und wichtige Spielberichte ergänzt. Aber man muß erst einmal darauf kommen, eine 600 Seiten starke *Enzyklopädie der Europäischen Fußballvereine* (Agon Sportverlag) zu recherieren oder *Die Geschichte der Regionalliga West 1963-1974* (Klartext Verlag) zu schreiben.

Gemeinsam ist all diesen Büchern ein weitgehend ungebrochenes Verhältnis zum Gegenstand. Kritik an den heutigen Zuständen des Fußballs äußert sich eher indirekt durch das Beharren auf der Sichtweise eines Fans, die weniger mit

Unterhaltung als mit Schicksal zu tun hat, oder in der gelegentlichen Glorifizierung der Vergangenheit. Sie stehen damit im Gegensatz zu vermeintlich literarischen Ansätzen wie dem satirischen Fußballexikon *Supersache!* (Verlag Weißer Stein) oder der Textsammlung *Satanische Fersen* (Agon Sportverlag), die ihre Ambivalenz dem Fußball gegenüber ebenso wie ihr Schriftstellertum geradezu ausstellen. Auf der einen Seite nämlich beweisen die Autoren beachtliches Detailwissen über den Profifußball (und setzen es auch beim Leser voraus), das nur durch jahrelanges Fernsehen erworben werden kann. Auf der anderen Seite aber schwärmen sie von den alternativen »Bunten Ligen« oder verhöhnen immer und immer wieder die altbekannten, stereotypen Redewendungen von Reportern und Spielern – auf eine Weise freilich, die die eigene Faszination kaum verbirgt.

Hinter dieser Haltung stehen meist hartnäckige Leitvorstellungen von einem besseren, einem »linken« Fußball. Selten geht es dabei um proletarische Traditionen, um Kollektivität und Solidarität, viel populärer scheinen in diesen Kreisen immer noch die von Cesar Luis Menotti propagierten zweifelhaften Ideen vom kreativen, offensiven, listigen und damit »linken« Spiel zu sein. In Deutschland führt das meist zu einer selbstgenügsamen Nostalgie, namentlich zur Verklärung der 70er Jahre, der Mönchengladbacher Fohlen-Elf und ihrer Lichtgestalt Günter Netzer. »Netzers Pässe atmeten den Geist der Utopie«, schreibt etwa Böttiger in seiner Biographie *Günter Netzer – Manager und Rebell* (Verlag Georg Simader) und schwärmt von Individualismus, Ästhetik und Tabuverletzungen. (Seit neuestem werden solche Vorstellungen – neben manch anderen – auch auf den SC Freiburg projiziert. Die vom Verein gepflegte Bescheidenheit sowie das variable, taktisch anspruchsvolle Kurzpaßspiel lassen etwa die »Frankfurter Rundschau« – d.h. schon wieder Böttiger – von einer »Freiburger Fußballsubversion« sprechen. Nichts gegen den SC, im Gegenteil, nur: was soll das eigentlich für eine Subversion sein, die ausnahmslos alle toll finden?)

Schlimm an all diesen Rückbesinnungen ist ja nicht, daß sie ernstgemeint sind – das sollte man überhaupt immer verlangen – , sondern daß sie als aktuelle Argumente benutzt werden. Niemand kann etwas dagegen einwenden, wenn einer einen Teil seines Lebens der Dokumentation der alltäglichen Mittelmäßigkeit des FK Pirmasens widmen will, es ist nur keine gute Idee, darauf als ideologische Position eine Absage an alles andere zu gründen. Und es macht natürlich einen Unterschied, ob jemand seine Netzer-Verehrung als Gesellschaftskritik verkauft oder ob das Kölner Fanzine »Hennes« (vgl. KONKRET 5/95) den Gladbacher Fußball der 70er zwar ganz schön findet, ihn aber als »hoffnungslosen Teenagerfußball« abqualifiziert, weil ihm die »Größe und Erhabenheit« des 1.FC Köln fehlten. Größe und Erhabenheit? Das sind vielleicht nicht die glücklichsten Begriffe, aber im Zusammenhang wird klar, daß dabei eine doppelte Ironie mitgedacht ist: zum einen gegenüber den Begriffen selbst und zum anderen – das muß man zumindest vernünftigerweise annehmen – gegenüber deren Anwendung auf den 1.FC Köln. Ein schönes Beispiel für eine Rezeption, die Geschichtlichkeit von Nostalgie unterscheidet.

Wie diese Fans mit den neueren Entwicklungen in der Fußballorganisation umgehen, läßt sich in *Holt Euch das Spiel zurück* (Verlag Die Werkstatt), einem von Dietrich Schulze-Marmeling herausgegebenen Reader, nachlesen. Leute aus der Fanzine-Szene und sympathisierende Journalisten schreiben darin von einer subkulturell beeinflußten, das »Soziale« stark betonenden Fankultur, die sich erst in den letzten Jahren richtig herausgebildet hat. Den Bedrohungen ihrer Grundlagen, also der zunehmenden Kommerzialisierung und vor allem der fortschreitenden Abschaffung der Stehplätze in den Stadien, der »Versitzplatzung«, und dem Widerstand dagegen gilt das Buch in erster Linie.

In zweiter Linie dient es aber einer Selbstdefinition der Szene, die nicht ganz leicht zu leisten ist. Eine zentrale Aussage lautet, daß der Fußball neben den Spielern allein den regelmäßig ins Stadion gehenden Fans »gehört« und nicht den Funktionären, dem Fernsehen oder der Wirtschaft. Aus dieser Position argumentieren die Autoren, wenn sie fordern: »Holt Euch das Spiel zurück« (eine Übernahme des englischen Slogans »Reclaim The Game«). Gleichzeitig grenzen sie sich aber von anderen Stadionbesuchern ab: Mit den »Kutten«, den in Vereinsfarben gekleideten treuen Fans in den Kurven, sympathisieren sie zwar grundsätzlich, sehen sie aber »kulturell« in einer anderen Welt, und mit den Hooligans wollen sie ebensowenig wie mit den »Normalos«, den Gelegenheitsbesuchern, zu tun haben.

Die in ihrem Inhalt natürlich nicht zu beanstandenden Forderungen der Autoren nach erschwinglichen Eintrittspreisen und nach Erhaltung der Stehplätze, die eine eigene Kultur ausmachen, werden allerdings problematisch, wenn zu ihrer Begründung von »Authentizität« und vom »Modernisierungswahn der Gesellschaft« gesprochen wird. Die eigene Fanposition als die allein korrekte, weil traditionelle zu betrachten, ist zudem ziemlich wertlos, wenn man gleichzeitig eine »Demokratisierung« und für alle offene, tolerante Stadien fordert. Schließlich kamen in der letzten Saison mehr Zuschauer in die Bundesligastadien als je zuvor, und das waren zum allergrößten Teil eben jene »Normalos«, die die Arbeiterkultur als »Massenbewegung« längst abgelöst haben. Diesen zur Genüge diskutierten gesellschaftlichen Veränderungen trägt das sozialromantische Beharren auf einer (zum Teil auch verspätet angeeigneten) quasinatürlichen, essentiellen Verbindung von Stehplatzfan und Spiel nicht Rechnung. Vermutlich wird der Fußball dem von einem der Autoren reformulierten Anspruch, ein »Volkssport« zu sein, zur Zeit nämlich weitgehend gerecht. (Realistischerweise kann es ohnehin nur noch darum gehen, ein Stehplatzreservat zu erhalten. Zur Stilisierung dieses Kampfes zu einem gegen »die Macht des Geldes« taugt das natürlich nicht, zumal es tatsächlich sogar im Interesse dieses Geldes liegen dürfte, noch etwas Tradition zu bewahren.)

Das eigentliche Problem wird damit die sich zu viel aufbürdende Fanbewegung selbst, die im Ansatz sympathisch und richtig versucht hat, Elemente von Subkulturen mit dem Willen zu politischem Widerstand zu verbinden. Leider aber driftet sie durch das Idealisieren von Zuständen, die zumindest überholt sind, und den Versuch, deren Konservierung mit Flugblättern und Initiativen innerhalb des Profifußballmainstreams durchzusetzen, fatal in die Nähe grüner Realpolitik. Das gilt um so mehr, als die Zielvorstellungen, die Erwartungen an den Fußball schon in diesem programmatischen Buch ziemlich verschwimmen. In einigen Texten ist tatsächlich von »Unterhaltung« und einer »fröhlichen Party« die Rede, während andere wenigstens auf einem Mehr und auf dem Symbolischen bestehen. Brauchbare kollektive Rezeptionsformen, die über idiosynkratische Privatmodelle hinausweisen könnten, werden auch hier nicht entwickelt.

Michael Nauert schrieb in KONKRET 1/95 über das New Black Cinema

Konkret 08/95, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Daß Michael Wolffsohn, der es wissen muß, denn er ist schließlich Professor bei der Bundeswehr, ihn einen neuen Tucholsky genannt hat, muß dem Henryk Broder ein mächtiger Ansporn gewesen sein, denn seit jenem Augenblick stapft er nur noch in den Stiefeln und Breeches des großen Vorbilds durchs Land, und wie dieses einst in der »Weltbühne« läßt er nun in »Focus« das Florett durch die Luft sausen:

Die deutsche Linke hat vor der Vereinigung eigentlich gar keinen Existenzgrund gehabt. Das Vierte Reich war eine Lustphantasie, sozusagen eine Wichsvorlage der antifaschistischen, um ihre Daseinsberechtigung gebrachten Linken.

Welche Eleganz, welch altmeisterliche Selbstironie eines Autors, der vor der Vereinigung ein ganzes Buch vollgemacht hat, warum er in dem von Nazis und anderen Antisemiten beherrschten Deutschland keinen Existenzgrund mehr finde und darum nach Israel auswandern müsse. Und welch schöne Liebe zu Volk und Nation:

Das einzig Anormale in Deutschland ist der Ruf nach der Normalität. Wirklich anormal ist nur der Ladenschluß.

Wie rasch altern doch die Leute... Wenn sie dreißig sind, sind sie vierzig; wenn sie vierzig sind, sind sie fünfzig, und im Handumdrehen ist der Realpolitiker fertig, sagte der alte Broder, nämlich Tucholsky, der auch diesen »Ratschlag für Ehrgeizige« gibt:

Willst du »richtig liegen«? Dies, mein Sohn, ist die Konjunktur des Tages: pazifistische Terminologie, nationalsozialistischer Inhalt, vorgetragen im Ton eines lyrischen Universitätsprofessors, der noch nicht genau weiß, ob er Soziologie oder Philosophie lesen soll. Dergleichen schließt alle Möglichkeiten in sich, verpflichtet zu gar nichts, und du hast es gleich gesagt. Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an. Nicht zu eng – aber schließ dich an.

Wie der ältere Tucholsky, der aber, nachdem er den Ladenschluß hinreichend gegeißelt hatte, auch gern mal in die Literaturkritik wechselte, gefolgt von dem neuen Tucholsky, den der »Spiegel« nach Klagenfurt geschickt hat, damit er vom Ingeborg-Bachmann-Preis berichte. Doch leider, stellte der Neue fest, sei diesmal gar nichts los gewesen:

Ja, das waren noch Zeiten, als Rainald Goetz sich mit einer Rasierklinge die Stirn blutig schlitzte, als Urs Allemann mit seinem »Babyficker« einen Skandal provozierte. Sogar vor zwei Jahren war noch mehr los...

Daß vor zwei Jahren noch mehr los war, heißt freilich, daß dieses Jahr viel los war. Das Gegenteil, das er hat sagen wollen, daß nämlich vor zwei Jahren auch nicht viel, aber immer noch mehr los gewesen sei als in diesem Jahr, hätte geheißen: Vor zwei Jahren noch war mehr los. Der neue Tucholsky hat so viel gelernt seit seiner Absage an Deutschland: wie nett die Deutschen sind und wie sehr sie es lohnen, wenn man ihnen tief in die Furche kriecht – wäre da nicht auch Zeit gewesen für das eine oder andere Stündchen Grammatik? Den älteren Tucholsky zu ehren?

Anhörung vor dem Ausschuß zur Prüfung der Eignung für das höhere politische Amt. Prüfer: Dr. Theo Sommer, Wirklicher Geheimer Demokratierat z.b.V.. Kandidat: Josef Fischer, gen. Joschka, Stadtindianer a.D.. Auszüge aus dem Protokoll, abgedruckt im Zentralorgan der freiheitlich demokratischen Grundordnung »Die Zeit« am 14. Juli 1995, einem ominösen Jahrestag:

Dr. Sommer: Das Programm, das Ihre Partei im Februar 1994 vorgelegt hat, zeigt, daß die Grünen nicht viel realpolitisches Verständnis für die Koordinaten und auch die Kalamitäten der Außenpolitik haben. Da fordern sie eine Auflösung der Nato, da fordern sie eine schrittweise Abschaffung der Bundeswehr. Wieweit sind diese Grundsätze noch gültig und verbindlich?

Josef Fischer: Wir hatten damals eine harte Auseinandersetzung. Ich gehörte – wie üblich – zur unterlegenen Minderheit. Aber es hat sich in der Partei mittlerweile viel getan.

Dr. Sommer: Sind Sie Pazifist?

Josef Fischer: Ich bin persönlich kein Pazifist.

Dr. Sommer: Und die Bundeswehr?

Josef Fischer: Wir wollen eine Überwindung des Militärs. Wir wollen gewaltfreie Verhältnisse herstellen. Wenn es uns gelingt, den europäischen Einigungsprozeß zu vertiefen und zu erweitern, dann werden wir in Europa einen enormen Abrüstungsschritt machen können.

Dr. Sommer: Sie sind für eine »atlantisch-europäische Bündnisbindung Deutschlands«. Ist die überhaupt denkbar ohne die Organisation Nato?

Josef Fischer: Es wäre für Europa in der gegenwärtigen Situation verderblich, wenn die Vereinigten Staaten sich zurückzögen. Daß dieses noch auf absehbare Zeit eine militärische Komponente erfordern wird, ist anzunehmen.

Dr. Sommer: Würden Sie einen Schritt weitergehen und einräumen: Solange wir nicht ganz genau wissen, was sich im Osten wirklich entwickelt, was aus Rußland wird, ist die Nato als Rückversicherung noch ein sehr brauchbares Instrument?

Josef Fischer: Sie werden aus unserem Programm nicht entnehmen können, daß wir sagen, Bedingung unseres Eintritts in eine Bundesregierung wird eine »Raus aus der Nato«-Politik.

Dr. Sommer: Wollen Sie keine humanitären Einsätze unter Beteiligung der Bundeswehr?

Josef Fischer: Das wird eine Debatte, die meine Partei jetzt im Nachgang der Bosnien-Entscheidung weiterführen muß. Unser früherer Parteivorsitzender Ludger Vollmer – er gehört der Parteilinken an – hat dazu ein hochinteressantes Positionspapier erarbeitet. Darin analysiert er die Gefahr, daß ein Scheitern der Uno zu einer Renationalisierung der Konflikte führen wird. Vollmer stellt zum ersten Mal die Frage – und das ist nicht gering zu veranschlagen – , wieweit dann nicht nur über Softpower-Instrumente zur Konfliktlösung zu diskutieren ist, sondern für den äußersten Notfall auch die Hardpower-Komponente.

Dr. Sommer: Wollen Sie den deutschen Transall-Piloten den Schutz verweigern, der sie unter Umständen davor bewahrt, abgeschossen zu werden?

Josef Fischer: Wenn Sie mich jetzt fragen: »Was würden Sie tun, wenn die Versorgung einer eingeschlossenen Bevölkerung aus der Luft davon abhängig ist, daß...« – ja, meine Güte, dann sage ich Ihnen, wenn es sich in diesem Ausnahmefall wirklich so zuspitzt: Der humanitäre Gesichtspunkt wird und muß letztendlich siegen.

Dr. Sommer: Halten Sie einen neuen außenpolitischen Konsens in Bonn oder – demnächst – in Berlin für möglich?

Josef Fischer: Ich bin der Meinung, in der Außenpolitik sind weite Teile der demokratischen Linken wie auch der demokratischen Rechten in zentralen Grundannahmen eigentlich einer Meinung.

Dr. Sommer: Herr Fischer, Sie haben sich zu einer realistischen Betrachtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik durchgerungen.

Ihre alsbaldige Aufnahme in die deutsche Regierung zur Gewährleistung des letztendlichen Sieges des humanitären Gesichtspunkts in den Koordinaten der Kalamitäten kann hieramts nur wärmstens empfohlen werden.

Der Not gehorchend:

Um der weiteren Expansion in Osteuropa weiter Rechnung zu tragen, fliegen wir ab sofort zwei neue Zielorte in Osteuropa an: Baku und Odessa.

Noch ist es nicht der Pressesprecher des grünen Ministers für die humanitären Hardpower-Einsätze, der dies verkündet, sondern erst der »Lufthansa Agenturdienst«.

In dem Nazi-Blatt »Junge Freiheit« empfiehlt eine Angelika Willig, über die Entweihung des Deutschen Reichstags durch einen dahergelaufenen Rumänen und seine Ische die Todschweigestrafe zu verhängen:

Kritik ist nicht die einzige und nicht die endgültige Art der Zurückweisung. »Zu Hitler«, hat Karl Kraus gesagt, »fällt mir nichts ein«. Ein vernichterendes Urteil gibt es nicht.

Und zwar noch weniger als einen Komparativ von vernichtend, wiewohl die politischen Vorfahren der Autorin sich alle Mühe gegeben haben, vorzüglich mit Leuten, die man heute gar nicht mehr auf eine einzige endgültige Art behandeln sondern nur noch falsch zitieren darf.

Lieber »Zeit«-Kritiker Rolf Michaelis, sind Sie sicher, daß das, was Sie da gerade gesagt haben:

In seinem Formenreichtum, seiner Weltfülle, seinem Sprachzauber kann es Goethes Faust mit allen Neuerscheinungen des Jahres 1994 aufnehmen,

daß das auch für den 1994er Handke gilt?